

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Der 5. Tagung des PV der DKP zur Beratung unterbreitet

Das Ergebnis der Debatte

Die DKP-Gruppe Berlin-Nordost hat am 23. Januar die zweite Fassung ihres Diskussionsangebotes zum Beschluß erhoben und dem Parteivorstand mit der Bitte um Beratung auf seiner 5. Tagung am 24./25. März 2001 zugeleitet.

11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland

Die am 3. Oktober 1990 annektierte DDR ist heute ein durch westdeutsche Sonderbeamte überwacht halbkoloniales Territorium der Bundesrepublik Deutschland mit zerstörter Industrie, eingeschränkter Landwirtschaft und verleumdeter Kultur. Deshalb erhebt die DKP, ausgehend von den Beschlüssen des 15. Parteitages, folgende Forderungen zur Gewährleistung der Lebensgrundlagen und zur Wiederherstellung der Würde der Ostdeutschen:

1. Verbot der westimportierten, in der DDR niemals existent gewesenen Organisationen mit faschistischen, rassistischen und ausländerfeindlichen Zielen. Aburteilung und Enteignung ihrer Hintermänner und Geldgeber entsprechend Art. 139 des Grundgesetzes. Konsequente Wiedereinführung der antifaschistischen Lehrinhalte an allen Schulen, Hochschulen und Universitäten.
2. Schluß mit der entwürdigenden ungleichen Bezahlung der ostdeutschen Arbeiter und Angestellten gegenüber ihren Westkollegen als Vorbereitung des weiteren Sozialabbaus in den alten Bundesländern. Schluß mit den ungleichen Renten und dem Rentenstrafrecht. Gleichstellung jetzt! Nachzahlung der bei der Währungsunion enteigneten 50 % der Geldvermögen der DDR-Bevölkerung.
3. Wiederaufbau einer leistungsfähigen Industrie, die zu spürbarer Reduzierung der im Osten doppelt so hohen Massenarbeitslosigkeit führt und die Abwanderung junger Fachkräfte und ihrer Familien eindämmt. Keine weiteren Betriebsschließungen. Recht auf Arbeit statt Recht auf Sozialalmsen!
4. Schaffung unangreifbarer juristischer Garantien für den Schutz von Bodenreformland, Entlastung der Bauern in den LPG-Nachfolgebetrieben von sogenannten Altschulden. Schutz des nach DDR-Gesetzen rechtmäßig erworbenen Eigentums oder der Nutzungsrechte an Grundstücken und Gebäuden.
5. Bereitstellung qualifikationsgerechter Arbeitsplätze für die zwangsweise aus dem Arbeitsprozeß ausgegliederten Frauen und Sicherung ihrer gleichberechtigten Bezahlung. Wiederherstellung der materiellen Voraussetzungen für gleiche Berufschancen.
6. Stopp der Jugendentvölkerung durch Schaffung qualifizierter Ausbildungs- und Arbeitsplätze für alle Jugendlichen. Rückkehr zu gleichen Bildungschancen für alle, besonders für Arbeiter- und Bauernkinder.
7. Wiedereinführung der kostenlosen medizinischen Vorsorge und Behandlung. Schluß mit der kommerziell bedingten Limitierung von Leistungen des Gesundheitswesens.
8. Entlastung der Kommunen von sogenannten Altschulden. Wiederherstellung zumutbarer Tarife für kommunale Dienstleistungen einschließlich Nahverkehr und tragbarer Wohnungsmieten. Schluß mit dem massenhaften Abriß der von der DDR errichteten Wohnungen und Gesellschaftsbauten.
9. Ungehinderte und unverfälschte Verbreitung der humanistischen und realistischen DDR-Literatur und -Kunst. Rehabilitierung aller gemäßregelten und „abgewickelten“ Angehörigen der Intelligenz. Schluß mit der Zerschlagung kultureller Einrichtungen. Hände weg vom Palast der Republik! Wiederherstellung des erschwinglichen Zugangs aller Bevölkerungsschichten zu Kultureinrichtungen und -schätzen.
10. Schluß mit der Rachejustiz! Rehabilitierung und Entschädigung der wegen ihres Handelns in Übereinstimmung mit und zur Durchsetzung von Gesetzen der DDR verurteilten Bürger. Beendigung der Diskriminierung von Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR. Säuberung der Justiz von BRD-Richtern, die sich der Rechtsbeugung schuldig gemacht haben.
11. Ersatzlose Auflösung der inquisitorischen „Gauck-Birthler-Behörde“. Schließung aller Akten dieser Institution. Überprüfung sämtlicher in der Gauck-Behörde jemals Beschäftigten auf geheimdienstliche Verstrickung.

Diese Forderungen werden mit Blick auf die spezifische Situation im Osten, aber zugleich im Interesse der einheitlichen und multinationalen Arbeiterklasse in ganz Deutschland erhoben. Die gesamte Politik der Deutschen Kommunistischen Partei ist auf die Wahrung dieser Interessen gerichtet.



Das Ergebnis der Debatte	S. 1
Hinterhof der BRD	S. 2
Heinz Keßler zu den 11 Forderungen	S. 3
Eine engagierte Debatte	S. 4
Ohne die Macht, aber nicht ohnmächtig	S. 5
Ein Haus ohne Fundamente?	S. 6
Daheim unter Meinesgleichen	S. 7
„Deutsche Gründlichkeit“ gegen links	S. 8
Gespielte Überraschtheit	S. 9
Nur Rinderwahn?	S. 9
Der Kampf um den Weltagrarmarkt	S. 10
Im verwüsteten Garten der Demokratie	S. 11
Vom Proletarier zum „Leistungsträger“	S. 12
Der Euro als Würgeeißen	S. 13
Der Sozialdemokrat	S. 14
Ein Theologe als Kommunist	S. 15
Zum politischen Einfluß religiöser Kräfte	S. 16
Trauer um einen Revolutionär	S. 17
Rolf Vellay in Valparaiso	S. 18
Stolze Melodie der Sowjethymne	S. 18
Wessen Agent war Jakowlew?	S. 19
Wer ermordete Aldo Moro?	S. 20
Leserbriefe	S. 20
Anzeigen, Infos, Termine	S. 24

Substandard im Osten gefährdet Lebensniveau im Westen

Hinterhof der BRD

Acht Wochen lang wurde unser im November veröffentlichtes Angebot „11 Forderungen...“ diskutiert: herzerfrischend und parteilich, prinzipiell und im Detail. Am Ende ist ein Vorschlag an den Parteivorstand herausgekommen, in dem sich, alles in allem, die Ideen von weit über 100 Genossen und Freunden niederschlagen. Die „RotFuchs“-Redaktion erhielt bis Mitte Januar 46 Zuschriften zu dieser Thematik, von denen fünf die Auffassungen ganzer Parteigruppen repräsentieren. Die Gruppe Teterow-Neubrandenburg hat die Forderungen zu ihrem eigenen Beschluß gemacht und weitere Präzisierungen vorgeschlagen. Alle Meinungen sind im Diskussionsforum unserer Homepage, die meisten von ihnen – soweit es der Umfang erlaubte – in den beiden letzten RF-Heften nachlesbar. Darunter befinden sich solche bewegenden Beiträge wie der „Brief aus Kiel“ oder die aufrüttelnde Metapher unseres Freundes Peter Hacks: „Wessen sollten wir uns rühmen, wenn nicht der DDR?“

Nun hat der Parteivorstand beschlossen, die „Ost-Probleme“ in den Mittelpunkt seiner 5. Tagung zu stellen. Da könnte der hier abgedruckte Vorschlag sicher helfen, Schwerpunkte zu setzen, auf die sich das Handeln der ganzen Partei richten ließe. Wie schwierig das im einzelnen ist, zeigt die insgesamt äußerst interessante Zuschrift eines westdeutschen Genossen. Unter Bezug auf die 3. Forderung schrieb er: „Wohin mit den ganzen Produkten? Wir unterstützen hier im Westen Aktionen gegen die Schließung von Betrieben, die teilweise im Osten neu angesiedelt werden. Da besteht ein Zusammenhang.“ Ja, das ist wohl wahr. Der Zusammenhang besteht darin, daß die westdeutschen Arbeiter gegen die Ostverlagerung

von Betrieben nur deswegen kämpfen müssen, weil im Annexionsgebiet erheblich niedrigere Löhne und Gehälter gezahlt werden und es dort praktisch keinen Schutz durch Flächen-tarifverträge gibt. Mit anderen Worten: Es besteht eine Lage, wie es sie nach Unternehmerwünschen morgen auch in den alten Bundesländern geben soll. Da böte sich doch ein Ansatz für gemeinsames Auftreten z. B. in den Gewerkschaften.

Der Verfasser des Leserbriefes hat mit seiner Bemerkung das eigentliche Problem getroffen: Der größte Teil der Bevölkerung der DDR ist auf einen Hinterhof der BRD verbannt worden, der durch mehr als doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie im Westen, durch Massenauswanderung junger Fachkräfte und ihrer Familien, durch Mißachtung der im Einigungsvertrag festgelegten schmalen Rechte und durch Reduzierung selbst der Industriereste auf eine „verlängerte Werkbank“ charakterisiert wird. Und dazu kommt der Hohn, der sich nicht nur über die Ostdeutschen, sondern auch über die Westdeutschen ergießt: Die Behauptung, daß sie nur mit umfangreichen „Transfer-Leistungen“ das Leben in den „neuen Bundesländern“ überhaupt aufrechterhalten könnten. Doch diese Summen – aufgebracht aus Steuermitteln der westdeutschen wie der ostdeutschen Bevölkerung – fließen fast vollständig in die Koffer der Großbanken zurück.

Bei den 11 Forderungen geht es also auch um die Entfaltung der gegenseitigen Solidarität, nicht um die Formulierung von Sonderinteressen. Allerdings macht die besonders krasse Ausbeutung im Osten, seine Umwandlung in eine Rückständigkeitszone, die in mancher Hinsicht mit Italiens Mezzogiorno verglichen werden kann – wie es eine Genossin auf

In Essen eingegangen

Der DKP-Gruppe Berlin Nordost ist am 5. Februar 2001 folgendes Schreiben des Parteivorsitzenden Heinz Stehr zugestellt worden:

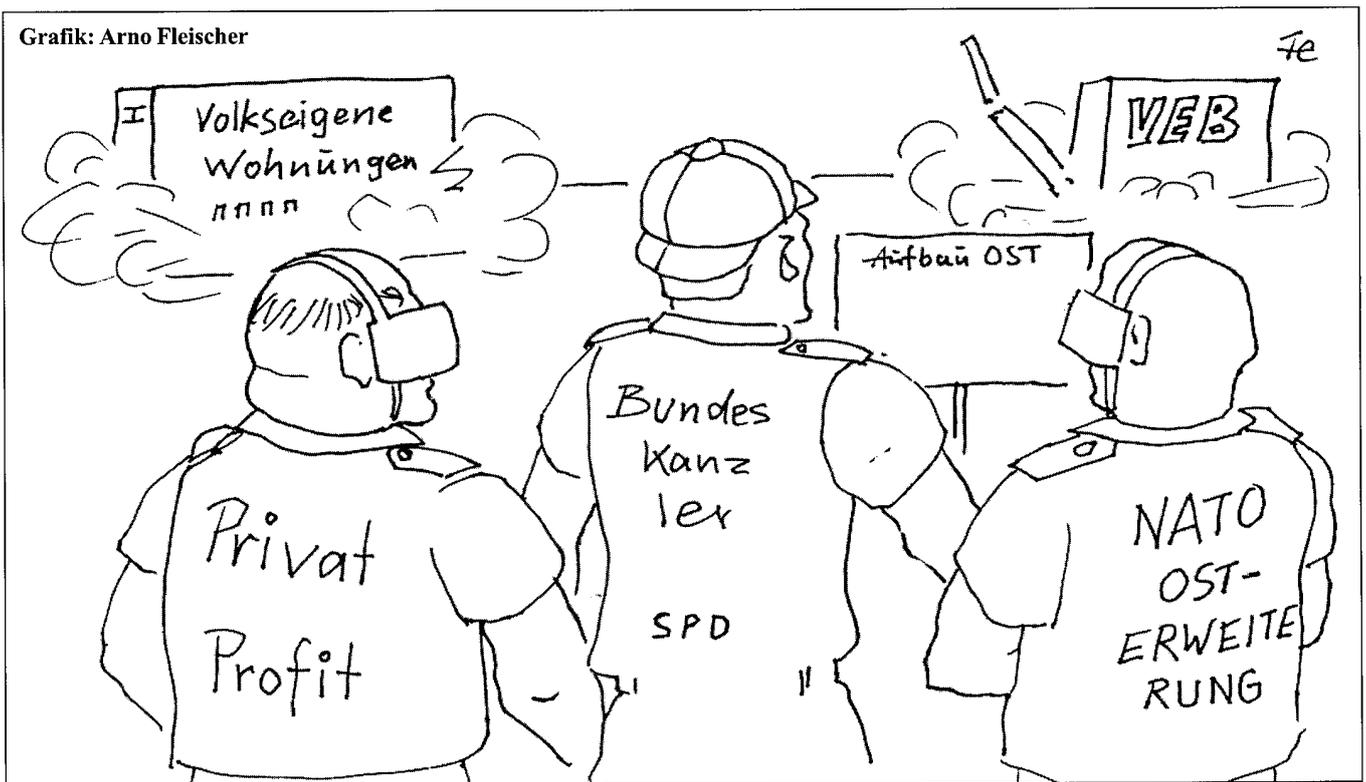
Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben die elf Forderungen erhalten. Sie werden zusammen mit anderen Materialien den Mitgliedern des Parteivorstandes in Vorbereitung der 5. Parteivorstandstagung am 24./25. März 2001 zugesandt. Zu diesem Tagesordnungspunkt der Parteivorstandstagung werden kompetente Gäste eingeladen. Wir hoffen und arbeiten daran, daß im Ergebnis dieser Parteivorstandstagung spezifische Forderungen auf der Grundlage der Handlungsorientierung, beschlossen durch den 15. Parteitag, für die Situation in Ostdeutschland entwickelt werden können.

unserer Januar-Versammlung formulierte – die eigenständige Positionierung der DKP nicht nur erforderlich, sondern zwingend und äußerst dringlich. Denn in den bürgerlichen Parteien hat das große Grübeln schon Gestalt angenommen, wie die vorjährige Reklame-reise des Bundeskanzlers durch seine Ostprovinzen oder der jüngste publizistische Vorstoß des Bundestagspräsidenten belegen.

Um was geht es jetzt? Wir meinen: Beharrlich weiterdiskutieren, die Forderungen mit Hilfe unserer vielen Freunde in außerparlamentarischen Zusammenhängen und unter Einbeziehung aller Gruppen der Partei inhaltlich ausgestalten und sie unverzüglich für Aktionen nutzbar machen, um das Gewicht der Kommunisten im Osten politisch stärker zur Geltung zu bringen und das Profil der DKP zu schärfen.

**Annemarie Mühlefeldt,
Hartwig Strohschein**

Grafik: Arno Fleischer



Diskussions-, Klärungs- und Sammlungsprozeß eingeleitet

Heinz Keßler zu den 11 Forderungen

Genosse Armeegeneral a. D. Heinz Keßler hat dem „RotFuchs“ diesen Beitrag zu den 11 Forderungen der DKP-Gruppe Berlin Nordost exklusiv zur Verfügung gestellt.

Ich bin angetan von dieser Initiative und habe dazu im Prinzip keine Einwände. Im Gegenteil, ich halte es für nützlich, daß sich Kommunisten damit in die Diskussion über die reale Lage der Menschen im Osten Deutschlands einmischen, nicht dem politischen Gegner das Feld überlassen, an das in der DDR für das Leben der einfachen Menschen schon Errungene erinnern und das Ausmaß der Zerstörung von Lebensqualität sichtbar machen.

In diesem Sinne ist es legitim und richtig, spezifische Interessen der „neuen Länder“ herauszuarbeiten, und absolut legitim, daß Kommunisten, wo immer sie leben, mithelfen, Materialien für das Wirken der DKP zu erarbeiten. Es ist falsch, den Vorwurf einer illegitimen Handlung zu erheben. Allerdings muß die Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu derartigen Vorschlägen geboten werden.

Mit der Veröffentlichung der 11 Forderungen wurde ein Diskussions-, Klärungs- und Sammlungsprozeß eingeleitet, in dem wir erst am Anfang stehen. Das zeigen allein die qualitativen Unterschiede zwischen dem ersten und dem zweiten Entwurf, der offensichtlich viele Vorschläge und Kritiken berücksichtigt, mir verständlicher erscheint und noch besser dem Gefühl und der sozialen Lage der Menschen entspricht. Das

zeigt auch die Vielzahl der Wortmeldungen und das Spektrum der geäußerten Meinungen.

Die eingeleitete Diskussion ist schon jetzt sowohl durch einen Klärungsprozeß innerhalb der DKP als auch durch eine erfreulich breite Resonanz aus dem „Umfeld“ der Sympathisanten gekennzeichnet. Dabei halte ich den Vorwurf, ohne vorherige parteiinterne „Klärung“ an die Öffentlichkeit gegangen zu sein, für unerheblich, weil das konstruktive Echo gerade aus dem Umfeld die Initiatoren bestätigt.

Zu beantworten ist natürlich die Frage, in welcher Beziehung Forderungen für Ostdeutschland zu den Gesamtaufgaben der DKP und den daraus abgeleiteten Forderungen stehen. Denn wir sind uns einig, daß wir eine DKP für das ganze Land brauchen. Aus meiner Erfahrung bei der Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht im Osten Deutschlands und im Kampf gegen die Klasse der Ausbeuter in ganz Deutschland weiß ich, daß es immer der gemeinsame Kampf der Kommunisten aus allen Landesteilen war. Mit der Gründung der DDR hatte die deutsche Arbeiterklasse eine staatliche Basis, auf die gestützt soziale und politische Errungenschaften in der BRD erreicht werden konnten, gegen die die Unternehmerverbände heute ihre massiven Angriffe richten. Wie es in der zweiten Forderung richtig heißt, dient ihnen der Osten als Experimentierfeld für weiteren Sozialabbau in ganz Deutschland.

Ich sehe keinen Grund, nicht in dieser

Tradition heute gemeinsam um die Wiederherstellung und Bewahrung des im sozialistischen deutschen Staat an politischen, sozialen und kulturellen Rechten für die Werktätigen Erreichten und seine Ausdehnung auf alle deutschen Länder im Rahmen des Grundgesetzes zu kämpfen. Dazu bedarf es aus meiner Sicht

1. einer weiteren Verbreitung der 11 Forderungen, die nur über das einheitliche Handeln der gesamten Partei erreicht werden kann. Darum begrüße ich, daß die zweite Fassung der 11 Forderungen mit den vorliegenden Diskussionsbeiträgen der 5. Tagung des Parteivorstandes zur Beratung unterbreitet wird.

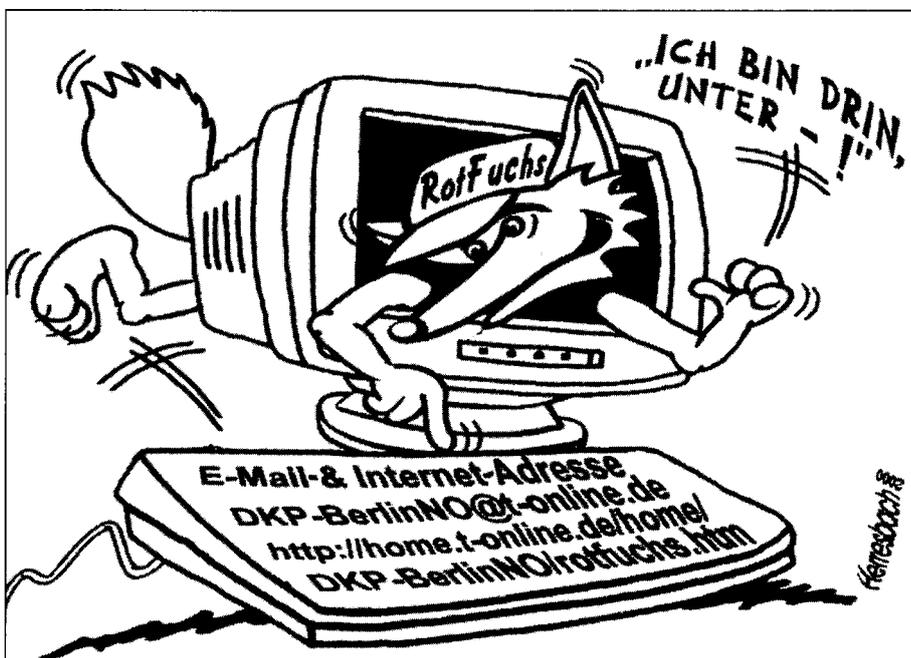
2. der Präzisierung in der Weise, daß die Menschen, an die wir uns wenden, klar den Zusammenhang zwischen dem Eintreten für die 11 Forderungen und dem Kampf um die eigenen Lebensbedingungen erkennen und sich engagieren.

Ich wünsche der 5. Tagung eine konstruktive Diskussion der 11 Forderungen und daraus abgeleitet Fortschritte in der politischen Arbeit, besonders in Ostdeutschland in dem Sinne, wie sie auf dem 15. Parteitag benannt wurden.

Dem „RotFuchs“-Kollektiv, das sich mit der Formulierung und Verbreitung der 11 Forderungen um die Diskussion viele Menschen bewegender Fragen verdient gemacht hat, wünsche ich Kraft und Ausdauer und viele Verbündete, die begonnene Aussprache zu verbreitern und zu vertiefen und sie im Leninschen Sinn in gemeinsames Handeln zu führen.



Soeben erschienen:
Drei Jahrgänge unserer Zeitschrift auf einer CD-ROM
 gegen eine Spende bei der bekannten Redaktionsadresse erhältlich



Die erste RF-Leserkonferenz war ein voller Erfolg

Eine engagierte Debatte

Die Konferenz am 10. Februar gestaltete sich zu einer bewegenden Demonstration der Verbundenheit der „RotFuchs“-Leser mit ihrer Zeitung. Der große Beratungssaal im Haus am Franz-Mehring-Platz war zum Bersten gefüllt, und bis zur letzten Minute verfolgten die Teilnehmer die beiden Vorträge und die 15 Diskussionsreden mit gespannter Aufmerksamkeit. Die Referate hielten **Kurt Andrä** (sein Artikel „Eine unverzichtbare Zeitschrift“ in RF 36 lieferte das „Skelett“) und **Klaus Steiniger** (einige Hauptgedanken sind nebenstehend abgedruckt). Erstmals konnten wir als Gäste eine Delegation der UZ begrüßen, außerdem Vertreter der KPD-Zeitung „Die Rote Fahne“ sowie vom „Roten Brandenburger“ und vom „Thüringen Report“. Anwesend waren Genossen und Freunde aus Ost und West, so aus Hamburg und Schwerin, aus Erfurt und Leipzig. Die meisten Teilnehmer gehörten nicht der DKP an, doch ihr engagiertes Mitgehen stellte die Ausstrahlungskraft unserer Zeitung eindrucksvoll unter Beweis.

Ernst Heinz berichtete von seinem Bemühen, den RF im eigenen Umfeld zu verbreiten und über diesen Weg mit vielen seiner PDS-Genossen ins Gespräch zu kommen. Das sei nicht immer leicht, aber es zeige sich, daß viele von ihren kommunistischen Grundpositionen nicht abgedriftet seien. Der „RotFuchs“ helfe, revolutionäre Ideen auch in der PDS stärker zur Geltung zu bringen.

Zum allgemeinen Erstaunen verlas dann **Wolfgang Teuber**, Mitglied des PV-Sekretariats und Leiter der UZ-Delegation, zu der auch Lothar Geisler gehörte, eine Stellungnahme seiner Redaktion. Sie bestand aus einer schroff ablehnenden Einschätzung der Tätigkeit der Gruppe Nordost und des „RotFuchs“. Die meisten Anwesenden konnten seine Wertungen weder akzeptieren noch nachvollziehen.

Ulrich Huar sprach als nächster. Unter Bezugnahme auf den vorhergehenden Beitrag meinte er: „Wenn man uns vorwirft, eine ‚andere‘, eine falsche Politik zu vertreten, dann sollte man lieber in Essen darüber nachdenken, ob man nicht bestimmte Seiten in der Politik der Partei besser gestalten könnte.“ Als negatives Beispiel nannte er den in der jüngsten UZ-Ausgabe veröffentlichten Steigerwald-Beitrag „Stalins Schatten“, den er als „glatt positivistisch“ beurteilte.

Peter Tichauer: „Die ‚RotFuchs-Gemeinde‘ ist viel größer als die Gruppe Nordost.“ Es sei an der Zeit, für diese „Gemeinde“ eine Art Förderkreis zu schaffen, um damit die Einflußmöglichkeiten zu verbreitern und die finanzielle Absicherung zu stabilisieren. Er schlug vor, bestimmte Beiträge von allgemeiner Bedeutung einzeln und in

hoher Auflage zu drucken. Dabei nannte er u. a. Klaus Steinigers Artikel „Im Klassenkampf besiegt“ (Nr. 34). Unter Hinweis auf die 1. Epistel von Apostel Paulus mahnte er das Zusammengehen der Kommunisten an und forderte, eine zweite und dritte Reihe nachwachsender „RotFuchslein“ in der Redaktion aufzubauen.

Unter starkem Beifall erklärte **Ernst Rasmus** im Hinblick auf die von der Gruppe Nordost vorgeschlagenen 11 Forderungen: „Die Haltung zur DDR ist der Prüfstein, ob jemand in Deutschland für oder gegen sozialen Fortschritt eintritt.“ Dann entwickelte er den Gedanken, eine Gesellschaft zur Bewahrung und Pflege der DDR-Kultur zu schaffen. Diese gehöre heute zum geistigen Besitz des ganzen deutschen Volkes und müsse geschützt werden. „Grenzenlosen Erfolg“ wünschte er unseren 11 Forderungen, „auf daß die Idee wieder zur materiellen Gewalt werde.“

Wolfgang Nicolas aus dem mecklenburgischen Brandshagen wies die Stellungnahme der UZ als „Schlamm Schlacht“ zurück und berichtete, wie er die 11 Forderungen als Plakat an einer ausgedienten Litfaßsäule angebracht habe. „Und diese Säule ist die einzige Werbefläche in meinem Ort, die nicht beschmiert worden ist.“

Fritz Welsch ging auf den Status Ostdeutschlands als halbkoloniales Gebiet ein – eine Definition, die offenbar einige verschreckt hätte. Er habe sich der vor 10 Jahren von sozialdemokratischen Wissenschaftlern herausgearbeiteten Merkmale einer Kolonie erinnert, wie z. B. Eigentumswechsel, verbunden mit der Schaffung neuer Kommandostrukturen, Einführung der Justiz des „Mutterlandes“, Überstülpen seiner bei gleichzeitiger Auslöschung der ursprünglichen Kultur, Heranziehung und Korruption einer Schicht willfähriger Helfer aus der einheimischen Bevölkerung. „Das alles haben wir heute uneingeschränkt im Osten.“

Walter Florath: Wenn der Klassegegner an der DKP nach einer CDU-Aussage am meisten fürchte, daß sie sich nicht isolieren lasse, dann habe auch der „RotFuchs“ maßgeblich dazu beigetragen. In der UZ sei kürzlich eine ganze Seite einem Beitrag über Nietzsches eingeräumt worden, aber keine Zeile zum 125. Geburtstag von Wilhelm Pieck, langjähriger Vorsitzender der KPD, erschienen.

Willi Opitz belegte, daß die 11 Forderungen vollinhaltlich den Beschlüssen des 15. Parteitagess entsprechen, da sie die DKP im Osten Deutschlands als handlungsfähige, marxistisch-leninistische Partei weiterentwickeln und stärken. Er forderte den Parteivorstand auf, sie auf seiner 5. Tagung zu beraten und zu beschließen. Die Erklärung der UZ-Redaktion zum „RotFuchs“ wies

ersowohl inhaltlich als auch der Form nach entschieden zurück. Unter starkem Beifall schloß er: „Hände weg vom ‚RotFuchs‘!“ **Erhard Thomas** bezeichnete den „RotFuchs“ als „sehr gute, vielleicht die beste Zeitung in der sozialistischen Presselandschaft“. Er bringe Bildungsartikel auf hohem Niveau und verkörpere zugleich den Typ einer wahren Volkszeitung, die die Tradition der Volkskorrespondenten erfolgreich fortsetze.

Gernot Bandur: „Ich möchte weder die UZ noch den ‚RotFuchs‘ missen.“ Daß die 11 Forderungen nicht in der UZ abgedruckt wurden, sei „ein großer Mangel“.

Reiner Vollradt: „Das Wesentliche ist, daß wir uns zusammensetzen und über die 11 Forderungen reden.“ Wir sprächen zu viel übereinander statt miteinander.

Sie habe erst kürzlich über den „RotFuchs“ den Weg zur DKP zurückgefunden, sagte **Iris Rudolph**. Wenn die Wiedergabe der Lebensgefühle der Menschen einen solchen Leserstrom auslöse – und das ganz ohne die heute übliche riesige Pressewerbung und ohne Anzeigeneinnahmen –, dann könne man doch nicht von Spaltung reden.

Brigitte Müller meinte zunächst, daß sich leider nur zwei Frauen zu Wort gemeldet hätten. „Aber wir sind dafür das Sahnehäubchen auf der Diskussion“. Mit Temperament fuhr sie fort: „Wir brauchen beide Zeitungen – UZ wie ‚RotFuchs‘. Und beide müssen gestärkt werden.“ Daß der Parteivorstand die Thematik seiner 5. Tagung zugunsten einer Erörterung der Ostprobleme geändert habe, sei doch schon ein Erfolg für die Debatte über unsere 11 Forderungen.

Als letzter Diskussionsredner sprach **Frank Mühlefeldt**. Er begrüßte die Anwesenheit der UZ-Delegation, die nach drei Jahren des völligen Totschweigens unserer Zeitung durch Essen zum ersten Mal beim „RotFuchs“ zu Gast war, und meinte, daß das Zusammentreffen auf der Konferenz Ausgangspunkt klärender Gespräche sein sollte. Zu den 11 Forderungen sagte er unter Beifall: „Wir erwarten, daß wir in die Vorbereitung und Durchführung der 5. Tagung des Parteivorstandes einbezogen werden.“

Resümee der Berichterstatteerin: Der „RotFuchs“ vermittelt in breitem Umfang Erfahrungen aus dem Klassenkampf in der DDR. Nach dem Beschluß des 15. Parteitags wäre die Führung der DKP verpflichtet, sie mit den westdeutschen Erfahrungen zusammenzubringen, statt sie – wie geschehen – gezielt zu diskreditieren.

Annemarie Mühlefeldt

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Aus der Rede des Genossen Klaus Steiniger auf der Leserkonferenz

Ohne die Macht, aber nicht ohnmächtig

Vor drei Jahren haben wir – die DKP-Gruppe Nordost und ihr parteiübergreifendes oder parteipolitisch ungebundenes Umfeld – mit der Herausgabe unserer Zeitung eine kleine Fahne aufgepflanzt. Wir sind zwar ohne die Macht, aber nicht ohnmächtig. Von der ersten Ausgabe des „RotFuchs“ haben wir das Feuer auf den im eigenen Land stehenden und weltweit agierenden Hauptfeind gerichtet – den deutschen und internationalen Imperialismus, die politische Rechte, aus deren Reihen neue faschistische Bedrohung erwächst. Die durch uns im November 2000 unter die Leute gebrachten „11 Forderungen für Ostdeutschland“ sind der schlüssigste Beweis für unsere Prioritäten.

Wir werden auch in Zukunft die Akzente richtig setzen, die Kräfte und Ereignisse so bewerten, wie man sie aus kommunistischer Sicht einordnen muß. Dabei dürfen wir politische und ideologische Meinungskontrahenten im linken Lager oder gar in den Reihen der eigenen Partei nicht mit dem Klassenfeind verwechseln, auch wenn es uns manche schwer machen, die andere Farbe bei ihnen zu erkennen. (...) In dem Maße, in dem sich unsere Zeitung den eigentlichen Kernfragen zuwandte, wuchsen ihre Verbreitung und ihr Ansehen. Wir gelangten zu dem Ergebnis, daß sich die Ost-Genossen der DKP selbst artikulieren müßten, solange die UZ und die Parteizentrale nicht genügend auf ihre Probleme einzugehen bereit seien. (...)

Besonders intensiv befaßten wir uns mit Entwicklungen in der PDS, wobei wir wiederholt linksstehende Genossen aus dieser wichtigen antifaschistisch-demokratischen, aber auch nach ihrem Selbstverständnis nichtkommunistischen, nichtmarxistischen und nichtrevolutionären Partei zu Wort kommen ließen. Parallel zur Frage der durch die Führung weiter vorangetriebenen Sozialdemokratisierung der PDS griffen wir die Problematik des Revisionismus auch in kommunistischen Parteien verschiedener Länder auf. (...)

Wir sind zu dem Ergebnis gelangt, daß der wissenschaftliche Sozialismus und die Arbeiterbewegung wie zu Zeiten des Kommunistischen Manifests heute in Deutschland wieder voneinander getrennt sind. Erneut steht vor den Marxisten die Aufgabe, beide Elemente zusammenzuführen. Deshalb kommt neben der Teilnahme an praktischen Aktionen gerade der Zirkulararbeit, der systematischen politischen Bildung außerordentliche Bedeutung zu. (...)

Es kann gesagt werden, daß wir den „RotFuchs“ durchaus im Leninschen Sinne als kollektiven Propagandisten, Agitator und Organisator betrachten.

Organisator – werdet ihr fragen? Was hat der „RotFuchs“ denn außer der Mitwirkung an zwei bedeutsamen Konferenzen schon groß organisiert? Und da bin ich wieder bei den 11 Forderungen. Wir haben sie als ein eigenständiges Diskussionsangebot unserer Gruppe in die innerparteiliche und allgemeine Debatte eingebracht. (...) Die Resonanz – und keineswegs nur aus dem Osten – ist überwiegend positiv. (...) Es gab eine Fülle von zustimmenden und zugleich kritisch-ergänzenden Zuschriften, neuen Vorschlägen und hilfreichen Einwänden. (...) Während die große

Masse der Meinungsäußerungen zu unserem Diskussionsangebot fair und sachlich ist, existieren leider auch Verlautbarungen anderer Art. Sie zirkulieren bereits hier und dort und sind offensichtlich darauf gerichtet, den „RotFuchs“ anzuschwärzen und zu isolieren. Ich habe vor allem ein Material im Auge, dessen Begleitbrief von drei Berliner Genossen unterzeichnet worden ist. Sie haben dem Parteivorstand den Vorschlag gemacht, es an alle Bezirksvorstände und die ostdeutschen Regionalorganisationen der DKP weiterzuleiten. Ich möchte es im folgenden als „Rundbrief“ bezeichnen. (...) Das Schriftstück trägt die Überschrift „11 Forderungen der Gruppe Nordost – ein Aufruf zur Spaltung“. Zunächst heißt es sachlich, die Unterbreiter des Vorschlags hätten sich im Rahmen der Programmdebatte an die Arbeit gemacht, eine Position formuliert und der Partei zur Diskussion vorgelegt. Sie seien „keine kleinen Kinder, die man in die Ecke stellt und denen man mitteilt: Jetzt reden wir über etwas anderes“. Das seien ernstzunehmende Genossen. Bei den 11 Forderungen handle es sich jedoch nicht um die vom 15. Parteitag der DKP erarbeiteten inhaltlichen Ansätze und Herangehensweisen. (...) Die Verfasser des Begleitbriefes räumen allerdings ein: „Was hier formuliert wurde, das steht für eine nicht zu unterschätzende Tendenz in den östlichen Gliederungen der DKP überhaupt.“ Es gehe um einen „großen Teil der Partei in den neuen Bundesländern ...“ Man müsse fragen: „Auf welcher Grundlage formiert sich hier die DKP?“

Zweierlei ist aus dem Text ersichtlich: Erstens versuchen die Unterzeichner eine Ost-West-Konfrontation für die DKP zu erfinden, die es tatsächlich nicht gibt. Der an sich begrüßenswerte kommunistische Meinungsstreit dreht sich nämlich um prinzipielle ideologische Fragen und hat mit geografischen Faktoren wenig zu tun. Bestenfalls mit unterschiedlichen Erfahrungen, Biographien und einem oft voneinander abweichenden Wissensstand. In aller Klarheit sei gesagt: Den standhaften Kommunisten im Westen fühlen wir uns aufs engste verbunden; übrigens gibt es auch im Osten unter Genossen differierende Standpunkte. Zweitens verraten die drei Verfasser des Begleitbriefes mit keinem Wort, auf welcher Grundlage sie selbst die Partei sehen möchten. Wir gehen davon aus, daß sich die DKP auf die Lehren von Marx, Engels und Lenin, die wir als Marxismus-Leninismus bezeichnen, stützt. Daran halten wir unverrückbar fest. Was soll also das Gerede von der andersgearteten Grundlage? Inwieweit weicht „ein großer Teil der Partei“ in den sogenannten neuen Bundesländern angeblich von der Parteilinie ab?

Im „Rundbrief“ wird behauptet, die Bevölkerung im Osten besitze „nur geringe Erfahrungen in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit dem Kapital, geringe Organisationserfahrungen auf diesem Gebiet und so gut wie nicht vorhandene ‘Kulturtechniken’ in dieser Form des Klassenkampfes“. Das gleiche treffe auf ihr, „historisches Gedächtnis“ zu. Damit werden die früheren DDR-Bürger, die vier Jahrzehnte lang den Sozialismus errichtet und geschützt haben, für dumm verkauft. Sie sollen offenbar in zehn Jahren brutalster

imperialistischer Rückeroberung fast nichts vom Kapitalismus mitbekommen haben. (...)

Dann wird ein weiteres Argument ins Spiel gebracht. (...) „Der Osten der BRD ist ... schon lange nicht mehr alleiniges Siedlungsgebiet des ‚Ossi‘ ...“ Die Anwesenheit einer „neuen“ Bevölkerungsgruppe dort, das Umgehen der „traditionell“ Ansässigen mit ihr stelle „eine besondere Form des Hineinwachsens der ehemaligen DDR-Gesellschaft in die aktuelle BRD-Gegenwart“ dar. Natürlich handelt es sich hierbei um ein Scheinargument, denn niemand stellt die Existenz neuer Mitbürger im Osten in Frage – wenn auch etliche gerade jene nicht selten verhaßten „Sonderbeamten“ sind, die zur Überwachung des halbkolonialen Territoriums in die eroberten „neuen Bundesländer“ abkommandiert wurden. (...) An der spezifischen Situation früherer DDR-Bürger ändert eine gewisse Vermischung allerdings nichts. (...)

Die Verfasser gehen noch weiter. „Es ist kein Fremdkapital und es sind letzten Endes auch keine Fremdbeamten. Es ist die deutsche Deutsche Bank, es ist die deutsche AEG ... Wer die Entwicklung der letzten zehn Jahre nicht in einem vollständigen ideologischen Tiefschlaf verbracht hat, dem muß aufgefallen sein, daß deutsche Hausbesitzer zurückgekommen sind, deutsche Kleinkapitalisten, deutsche Mittelbauern ...“ Es habe sich um die „Rekapitalisierung“ einer „abtrünnigen Provinz“ gehandelt. Das Wort „halbkolonial“ lasse sich „vielleicht noch für fragwürdige Lösungen verhackstücken“. Abschließend wird behauptet: „Hier geht es darum, ausgehend von realen sozialen Spannungen und sozialen Konflikten mit nationalistischen Losungen Bauernfängerei zu betreiben.“

(...) Unsere 11 Forderungen haben nicht das mindeste mit Nationalismus und nostalgischer Abkapselung in der DDR-Vergangenheit zu tun. Das, worauf wir aufmerksam machen wollen, ist allein die spezifische Unterdrückungs- und Ausbeutungssituation der früheren DDR-Bürger und anderer im Osten lebender Menschen. (...)

Was die multinationale Arbeiterklasse des ganzen Landes angeht, so stellt sie natürlich eine Einheit dar. Das gleiche gilt für die Partei. Gerade deshalb muß die DKP dafür eintreten, daß die westdeutschen Kommunisten und Arbeiter mit ihren diskriminierten und benachteiligten Klassengenossen im Osten besondere Solidarität üben. (...)

Der „RotFuchs“ bleibt ein konsequentes und klassenkämpferisches Periodikum neuer Art aus dem Osten, das unbeirrbar für die Stärkung der DKP auf marxistisch-leninistischer Grundlage wirkt. Er fühlt sich dabei mit anderen linken Publikationen unterschiedlichen Charakters wie „offensiv“ und den „Weißenseer Blättern“, der Zeitung „Die Rote Fahne“ und der „jungen Welt“, dem „Roten Brandenburger“, den „Roten Kalenderblättern“ und dem „Thüringen Report“ – um nur einige zu erwähnen – freundschaftlich verbunden.

Wir werden von uns aus alles tun, um normale, parteimäßige, kooperative, auf gegenseitiger Achtung beruhende und der Sache förderliche Beziehungen zur UZ – der zentralen Zeitung der DKP – anzustreben.

Antwort an Genossen, die Einheit ohne inhaltliche Klärung wollen

Ein Haus ohne Fundamente?

Nach dem Artikel Bernhard Majorows „Kommunisten gehören zusammen“ und meinem Beitrag „Die Sache muß reifen“ möchte ich mich erneut zur Notwendigkeit der Überwindung organisatorischer Zersplitterung und ideologischer Verfälschung in der kommunistischen Bewegung äußern. Die überwiegende Zustimmung zu beiden Artikeln zeigt, daß wir eine Frage aufgeworfen haben, die mit zunehmender Brisanz auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Doch weiterhin gibt es enormen Klärungsbedarf. Äußerungen wie „Die Linken sollten sich nicht selbst zerfleischen“, „Wir dürfen uns nicht durch nutzlose ideologische Streitereien und Wortklaubereien blockieren“ oder „Geben wir die Suche danach auf, wer der ‚Linkeste‘ im Lande ist“ lassen das erkennen. Schließlich erklären viele, sie seien des „Parteiengetzänks überdrüssig“. Die Folge ist Rückzug ins Private. Wir müssen die Diskussion also weiterführen, um in diesen Fragen größere Klarheit zu gewinnen.

Ein Blick in die Geschichte der kommunistischen Bewegung bietet Orientierungshilfe an. Er verdeutlicht den Umgang mit Niederlagen im revolutionären Kampf, nach dem Triumph von Konterrevolutionen. Denken wir an den Fall der Pariser Commune 1871. Marx bezeichnete im Vertraulichen Zirkularbrief der Internationalen Arbeiterassoziation die darauffolgende Periode als Zeit „... wo die Internationale die schwerste Krise seit ihrer Gründung durchmachte“. Er sprach in diesem Zusammenhang davon, daß „die Besiegten von Paris mit den niederträchtigsten Verleumdungen überschüttet“ wurden. Wie aber reagierten Marx und Engels in dieser Lage? Sie analysierten die Klassensituation und stellten u. a. fest, daß „selbst ein Teil der Arbeiterklasse noch nicht verstanden hatte, daß es ihr Banner war, das soeben untergegangen war“. Und sie verallgemeinerten die Erfahrungen der „Untergegangenen“ für die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus. Dabei erweiterten und vertieften sie die Vorstellungen von der revolutionären Diktatur des Proletariats als Staat des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Ähnliches ist von der Zeit nach dem Scheitern der ersten russischen Revolution 1905 zu sagen. Wieder bestand eine konterrevolutionäre Situation. Lenin antwortete auf marxistische Weise, indem er die theoretischen Grundlagen für eine in der Periode des Imperialismus objektiv erforderliche „Partei neuen Typs“ noch umfassender herausarbeitete. Nur so können kommunistische Parteien auf Niederlagen und Rückschläge reagieren. Das gilt auch für die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts. Doch nicht alle Parteien haben sich so verhalten. Einige gaben stattdessen grundsätzliche Positionen auf und beschränkten die abschüssige Bahn von Reformismus und Revisionismus. Sie setzten damit Gorbatschows

liquidatorischen Kurs fort. Die Ursachen der zerstörerischen Tendenzen in der kommunistischen Bewegung sind also nicht zuletzt auch in der Art und Weise des Reagierens auf eine ihrer empfindlichsten Niederlagen zu suchen. Unter der trügerischen Losung der „Geschichtsaufarbeitung“ gewannen in gewissen Parteien Kräfte die Oberhand, die sich von marxistisch-leninistischen Positionen abwandten und das historische Bewußtsein der Arbeiterbewegung zu zerstören trachteten. Daß dies eine prinzipielle Antwort standhafter Marxisten herausforderte, steht außer Zweifel. Der wissenschaftliche Sozialismus mußte verteidigt werden.

Unsere marxistische Theorie hat sich in ständigen Auseinandersetzungen mit der bürgerlichen Ideologie und deren Wirkungen auf unsere Bewegung entwickelt. Denn Ideologien sind nichts anderes als Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins. Sie bringen Klasseninteressen zum Ausdruck. Der ideologische Kampf ist eine Grundform des Klassenkampfes. Bereits im Manifest setzten sich Marx und Engels mit dem „kleinbürgerlichen Sozialismus“, dem „deutschen und wahren Sozialismus“ und anderen Strömungen auseinander. Die Werke, welche den Konflikt mit Eugen Dühring, mit dem Lassalleanertum und dem Anarchismus zum Inhalt hatten, waren Meilensteine bei der Entwicklung der marxistischen Theorie. Das gleiche ist zum Wirken Lenins festzustellen. Die Fronten im politisch-ideologischen und theoretischen Kampf verliefen immer zwischen revolutionärem marxistischem Denken und bürgerlicher Klassenideologie und deren Einbrüchen in die kommunistische Bewegung. Auch heute ist das so, selbst wenn man weismachen will, die Auseinandersetzung finde zwischen „Modernisierern“, „Reformern“, „Erneuerern“ und „Kreativen“ auf der einen und „Nostalgikern“, „Betonköpfen“ und „Dogmatikern“ auf der anderen Seite statt. Solche Konstrukte sollen nur den Klassenkampf auf ideologischem Gebiet verschleiern.

Der Konflikt in der Ideologie ist also unverzichtbar, man kann ihn sich nicht einfach „wegwünschen“, und er hat auch nichts zu „mutwilliger gegenseitiger Zerfleischung“ zu tun. Nur durch klare Abgrenzung sind prinzipielle und taktische Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, kann die Einheit der Bewegung erreicht werden. Richtig ist es zu fordern, die Auseinandersetzung nicht in prinzipienlosen Bruderkampf entarten zu lassen. Was in diesem Zusammenhang die immer eingeforderte „politische Streitkultur“ betrifft, so sind uns neben den Klassikern auch August Bebel, Franz Mehring, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, um nur einige zu nennen, gute Lehrmeister. Neben ihrer Wahrhaftigkeit und inhaltlichen Klarheit, die sich auch in verbaler Schärfe beim

Kampf gegen Kapitalismus und bürgerliche Ideologie zeigt, gehören zugespitzte Kritik, beißende Ironie und entlarvender Spott, selbst bei internen Diskussionen, zu ihren Stärken. Nicht selten haben sie, wie man so sagt, „die Glacéhandschuhe ausgezogen“, wenn es um die Klärung fundamentaler Fragen in den eigenen Reihen ging. Mit Intrigenspiel und Ehrabschneiderei hat das nichts zu tun.

Nur wenn es gelingt, das revolutionäre Profil der DKP zu schärfen, wird sie wachsenden Einfluß gewinnen und ihre Marginalisierung in der Öffentlichkeit überwinden können. Dabei sollte jegliches Liebäugeln mit „Modernisierern“ in anderen linken Parteien, darunter auch der Nachtrab gegenüber der PDS, unbedingt vermieden werden. Ebenso wäre falsche Abgrenzung gegenüber Kommunisten, die aus der SED kommen und heute zur DKP oder deren Umfeld gehören, schädlich. Ohne ihre Teilnahme, ohne die Nutzung ihres marxistischen Wissens und ihrer Klassenkampf Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus kann es keine tragfähige Konzeption der DKP für den Osten geben. Und noch eins: Wann endlich befreien wir uns als Partei gänzlich und konsequent von allen Sogwirkungen des durch die Konterrevolution und deren ideologische Untermieter als „kritische Aufarbeitung“ ausgegebenen Abrückens von den historischen Leistungen des ersten sozialistischen Staates in der deutschen Geschichte? Wir haben die Niederlage nicht erlitten, weil wir „starrköpfig“ am Marxismus-Leninismus festgehalten, sondern weil wir uns in einigen entscheidenden Fragen von ihm entfernt hatten. Mein Appell, sich vorbehalt- und kompromißlos zum Staat DDR – einschließlich aller seiner Machtorgane – zur Partei SED, zur jahrzehntelangen erfolgreichen Entwicklung der Sowjetunion, zum Marxismus-Leninismus zu bekennen, ist also nicht als Aufforderung zum Verzicht auf die konsequente Analyse begangener Fehler, aufgetretener Versäumnisse oder begangenen Machtmißbrauchs zu verstehen.

Was ich meine, ist das, was Domenico Losurdo das „Phänomen des Selbsthasses“ als Gegenstück zum „aufgeblasenen Narzissmus der Sieger“ bezeichnet. Letztlich dient auch dieser Selbsthaß allein der Diskriminierung und Diskreditierung der Kommunisten, der Zersetzung unseres Geschichtsbewußtseins und unseres historischen Optimismus.

Wenn man also über die immer wieder geforderte Einheit der Kommunisten sprechen will, dann muß man zunächst die entscheidende Frage stellen: Einheit auf welcher Grundlage, auf revolutionärer oder reformistischer? Natürlich muß unser ganzes Wirken auf maximalen Zusammenschluß der linken Kräfte gerichtet sein. Doch eine Einheit ohne Prinzipien ist wie ein Haus ohne Fundamente.

Dieter Itzerott

Unser Korrespondent Joachim Loeb war bei Karl und Rosa

Daheim unter Meinesgleichen

Weiß der Teufel, warum mir seit Tagen das linke Knie weh tut. Die rechte Kniekehle nicht minder. Und auch der linke Knöchel. Doch heute ist der 14. Januar. 1919 haben sie Rosa und Karl umgebracht. Wie jedes Jahr geht's zur Gedenkstätte der Sozialisten. Ich muß hin, egal wie. Tut's eben ein bißchen weh.

Auf dem Weg zum S-Bahnhof komme ich am Briefkasten vorbei. Post rein. An die DKP. Ein paar Bemerkungen zur Programmdiskussion. Ein zweiter Brief mit Obolus an den „RotFuchs“. Na, und selbstredend ermutigende Zeilen an die Genossen im Knast, wie immer. Vor ein paar Tagen haben sie wieder einen hinter Gitter gebracht. Einen von uns! Wann hört das eigentlich auf? Was heißt das: Das Knie tut weh?

In der Bahn ein paar Leute, die sehen aus wie ich: Karl und Rosa rufen. Ich führe ein lebhaftes Gespräch mit drei Jungs. Sie fragen mich, wo ich hin will. Demonstration, sage ich. Gedenktag. Ich bin Kommunist. Als ich später im Zug nach Lichtenberg sitze, fällt mir auf, daß ich mich überhaupt nicht um Streckenanzeige oder Ansage gekümmert habe. Bin einfach mitgegangen mit dem Pulk. Die riechen doch alle so wie ich. Die haben den gleichen Vorsatz: Karl und Rosa und alles, was damit zusammenhängt. Auf dem Bahnhof Lichtenberg werden die Aussteigenden zum Strom. Er fließt den Tunnel zum Ausgang entlang. Draußen auf der Straße das übliche Bild. Menschen über Menschen. Natürlich die Alten. Ehepaare, Rentner. Doch ich habe den Eindruck: Viel mehr junge Menschen als sonst. Langsam geht's vorwärts. Alle freiwillig und ohne Kalaschnikow im Kreuz. Polizei sieht man wenig. Und wenn, dann Gesichter, die ihr Verwundern über diese Völkerwanderung nicht verbergen können. Neu allerdings ist, daß die Straßenbahn auch an diesem Tag ihre Schleife durch die Gudrunstraße fahren darf. Mitten hinein in das Gewühl der Menschen. Wenigstens das, wenn schon kein Attentäter zur Verfügung steht. War ja auch zu dick aufgetragen.

Die Leute ziehen an mir vorbei. Sind etwas schneller als ich. Da läuft vor mir einer mit Krücken, rote Nelken in der Hand. Und ich mit meinem Knie? Auf der Bank erhebt sich einer mit Stock. Auch mit Blumen. Er wankt und schwankt bei jedem Schritt wie ein Schiff auf stürmischer See. Ich halte mich ein wenig in seiner Nähe auf. Könnte ja sein ... An der nächsten Bank muß er sich schon wieder setzen. Ich laufe weiter, drehe mich aber noch mal um. Da sitzt bereits einer neben ihm. Überhaupt, was soll da heute schon passieren? Er weiß,

unter welchen Menschen er sich hier befindet. Ich gehe beruhigt mit der Masse weiter.

Es wird eng. Nur trippelnd geht's vorwärts. Die „schlimme Meile“. Stände von Parteien, Gruppen, Grüppchen. Alles links, linker, am linken. Da ist die DKP. Ruhig, sachlich. Nicht so marktschreierisch wie andere Gutmeinende. Sie steht mir am nächsten. Ich wechsle ein paar Worte mit „RotFuchs“-Machern. Doch die Zerrissenheit auf der „Meile“ tut mir weh. Überall bedruckte Papiere aller Art. Was soll das? Muß ich erst aufgeklärt werden, warum wir hier sind? Es geht ja nicht nur um Rosa und Karl. Nein, hier wird Flagge gezeigt: „Mit uns nicht!“ Leider zu viele verschiedene Flaggen. Da läuft einer mit einer riesigen Fahne. SPD steht darauf. Nur einer begleitet den Fahnenträger. Es ehrt den Mann, daß er offenbar noch weiß, was Sozialdemokraten einmal waren, und daß er es zeigen möchte. Kurz vor der Gedenkstätte. Unübersehbar ist der Strom, der sich ohne Unterbrechung um das zentrale Mahnmal bewegt. Die meisten betrachten die Marmortafeln an der Mauer, lesen die Namen. Vor ein paar Tagen ist Irma Thälmann ganz in der Nähe beigesetzt worden ...

Rückweg. Schalmeienklänge. Arbeiterlieder. Ein Ring umschließt die Musikanten. Hört zu. Wie hat sich der Klassenfeind über den quäkenden Ton der Instrumente mokiert. Ich sehe mich als Kind in Leipzig am Straßenrand stehen. Die Schalmeien ziehen vorbei. Rote Fahnen und Transparente. Mein Vater unter den Demonstranten. Wie weit hatten wir es schon gebracht seit damals. Ich kämpfe mit Tränen. Wo sind wir nur wieder hingeraten? Aber da stehen doch all die anderen, handeln und denken offensichtlich wie ich. Bin ich allein? Hier doch nicht. Das tröstet. Viele greifen ins Portemonnaie und legen Geld auf die kleine Matte vor der Truppe.

Bekannte? Manchmal glaube ich, dieses oder jenes Gesicht unter den Demonstranten zu erkennen. Ich bin nicht sicher. Der Zahn der Zeit hat an uns allen nagelt ... Ach ja, ein ehemaliger Kollege. Szenenbildner beim DDR-Fernsehen, damals kein glühender Patriot. Eher das Gegenteil. Zu Zeiten, als wir noch von „Vopos hierher getrieben“ wurden, war er nie dabei. Und jetzt? Er entschuldigt sich fast: Wollte nur mal gucken! Nur mal gucken? Er scheint noch nicht zu bemerken, daß ihm der real existierende Kapitalismus bereits die Augen zu öffnen beginnt: Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Heißt das nicht hoffen?

Da gibt's Bücher. Eine Menge Antiquarisches darunter. Unsere Klassiker zerlesen und unansehnlich. Aber wer hat sich von ihnen getrennt, daß sie hier auf der Straße herumliegen? Ich würde doch die meinen nicht weggeben. Marx, Engels, Lenin. Obwohl ich gestehen muß: Zu DDR-Zeiten habe ich da nicht oft reingeschaut. Erst jetzt! Zu merkwürdig kamen mir die endlosen Literaturangaben im Parteilehrjahr vor. Aber ich habe ja auch für den Sozialismus lieber einen Nagel in die Wand geschlagen, als daß ich mir die Zunge damit verbogen hätte. Ich muß an meinen Vater denken. Die Faust sei gegen das Kapital ohnehin wirksamer als das Wort, hat er gesagt. Bin ich zum Radikalinski mutiert?

Der Rückstrom ist zunächst gering. Noch immer kommen welche. Beim Umsteigen nach Spindlersfeld fragt mich einer, wie's nach Lichtenberg geht. Er hat Nelken in der Hand.

Ob's diesmal wieder 100 000 waren? Doch 95 000 waren's ganz sicher. Was sollen Zahlenspiele um eine so riesige Demonstration ...?

In der Bahn lesen etliche der Mitfahrenden bedrucktes Papier, das sie auf der „schlimmen Meile“ erworben haben müssen. DKP ist ganz deutlich zu erkennen. Aber auch anderes. Also doch wichtig. Man darf nicht nur von sich ausgehen. Der Geist, wenn auch noch diffus und zerrissen, fährt mit.

War ich nicht eben für zwei Stunden wieder daheim? Daheim unter zigtausend Meinesgleichen? Und das nur in Berlin. Mir sind die moralischen Korsettstäbe gerichtet worden. Aufrecht geht's, trotz des Knies. Wo wir sind, da ist oben. War das alles eben nur eine Ehrung von Rosa und Karl? Es war mehr. Vervielfachtes Bekenntnis zu einer Sache, die keinesfalls auf dem Müll der Geschichte landen wird. „Seht, wie der Zug von Millionen ...“ Hatten wir das nicht gesungen? Friedlich dem Kapital Angst machen. Das ist schon etwas. Und ich bin dabei gewesen.

„Programmatisch stellt sich die KPD übrigens ganz und gar hinter die ostdeutschen Forderungen, wie sie kürzlich in der Berliner marxistisch-leninistisch orientierten Zeitung der DKP „RotFuchs“ veröffentlicht wurden. Insofern gibt es zwischen den ostdeutschen Kommunisten in KPD und DKP einen großen Konsens. Das ist eine Grundlage, auf der sich gedeihliche Gemeinsamkeit aufbauen und entwickeln läßt.“

(Aus dem Leitartikel des KPD-Vorsitzenden **Werner Schleese** in „Die Rote Fahne“, Februar 2001)

RA Prof. Dr. Erich Buchholz: Schluß mit der rechtswidrigen Strafverfolgung!

„Deutsche Gründlichkeit“ gegen links

Im Diskussionsangebot „11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland“, dessen ersten Entwurf der „RotFuchs“ im November veröffentlichte und das jetzt in zweiter Fassung vorliegt, heißt es: „Schluß mit der Rachejustiz. Rehabilitierung und Entschädigung der wegen ihres Handelns in Übereinstimmung mit und zur Durchsetzung von Gesetzen der DDR verurteilten Bürger. Beendigung der Diskriminierung von Angehörigen aller bewaffneten Organe der DDR ...“

Ist diese Forderung denn überhaupt noch zeitgemäß? Ist sie nicht durch die eingetretene Verjährung überholt? Handelt es sich dabei etwa um billige Propaganda der Kommunisten?

Keineswegs! Die Forderung ist nach wie vor aktuell. Nach mehrfachem und rechtswidrigem Hinausschieben der Verjährung der Verfolgung angeblicher Straftaten von DDR-Hoheitsträgern kam per 3. Oktober 2000 die sogenannte absolute Verjährung (nach § 78 c, Abs. 3 des bundesdeutschen Strafgesetzbuches) zu Geltung. Diese betraf allerdings nur die „mittelschweren Fälle“, praktisch vor allem angebliche Rechtsbeugung von DDR-Richtern und -Staatsanwälten, also nur einen Teil der sogenannten Regierungskriminalität. Im übrigen laufen die Strafverfolgung und auch die Strafvollstreckung sowie alle anderen Wirkungen der Strafverfolgung und rechtswidrigen Verurteilung weiter. Auch dort, wo es bei der Verfolgung der o. g. „mittelschweren Fälle“ zu einem erstinstanzlichen Urteil – Freispruch oder Verurteilung – kam, tritt keine Verjährung ein (§ 78 b, Abs. 3 des bundesdeutschen StGB). Diese Verfahren können sich über die Instanzen, einschließlich Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg, noch über Jahre oder Jahrzehnte hinziehen.

Darüberhinaus sind von der fortdauernden Strafverfolgung weiterhin betroffen:

- Angehörige der Grenztruppen der DDR und DDR-Politiker, die wegen angeblichen

- Totschlags von Grenzverletzern bzw. Anstiftung oder Beihilfe dazu, verfolgt werden;

- DDR-Richter und -Staatsanwälte, die auf der Grundlage der Gesetze bei schwersten Verbrechen, namentlich auch Mord (bei dem bis 1968 nach dem § 211 des alten Reichsstrafgesetzbuches die Todesstrafe zwingend vorgeschrieben war!) Todesstrafen verhängt oder beantragt hatten;

- andere Personen, denen Straftaten vorgeworfen werden, die normalerweise mit Freiheitsstrafen bis zu 5 Jahren bedroht sind (z. B. Betrug oder Untreue) und die deshalb an sich unter die absolute Verjährung fal-

len, wenn das Gericht einen besonders schweren Fall annimmt, für den das Gesetz strafscharfend mehr als fünf Jahre androht und das Gericht (in aller Eile, um den Eintritt der Verjährung zu verhindern, vorsorglich noch vor dem 3. Oktober 2000) die Eröffnung des Hauptverfahrens beschloß (§ 78 b, Abs. 4 des bundesdeutschen StGB). Übrigens geht es auch in solchen Fällen häufig nicht um wirkliche Kriminalität, sondern um politische Strafverfolgung von Partei- und Wirtschaftsfunktionären der DDR, denen mit wahnwitzigen rechtswidrigen Konstruktionen Betrug oder Untreue vorgeworfen wird, u. a. auch im Bereich des völkerrechtlich zwischen den RGW-Staaten vereinbarten internationalen Transfer-Rubel-Verkehrs.

Außerdem gibt es für die Justizbehörden vielfältige Möglichkeiten, die Verjährung der Strafverfolgung zu unterbrechen (§ 78 c des bundesdeutschen StGB), so daß die Strafverfolgungsdrohung „am Kochen“ gehalten werden kann.

In diesem Zusammenhang dürfen die außerordentlichen psychischen und finanziellen Belastungen drohender Strafverfolgung von Unschuldigen, auch für Angehörige und hilfsbereite Freunde, die über Jahre (in Einzelfällen nun fast 10 Jahre) andauern, nicht vergessen werden. Derartige Belastung für die Verfolgten wirkt deshalb besonders schwer, weil sie nach dem für ihr Handeln ausschließlich maßgeblichen DDR-Recht keine Straftaten begangen hatten, also unschuldig verfolgt werden! Solche Wirkungen der politischen Strafverfolgung sind durchaus gewollt, um die DDR-Bürger, namentlich diejenigen, die sich für ihren Staat engagierten, „kirre“, auch mundtot zu machen. Die zielstrebige Zermürbung der politischen Gegner – und als solche werden ja die Verfolgten DDR-Hoheitsträger behandelt – ist uns bei der bundesdeutschen Strafjustiz schon aus den 50er Jahren gut bekannt. Dazu gehört auch die Pression, sich in politischer Betätigung zurückzuhalten, die ihnen nur zu ihrem Nachteil angelastet würde, also Grundrechte der betroffenen Bundesbürger zu verletzen.

Diese Justiz hat sich nicht geändert.

Im übrigen wird die Strafvollstreckung mit oder ohne Freiheitsentzug, auch die Beitreibung von Geldstrafen mit der Androhung von Ersatzfreiheitsstrafen, fortgesetzt, wobei die Betroffenen anschaulich – auch durch offensichtliche Ungleichbehandlung – erleben, daß sie sich voll und ganz in der Hand der bundesdeutschen Behörden befinden. Über Jahre werden noch viele der rechtswidrig Verurteilten an den Gerichtskosten, z. T. über 100 000 DM, zu tragen haben, die, wenn deren Nachkommen nicht

aufpassen, sogar auf die Erben übergehen können.

Und dann bleibt auch die „Vorbestraftheit“, denn die Tilgung der im Strafregister eingetragenen Strafen erfolgt erst nach vielen Jahren; nicht wenige rechtswidrig verfolgte DDR-Bürger werden daher ihr Leben als Vorbestrafte zu beschließen haben.

Mithin erweist sich die einleitend zitierte Forderung als nach wie vor aktuell – auch soweit eine Rehabilitierung der unschuldig Verurteilten und Wiedergutmachung des ihnen angetanen Unrechts gefordert wird. Aktuell bleibt auch das Gebot der Solidarität mit den rechtswidrig Verfolgten.

Es darf darauf verwiesen werden, daß die PDS vor dem 10. Jahrestag des „Beitritts“ wiederum eine Initiative zur „Beendigung der Strafverfolgung für hoheitliches Handeln in der DDR“ (Bundestags-Drucksache 14/3067 vom 29. 3. 2000) ergriffen hatte. Sie beantragte zurecht nicht nur eine Beendigung dieser Strafverfolgung, sondern auch die Beendigung der Strafvollstreckung und die Tilgung der Eintragungen im Strafregister, um die Diffamierung der Betroffenen als „vorbestraft“ auszuschießen. Wie zu erwarten war, hat der Bundestag die betreffenden Anträge abgeblockt, indem die Sache in die Ausschüsse verwiesen wurde.

Die Aktualität der Forderungen von DKP und PDS besitzt auch aus europäischer und internationaler Sicht große Bedeutung. Denn eine derart massive und „gründliche“ Strafverfolgung von einstigen Hoheitsträgern in der früheren (sozialistischen) Gesellschaft gibt es in keinem anderen Land. Die Jagd auf ehemalige Hoheitsträger als politische Gegner ist in der Bundesrepublik einmalig – ganz so wie sie es in Europa bei ihrer Kommunistenverfolgung und dem Verbot der KPD in den 50er Jahren war.

Diese Tatsache hat das international renommierte Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht (in Freiburg i. Br.) aufgrund sorgfältiger Untersuchungen in 16 Ländern und einem internationalen rechtsvergleichenden Kolloquium (2.–5. Juni 2000 in Freiburg) zum Thema „Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht“ zweifelsfrei festgestellt. Somit ergibt sich auch aus internationaler und besonders europäischer Sicht die Forderung, dem „bundesdeutschen Alleingang“ ein Ende zu bereiten.

Übrigens wird diese „deutsche Gründlichkeit“, die die BRD-Justiz gegenüber ihren politischen Gegnern an den Tag legte und legt, stets nur gegen links gerichtet. Bei der Strafverfolgung von NS-Verbrechen war und heute ist gegenüber Neonazis diese „deutsche Gründlichkeit“ zu vermissen.

Ein Fachmann meldet sich zu Wort

Gespielte Überraschtheit

Wer die ganze Diskussion zum Thema Uranmunition verfolgt hat, könnte glattweg annehmen, Rudolf Scharping (SPD) und seine Bundeswehrexperthen hätten keine Ahnung davon gehabt, was da so alles an Waffen im Krieg gegen Jugoslawien eingesetzt worden ist. Doch die „Überraschtheit“ des Ministers ist schlecht gespielt. Denn es handelt sich nicht um Neuigkeiten.

Bereits Anfang der 80er Jahre berichteten Kundschafter der DDR von Arbeiten bei der deutschen Rüstungsfirma Diehl zur Entwicklung neuer panzerbrechender Munition auf Uranbasis. Ein derartiges Projekt ist ohne Mitwirkung des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung überhaupt nicht vorstellbar. Die Erprobung fand mitten in Deutschland statt – auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr im bayerischen Norden. Die Firma Diehl unterhielt dort für diese Zwecke eine eigene ständige Schießbahn. Weitere Nachforschungen im Zielgebiet und dem dahinterliegenden Wald erbrachten Splitter- und Bruchstücke eines auffallend schweren Materials. Schließlich wurde man weiter fündig: Unbedarfte Pilzsammler entdeckten einen fast unbeschädigten Penetrator (Eindringkörper). Dabei handelte es sich um ein

ganz spezifisches pfeilförmiges Geschöß. Die Auswertung ergab: Es war ein „kinetisches Energiegeschöß“ aus abgereichertem Uran, in der NATO-Sprache „Depleted Uran“ (DU-Geschöß). Man kann annehmen, daß das Gelände noch heute verseucht ist.

Die damaligen Erkenntnisse dienten den DDR-Organen ausschließlich zur Bewertung des NATO-Potentials. Eigene Arbeiten auf diesem speziellen Gebiet der Militärtechnik wurden in der DDR nicht betrieben. Ganz abgesehen von politischen Erwägungen verfügte die DDR-Industrie nicht über die technologischen Voraussetzungen für eine Uranaufarbeitung zu derartigen Zwecken.

Allein die NATO-Streitkräfte, vor allem die der USA, haben eine besondere Vorliebe für kinetische Energie (KE-Munition) auf Uranbasis entwickelt und diese zu einem festen Bestandteil ihrer Kampfmittel gemacht. Sie demonstrierten bei Kriegshandlungen im Nahen Osten und auf dem Balkan rücksichtslos die Vernichtungskraft der fragwürdigen Munition im Einsatz gegen gepanzerte Fahrzeuge und Befestigungsanlagen. Eine Demonstration der erbarmungslosen Konsequenz ihres politischen und militärischen Machtanspruchs.

Es wäre naiv anzunehmen, daß die NATO bei künftigen militärischen Auseinandersetzungen auf den Einsatz uranhaltiger Munition verzichten würde – trotz der inzwischen bekanntgewordenen verheerenden Auswirkungen für Menschen und ihre Umwelt.

Zum allgemeinen Verständnis und Wirkprinzip dieser Waffe sei noch folgendes erklärt: Im Unterschied zu herkömmlichen Explosivgeschossen bzw. Granaten enthalten kinetische Energiegeschosse keinen Sprengstoff. Sie bestehen aus massivem abgereichertem Uran, welches bei der Uranverarbeitung abfällt. Die Wirkung beruht auf dem Ablauf physikalischer Prozesse durch Umwandlung bzw. Freisetzung von Bewegungsenergie (kinetischer Energie). Wichtig ist dabei vor allem die hohe Auftreffgeschwindigkeit eines Projektils mit großer Masse, welche durch das abgereicherte Uran gegeben ist. Dabei entsteht am Auftreffpunkt ein gewaltiges Plasma mit enormer Durchdringungskraft. Bei diesem Vorgang wird auch radioaktives Material frei, das trotz Abreicherung noch im Geschöß enthalten ist. Daraus resultieren die anhaltende radioaktive Verseuchung im Einsatzgebiet und die Gefahr für betroffene Personen, selbst für die eigene Truppe. Das erklärt das abwiegelnde Verhalten und das „Nichtwissen“ der verantwortlichen Minister und Militärs um das Vorhandensein solcher Munition und die Kriegführung mit derartigen Mitteln.

Oberst a. D. Erich Gaida, Berlin

Warum der BRD geistiger Verbraucherschutz not tut

Nur Rinderwahn?

Rinderwahn sei gegenwärtig die Hauptgefahr, an der die deutsche und westeuropäische Gesellschaft kranke, wollen maßgebliche Kreise in Berlin, Brüssel und anderswo sowie deren Medienmoguln per Wort und Bildschirm glauben machen. Ein Krankheitsfall bundesweit brachte eine Lawine ins Rollen. Wenn die Unfallstatistik ausweist, daß Jahr für Jahr mehrere tausend Menschen im Straßenverkehr ums Leben kommen, müßte man dann nicht logischerweise auch von einem noch viel schlimmeren Autowahn sprechen? Wenn jährlich Hunderte Arbeiter bei Betriebsunfällen sterben – leidet diese Gesellschaft dann nicht an einer wahnsinnigen Vernachlässigung des Arbeitsschutzes?

Unzählige Obdachlose und unterhalb der Armutsgrenze Vegetierende, Millionen Arbeitslose, grassierende Drogensucht mit unendlich vielen Opfern, eine inzwischen alle Dimensionen sprengende Zahl schwerer und schwerster Verbrechen – alles in der Deutschen Demokratischen Republik unvorstellbar – gehören inzwischen ganz selbstverständlich zum zivilisatorischen „Zugewinn“ auch im Osten. All das hat uns auf und selbst unter das bis 1990 „normale“ gesellschaftliche Niveau der alten BRD zurückgeworfen. Doch wer spricht da – auch in parlamentarischen Debatten – von Wohnungswahn, Armutswahn oder Arbeitslosenwahn?

Über die Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer reinen Interventionsarmee und die seit 1992 ins Auge gefaßte qualitativ neue Stufe ihrer Bewaffnung, zu deren Rechtfertigung

man krampfhaft und vergeblich nach einem Angreifer sucht, den man höchstens weit entfernt von den eigenen Grenzen auszumachen behauptet, regen sich die Politiker und Ideologen der Bourgeoisie nicht auf. Wer von den Herrschenden bekämpft denn in diesem Land den Rüstungswahn?

Frühere DDR-Bürger, die die geistige und moralische Entwicklung ihrer Kinder und Enkel aufmerksam verfolgen, können als Absoluten unseres sozialistischen Volksbildungswesens angesichts des deutlichen Niedergangs der mathematischen, natur- und gesellschaftswissenschaftlichen, polytechnischen und humanwissenschaftlichen Bildung sowie der sittlichen Erziehung in dieser BRD nur mit dem Kopf schütteln. Einstige Mitgestalter der DDR, seht euch an, was in den westdeutschen Lehrbüchern oder in Lehrveranstaltungen vom Westen oktroyierter Hochschuldozenten nun auch in ostdeutschen Schulen und Hochschulen darüber geschrieben und gesagt wird, wie ihr bis 1989 östlich der Werra und Elbe gelebt haben sollt!

Gymnasiasten und junge Studenten in Erfurt – selbst aufgeschlossen und diskussionsbereit –, berichteten, ihnen sei klagemacht worden, nicht die Arbeit, sondern zum Beispiel die Möglichkeit, den Freitod zu wählen, unterscheide den Menschen vor allem vom Tier. Wer empört sich da über Bildungs- und Kulturwahn?

Es gehe um den Schutz der Verbraucher vor verseuchtem Rindfleisch, bekommen wir allenthalben zu hören. Selbst Ministerien wer-

den zu diesem Zweck umbenannt oder neu geschaffen. Wer aber schützt uns Konsumenten von Büchern, Filmen, Zeitungen und Fernsehreportagen vor dem Verzehr verseuchter geistiger „Nahrung“?

Zur Begründung dessen, daß es notwendig sei, angesichts einer weithin hungernden Welt 400 000 gesunde Rinder zu töten und ihr Fleisch zu vernichten, war bezeichnenderweise zu hören, eine solche Wahnsinnsmaßnahme müsse zur Aufrechterhaltung der „Stabilität des Marktes“ ergriffen werden. Da ist es also heraus: Es geht gar nicht um die Gesundheit der Menschen, sondern hier wie überall um nichts anderes als den Profit! Das legt (zumal die BSE-Forschung noch in den Kinderschuhen zu stecken scheint) den eigentlichen Kern der Sache bloß. Außerdem bietet sich so nebenbei und en passant die treffliche Gelegenheit, den widerspenstigen Bauern der Agrargenossenschaften des Ostens zu zeigen, wo Bartel den Most holt. Die größte Herde, die bisher „gekeult“ wurde, stammte gerade aus einer solchen Einrichtung in Sachsen-Anhalt. Es bedarf dringend des ideologischen Verbraucherschutzes, um der weiteren Delegitimierung der DDR und des Sozialismus entgegenzuwirken, an der sich – beabsichtigt oder nicht – auch manche beteiligten, die sich selbst als Linke darstellen.

Nur Rinderwahn?

Wohl eher Menschenwahn, Klassenwahn, Wahn einer morbiden Gesellschaft, die längst an ihre Grenzen gestoßen ist.

Eike Kopf

Mit DDR-Landwirtschaftsminister Dr. Hans Watzek im Gespräch (II)

Der Kampf um den Weltagrarmarkt

Die Landwirtschaft ist doch ein ausgesprochen bodenständiger Wirtschaftszweig, bei weitem nicht so mobil wie Industriestandorte. Ist es da nicht ein wenig weit hergeholt, von „Globalisierung“ zu sprechen?

Die Landwirtschaft ist an den Boden gebunden und damit auch vom jeweiligen Klima abhängig. Deshalb kann man eben in Neuseeland den Liter Milch für 35 Pfennige produzieren. Ganzjährige Weidehaltung, keine Stallungen, niedrige Umweltstandards, das ist mit geringsten Investitionen möglich. Bei uns dagegen ist der Liter Milch unter 55 Pfennigen Produktionskosten nicht zu erzeugen. Ähnlich in den USA, wo sie auf 12 000 Liter Milch je Kuh im Jahr Kurs nehmen. Zum Vergleich: Wir hatten in der DDR 4 000 Liter. Da können sie den Weltagrarmarkt mit billigen Milchprodukten überschwemmen.

Ergibt sich dieser Unterschied nur aus Boden- und klimatischen Bedingungen?

Natürlich nicht nur. Die füttern Hormone und andere Zusätze, die in Europa verboten sind. Ich bezeichne das als Ökodumping. Wir haben dagegen harte ökologische Regelungen für die Landwirtschaft, die Kosten verursachen. Hinzu kommt das Sozialdumping; in vielen Ländern Lateinamerikas verhungert der Farmer bei seiner Produktion und den von den internationalen Multis diktierten Erzeugerpreisen.

Hat unsere Landwirtschaft da überhaupt noch Chancen?

Es gibt eine Gruppe von 13 Ländern; es handelt sich um die Hauptexporteure von Nahrungsmitteln. Die wollen einen vollkommen offenen Weltagrarmarkt. Sie wissen natürlich, daß sie damit sowohl den durch EU-Regularien geschützten europäischen Markt überrennen als auch z. B. das abgeschottete Japan. Es ist zu hoffen, daß im Rahmen der anstehenden WTO (Welthandelsorganisation)-Verhandlungen vernünftige Lösungen gefunden werden, sonst kann sich die Landwirtschaft Europas warm anziehen, das ist sicher. Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft steht infrage.

Sie sprechen von der „europäischen“ Landwirtschaft. Würde sie im Rahmen solcher Verhandlungen denn einen geschlossenen Block bilden?

Die Agrarpolitik ist das einzige Politikfeld, wo die Mitgliedsländer der EU – zugunsten einer gemeinsamen Politik – weitgehend auf nationale Kompetenzen und Ver-

antwortung verzichtet haben. Die Agrarwirtschaft wird heute vorrangig auf der Grundlage einheitlicher und verbindlicher Rahmenbedingungen der EU gestaltet. Damit verbunden wird ihre Wettbewerbsfähigkeit – neben den Anstrengungen der Bauern zur Produktivitätserhöhung – durch hohe Ausgleichszahlungen aus dem EU-Haushalt gewährleistet. Diese sind auch deshalb notwendig, weil man in Europa davon ausgehen muß, daß die Landwirtschaft neben der Nahrungsgüterproduktion noch andere für die Gesellschaft unverzichtbare Aufgaben zu erfüllen hat, wie z. B. die Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft, den Landschaftsschutz oder die Entwicklung ländlicher Räume.

Gibt es da überhaupt noch freie Entscheidungen der Bauern?

Ich formuliere das mal so: die marktwirtschaftlichen Prinzipien und Regularien wirken in der Landwirtschaft eingeschränkt, eigentlich gar nicht mehr. Da ist z. B. das Problem der Stilllegungsflächen. Im Osten betragen sie z. Z. etwa acht bis zehn Prozent, zumindest sind sie so ausgewiesen. In letzter Zeit ist hier allerdings Bewegung in die Sache gekommen. Früher waren Stilllegungsflächen Pflicht. Heute besteht die Möglichkeit, „Non-Food“-Produktion auf diesen Flächen zu betreiben. Das sind Nicht-Nahrungsgüter, also nachwachsende Rohstoffe, z. B. Rapsölproduktion als Ersatz für Dieselkraftstoff. Das ist schon eine Öffnung, die ich für positiv halte.

Und das soll eine Perspektive für unsere Landwirtschaft sein?

Ich gehe davon aus, daß die Rolle der Land- und Forstwirtschaft mit der erforderlichen ökologischen Umgestaltung wächst. Die ländlichen Räume einschließlich der gestalteten Kulturlandschaft gewinnen an Bedeutung. Die nachwachsenden Rohstoffe sowie die Primärenergieerzeugung aus der Land- und Forstwirtschaft werden vollkommen neue Dimensionen annehmen. Es gibt Berechnungen, daß bis zu 8 % der Primärenergie aus diesem Bereich kommen kann, von Energiepflanzen über Biogas bis zur energetischen Verwertung bestimmter Produkte – und das als Kreislaufnutzung, also ohne CO₂-Emission.

Sehen das alle Parteien so?

Ich kann natürlich nur für die PDS sprechen. Wir hatten das in unserem Agrarkonzept zur letzten Bundestagswahl schon in dieser Richtung erarbeitet. Bei den anderen Parteien ist das sehr differenziert. Die CSU setzt natürlich voll auf ihre bayerische

Landwirtschaft. Die SPD hatte ja mit der Bauernfrage schon immer ihre Probleme. Dabei muß man beachten, daß die Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt der BRD mal gerade mit 1,5 % beteiligt ist. Da gehen die neoliberalen Ansichten auch davon aus: Wozu brauchen wir bei einem jährlichen Exportüberschuß von 100 Mrd. DM noch eine entwickelte und teure Landwirtschaft, die benötigten Nahrungsmittel könnten wir doch importieren. Und da in der Landwirtschaft nur noch drei bis vier Prozent der Beschäftigten arbeiten, spielen die Bauern auch als Wählerklientel nur eine untergeordnete Rolle. Nehmen wir allerdings die Verarbeitung, den Nahrungsmittelhandel und die Zulieferindustrie dazu, dann ist schon etwa jeder achte Arbeitsplatz von diesem Bereich abhängig. Alle, die im ländlichen Raum leben – und das ist in Ostdeutschland fast ein Drittel der Bevölkerung – sind irgendwie mit der Landwirtschaft verbunden. Da lohnt es schon, diese Menschen auch als politische Größe zu achten.

Genosse Dr. Watzek, herzlichen Dank für die Einblicke, die Sie uns in die Mechanismen des heutigen Imperialismus gewährt haben.

RF-Gesprächspartner war Frank Mühfeldt.

RF weiter in Rot

Wir hatten nur das speziell zu diesem Zweck gespendete Geld für einen roten Zeitungskopf zum dritten RF-Geburtstag bereitstellen können. Auf unsere Mitteilung, fortan wieder in Schwarz zu erscheinen, meldeten sich sofort „großzügige Mäzene“: Unsere treuen Berliner Leser Bärbel, Gerald und Anne Umlauf sowie die Dresdnerin Gretel Neumann ließen uns wissen, daß sie die Zusatzkosten für jeweils sechs Monate (360 DM) zu übernehmen bereit seien. MR Dr. Erhard Thomas, Berlin, gab daraufhin bekannt, er werde im Jahre 2002 auch die „Anschlußstrecke“ finanziell absichern. Tausend Dank für die Solidarität!

Wir bitten Briefe an den RF bzw. die Gruppe Nordost entweder an Lena und Kurt Andrä (Redaktionsadresse) oder an Dr. Klaus Steiniger (s. Impressum) zu schicken. An die DKP-Gruppe Nordost oder den „RotFuchs“ direkt aufgebene Sendungen könnten von Vertretungszustellern der Post möglicherweise nicht ausgeliefert werden.

Wie die deutschen Parteien ihr Dilemma verwalten

Im verwüsteten Garten Demokratie

Das Parteiengefüge der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren nicht verändert, und doch ist einiges anders geworden. CDU und CSU sind schon lange nicht mehr christlich bzw. sozial; die SPD hat aufgehört, sozialdemokratisch im ursprünglichen Sinne zu sein; die FDP streifte den alten Liberalismus ab; die Grünen wandeln immer weniger auf dem Pfade ihrer früheren Tugenden; die PDS trägt nur noch rosa Socken.

Die seit dieser Legislaturperiode oppositionelle CDU hat sich von ihren aufgefliegenen Finanzbetrügereien immer noch nicht richtig erholt und zudem bisher kein Oppositionskonzept gefunden, das eine Alternative zur Regierungspolitik aufzeigt. Noch profitiert die Schröder-Regierung von dieser Situation. Freilich fragt sich, ob das Fehlen eines klaren, zugkräftigen Oppositionskonzepts, das manche bei der CDU/CSU bemängeln, überhaupt noch so schwer wiegt. Ich glaube, es reicht schon, Schwächen und Fehler der Regierungspolitik und -personen wie auch unpopuläre Maßnahmen auszunutzen, um verlorenen Boden, d. h. Wähler zurückzugewinnen. Nichts anderes machen doch auch die Medien, wenn sie etwas zur Strecke bringen wollen! Und sie haben damit Erfolg. Wir leben nicht mehr in einer Zeit, da die Wählermassen sorgfältig Parteiprogramme analysieren und dann entscheiden, wem sie ihre Stimme geben.

Vor allem: Wenn das große Kapital die Weichen für einen Regierungswechsel zugunsten CDU/CSU stellt, fährt der Zug mit großer Wahrscheinlichkeit in diese Richtung. Seitdem die Wirtschaft offener und direkter denn je die Politik dominiert, sind die bürgerlichen Parteien zu „GmbHs“ geworden: zu Gruppierungen mit beschränkter Handlungsfähigkeit, die es schwer haben, ein unverwechselbares Profil zu finden und zu halten und den Erwartungen der „kleinen Leute“ wenigstens etwas zu entsprechen. Die abnehmende Glaubwürdigkeit verursacht einen dauerhaft krisenartigen Zustand.

So konnte die SPD als Organisation aus der Krise der CDU auch keinen nennenswerten Gewinn schlagen, und der PDS sind trotz der Preisgabe linker Positionen durch die SPD ebenfalls keine neuen Mitgliederscharen zugeströmt. Die Grünen dümpeln als Partei dahin. Die FDP versucht sich darin, mit einer neuen Führungsgeneration zu neuen Ufern aufzubrechen, und was einem Möllemann vorschwebt, hat

als Grundlage die Idee, den Niedergang der anderen bürgerlichen Parteien zu nutzen, um den Freidemokraten wieder aufs Siebertreppchen zu verhelfen.

Ja, die bürgerlichen Parteien, die einmal als zierende Säulen im Garten Demokratie aufgestellt worden sind, leiden darunter, daß dieser Garten inzwischen stark verwüstet wurde. Sie sind Opfer und Täter der Entwicklung, bei der die Politik in die Gefangenschaft des großen Kapitals geraten ist, das in den entscheidenden Gesellschaftsfragen die Linie vorgibt. Opfer, weil sie zunehmend in bedrohliche Situationen kommen, in Krisen schlittern; Täter, weil sie ja diese Entwicklung des Kapitalismus, die Machtgier des Kapitals gefördert und sich ihr angepasst haben. Darin besteht ihr Dilemma.

Es äußert sich auch bei der Suche nach neuen Parteiprogrammen oder Konzepten. Bei der „christlichen“ Partei will die Führung die Unternehmer zufriedenstellen und muß gleichzeitig mit den einfachen Mitgliedern und Wählern rechnen, man nennt sich ja Volkspartei. Für die SPD ist der Dauerspagaat noch schwieriger, da der Druck des Gewerkschaftsflügels größer. Die Grünen wollen an der Regierung bleiben, ohne grüne Traditionen ganz aufzugeben, trotz des nicht besonders grünenfreundlichen Koalitionspartners, und sie wissen, daß sie schon relativ leicht ersetzbar sind. Und wenn auch die Problematik bei der PDS etwas anders gelagert ist, sie steht auch schon unter Anpassungsdruck. Zwar hat sie in ihren Reihen keine solche Wirtschaftslobby wie die anderen Parteien im Parlament, aber der allgemeine Anpassungsmechanismus wirkt: Wer viele

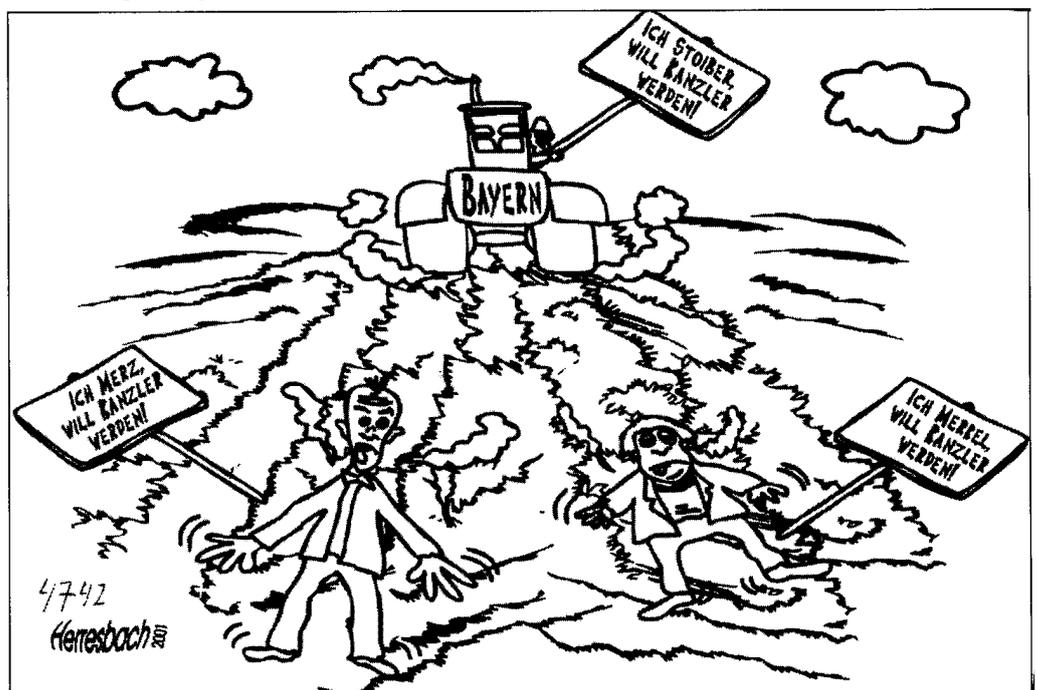
Wähler haben möchte, muß sich als potentielle Regierungspartei darstellen, und dazu gehört heute die Akzeptanz durch andere Parteien, schon weil man Koalitionspartner braucht.

Viele Wähler muß man auch haben, wenn einem aus dem staatlichen Topf reichlich Geld zufließen soll. Solchen Zwängen kann sich niemand entziehen, der sich in dieses System eingeschlossen hat.

Von urwüchsiger Demokratie läßt sich da nicht gerade sprechen. Und wer wirklich das Sagen hat, erfahren wir auch immer wieder. So hat der Präsident des „Arbeitgeber“-Verbandes, Dieter Hundt, jüngst der Schröder-Regierung eine zunehmend gewerkschaftsfreundliche Politik vorgeworfen und bedauert, daß sie nach „einigen positiven Reformschritten“ nun glaube, ihre Arbeitnehmerklientel schon auf die nächste Wahl einstimmen zu müssen. Und der neue Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Michael Rogowski, macht sich ebenfalls „Riesensorgen“ wegen unternehmerfeindlicher Tendenzen (!) in der Bundesregierung.

Will das große Kapital nur testen, wie weit die SPD-Regierungsmannschaft seinen Interessen Vorrang zu geben bereit ist, oder läutet es schon die nächste Wahlentscheidung ein, die Rückkehr der CDU? Daß man nach den Steuergeschenken Schröder unternehmerfeindliche Tendenzen vorwirft, läßt ahnen, was unter unternehmerfreundlicher Politik verstanden wird. So sieht es aus im Garten Demokratie. Egal, welche Partei regieren darf – Herr im Hause sind wir. Die jüngste Botschaft der Unternehmensverbände hat es erneut offenbart.

Dr. Hans Joachim



Was hinter der „Öffnung in die Gesellschaft“ steckt

Vom Proletarier zum „Leistungsträger“

Eine derzeit häufig verwendete Standardthese im politischen Vokabular der PDS-Zentrale fordert, die Partei müsse sich „in die Gesellschaft hinein öffnen“. Nun gibt es zwar reichlich Gründe, politische Positionen der PDS-Wortführer zu kritisieren; was man ihnen wie der Partei insgesamt jedoch keinesfalls vorwerfen kann, wäre, sich bislang der Gesellschaft gegenüber abgekapselt zu haben. So deutete auf sektenmäßiges Verhalten kaum hin, daß bei Wahlen nicht nur Parteimitglieder hervortraten, sondern auch ein als „Gysis bunte Truppe“ bezeichnetes breites politisches und soziales Sortiment – bis zu bekennenden Antikommunisten – auf „Offenen Listen“ kandidieren konnte. Ausgesperrt blieb nur das Führungspersonal der DKP. Gesellschaftliche „Offenheit“ stellt – um die Sache positiv zu fassen – natürlich auch die respektable Arbeit dar, wie sie von zahlreichen PDS-Genossen in Kommunen und Sozialverbänden für den nicht-privilegierten Teil der Bevölkerung geleistet wird. Und auch das sei gesagt: Sowohl in Wahlkämpfen als auch bei der Kleinarbeit an der gesellschaftlichen Basis erweisen sich nicht zuletzt die durch PDS-Obere als „dogmatische Sektierer“ abgestempelten Parteilinken keineswegs als realitätsferne „Umsturzzenaristen“, sondern als durchaus gesellschaftsoffene Aktivisten.

Was also soll dann die als Neuerung angepriesene „Öffnungsklausel“?

Der Rede dunkler Sinn erfährt allmähliche Aufhellung. Signalwirkung kommt hier einer Vokabel zu, mit der die „Reformer“ oder „Realos“ von A (ndré Brie) bis Z (immer) ihre Partei sichtlich umzuorientieren suchen: Vorrang für die PDS müsse fortan die Gewinnung der „Leistungsträger“ der Gesellschaft haben! Nun gilt als maßgebliches Kriterium für die Zugehörigkeit zu dieser erlesenen Schicht die sogenannte Steuerertragskraft. Die wiederum hängt von der Höhe des Einkommens ab. Leistungsträger ist also, wer zu den „Besserverdienenden“ gehört. Zu denen zählt in aller Regel weder die Kategorie der wirklichen Leistungserbringer – unmittelbar am Wertschöpfungsprozeß beteiligte sogenannte Lohnabhängige – und schon gar nicht die große Gruppe sozial Benachteiligter wie Arbeitslose, Rentner, Alleinerziehende, Sozialhilfeempfänger usw. Bislang war unverzichtbares Wesensmerkmal einer sozialistischen Partei, dass sie ihre soziale und politische Basis in den gesellschaftlich Unterprivilegierten – der Volksmehrheit also – erblickte. Die Besserverdienenden „Leistungsträger“ hingegen waren (und sind) vorzugsweise Klientel bürgerlicher Parteien wie FDP und CDU. Wenn die PDS-Spitze nun eine derart gravierende „Korrektur“ anstrebt, die ihrer bisherigen Hauptzielgruppe faktisch Zweitrangigkeit zuweist und Vorrang stattdessen den das

kapitalistische System tragenden Schichten einräumt, dann muß das den Charakter dieser Partei grundlegend verändern. Meinte das die neue PDS-Chefin, als sie in Cottbus erklärte: „Es ist an der Zeit, mit bestimmten Traditionen zu brechen“?

Daß sich mit dem „Öffnungskonzept“ ein Paradigmenwechsel verbindet, läßt sich auch aus Äußerungen führender PDS-Funktionäre zur Eigentumsfrage ablesen. Als Gabriele Zimmer in ihrer Parteitagrede die Feststellung traf, nirgendwo im Grundgesetz der BRD stehe geschrieben, daß Eigentumsverhältnisse nicht geändert werden dürften, bezog sie sich – wenn auch nur zaghaft – noch auf Marx, für den „die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln eine ganz zentrale Frage“ gewesen sei. Andere Prominente präsentieren inzwischen ihre Antwort auf diese „zentrale Frage“. So forderte der PDS-Chef von Mecklenburg-Vorpommern von seiner Partei als „programmatische Klarheit in Sachen Eigentum“ das Bekenntnis zu „Pluralismus des Eigentums und Wettbewerb“; er sprach sich gegen „Verstaatlichungen“ aus (wie er das Entstehen von Volkseigentum abwertend bezeichnete). Ähnliche Töne vernahm man auch von Spitzenleuten der sächsischen PDS. Das aber läuft darauf hinaus, sich vom bisherigen programmatischen Anspruch, antikapitalistische Partei zu sein, zu verabschieden.

Neben ihrer Vorliebe für „Leistungsträger“ entdeckten Parteistrategen als neu zu erschließendes Reservoir den sprichwörtlichen deutschen Stammtisch. Diese Annahme liegt zumindest angesichts des demonstrativen Bekundens deutschen Nationalgefühls durch PDS-Spitzenleute nahe. Zwar haben Linke nicht den mindesten Grund, sich von dem Volk, dem sie angehören, und dessen fortschrittlichen und humanistischen Überlieferungen und Leistungen zu distanzieren – auch wenn sie dabei jegliche Deuschtümelei vermeiden sollten. Auf jeden Fall aber dürfen von ihnen nationalistische Stimmungen auch nicht indirekt bedient werden. Das sollte man jenen bürgerlichen „Demokraten“ überlassen, die sich mit der Phrase von der deutschen „Leitkultur“ in die geistige Nähe faschistoider Kräfte manövriert haben. Das zu Alibizwecken vorgebrachte Argument, man wolle ja lediglich „mit dem Begriff der deutschen Nation produktiv umgehen“ (Gabriele Zimmer), kann angesichts der Tatsache nicht überzeugen, daß im PDS-Reformer-Vokabular der Verzicht auf Internationalismus mittlerweile eklatant ist. Wenn die PDS-Vorsitzende es tatsächlich für geboten hält, das „nationale Thema“ jetzt zu besetzen, sollte sie sich besser an geeigneten Vorbildern aus der deutschen Arbeiterbewegung orientieren. Beispielsweise an August Bebel, der sich und seine Partei zwar gegen die

Verleumdungen zu verteidigen wußte, „vaterlandslose Gesellen“ zu sein, zugleich aber im Klartext wissen ließ: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ Zu erinnern wäre im gleichen Zusammenhang an historische und teuer bezahlte Lehren, die im Ergebnis gewisser „nationaler Bekundungen“ zu ziehen waren. Von Kaiser Wilhelms II. kriegerischem Appell „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ über das zwecks Unterwanderung der DDR von den Kalten Kriegern strapazierte „Wir sind doch alle Deutsche“ bis hin zur konterrevolutionären 89er Losung „Wir sind ein Volk“ hieß das Resultat stets: Wer auf solche Verheißungen hereinfiel, fand sich auf der Verliererseite wieder. Zu den erstaunlichen Merkwürdigkeiten verkündeten „Öffnungstrebens“ muß man zudem eine jüngst angelaufene Kampagne 2001 zur Gewinnung neuer Mitglieder zählen. Um die anzulocken, hat sich die Parteispitze die „Super-Illu“ als Tribüne und Instrument auserkoren. Daß sich ausgerechnet in der politisch überwiegend unbedarften Leserschaft dieses Boulevard-Blattes eine nennenswerte Zahl von Menschen finden dürfte, die sich für demokratischen Sozialismus zu engagieren bereit sind, glaubt doch wohl nicht einmal der PDS-Bundesgeschäftsführer. Aber solche „ideologische“ Fixierung gilt ja ohnehin als überholt. Hauptsache ist, es wird eingetreten. Die Annahme, daß sich mit der Gewinnung politisch bindungsloser jüngerer Neumitglieder das Generationenproblem beheben ließe, dürfte ein Trugschluß sein. Denn woran eine Partei krankt, deren Führung mehr und mehr von sozialistischen Positionen abrückt, um sie in das herrschende System zu integrieren, ist eben eher ein Degenerations- als ein Generationsproblem.

Die Frage, welche Beweggründe die PDS-Spitze zu ihrem taktischen Schwenk veranlassen, beantwortete das ND am 8. Januar mit einem aufschlußreichen Schlüsselsatz: „Fast alles, was die Parteien in diesem Jahr tun, wird daran gemessen und danach ausgerichtet, inwieweit die Wahlchancen 2002 davon berührt werden. Die PDS macht da keine Ausnahme...“

Die vorrangige Orientierung auf den Wettlauf um Parlamentssitze hatte Gabriele Zimmer in Cottbus als ein Merkmal von „Sozialdemokratisierung“ bezeichnet, weil dem „der Parlamentarismus als der wichtigste Weg (gilt), um die Lebensbedingungen der eigenen Klientel zu verbessern“. Doch wie es treffend in einem Feuilleton-Beitrag des ND (16./17. 12. 2000) hieß: „Taktieren auf dem Markt der Stimmen weicht den Charakter auf, und im Streben danach, mehrheitsfähig zu sein, kommt man in Verdacht, zu allem fähig zu sein.“

Wolfgang Clausner

Wie ein ganzer Kontinent ökonomisch garottiert werden soll

Der Euro als Würgeisen

Im Jahre 1993 interviewte ein Sender des BRD-Fernsehens einen deutschen „Neusiedler“ in Polen. Stolz verkündete dieser vor der Kamera: „Was Hitler mit Maschinenpistolen nicht erreichte, machen wir jetzt mit der Deutschen Mark.“

In der Tat, der unmittelbare strategische Einsatz der Geldmacht ist ein Charakteristikum der imperialistischen Restauration in Europa. Eine zentrale Stellung nimmt dabei der deutsche Imperialismus ein; auch dann, wenn er nicht der ursprüngliche Initiator ist.

Erstens: Nachdem durch die Aggression Hitlers eine einheitliche imperialistische Phalanx gegen die Sowjetunion nicht zustande gekommen war, setzten die Vereinigten Staaten unmittelbar nach Kriegsende alles daran, den deutschen Imperialismus ohne Zeitverlust wieder in den Sattel zu heben und in die Front gegen den Sozialismus einzugliedern. Das erreichten sie vor allem mit der Währungsreform, die im Juni 1948 in Westdeutschland stattfand. Das war keine bloße

„Umstellung“ 1 : 10, wie behauptet wurde, sondern ein Schlag von weltpolitischer Bedeutung: Der Marshall-Plan konnte nun so umgesetzt werden, daß das Geld in die „richtigen“ Hände kam und nicht nach Osten abfloß. Das sich entfaltende „Wirtschaftswunder“ bildete die Grundlage für die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik. Die UdSSR und die volksdemokratischen Staaten wurden schlagartig von der Weltwirtschaft abgeschnitten. Die Westmächte verwandelten die sowjetische Zone Deutschlands in einen ökonomisch nicht lebensfähigen Torso. Der damit herausgeforderte Widerstand gegen die sozialistische Besatzungsmacht kam jedoch dank der Haltung großer Teile der Arbeiter und Bauern nicht in dem erhofften Ausmaß zum Tragen.

Die „Währungsreform“ war also der entscheidende ökonomische Schritt der USA-Politik zur Spaltung Deutschlands und der Welt, die erste große Schlacht des „Kalten Krieges“.

Zweitens: Nachdem die reformistischen Kräfte in der Sowjetunion 1985 endgültig die Macht übernommen und Gorbatschow an die Spitze gehievt hatten, wurde die Führung der DDR, auch mit Hilfe reformistischer Kräfte innerhalb der SED, in ihrer Handlungsfähigkeit eingeeengt. Subjektive Führungsschwächen kamen hinzu. So konnte der Hauptschlag am 1. Juli 1990 ungehindert geführt werden.

Heute wissen wir, daß hinter der „Währungsunion“ und vor allem hinter dem frühen Termin ihrer Verwirklichung wiederum die USA standen. Und abermals ging es nicht nur um die kleine DDR oder gar um die „Einheit“ Deutschlands. Mit diesem Schritt war die ökonomische Grundlage für die Restauration des Imperialismus nicht nur in Ostdeutschland, sondern in ganz Europa gegeben. Das Gerede von einer Vereinigung „zweier Volkswirtschaften“ ist reformistisches Geschwätz, weil es die Tatsache ignoriert, daß Kapital stets ein Machtverhältnis ist, das jedes nichtkapitalistische Eigentum grundsätzlich ausschließt. Die revanchistischen und faschistischen Kräfte er-

hielten starken Auftrieb. Der Blick der kapitalistischen Rückeroberer wurde nach Osten gelenkt. Mit Hilfe der Deutschen Mark stärkte man die proimperialistischen Positionen auf dem Balkan, in Polen, in Tschechien und Ungarn sowie in den baltischen Staaten. Für die Wirtschaft der Sowjetunion entstand eine fatale Situation. (In der einschlägigen Literatur wird fast immer nur die Wirkung der DM auf Ostdeutschland behandelt. In Bezug auf die UdSSR dürfte sie der Tropfen gewesen sein, der das Faß zum Überlaufen brachte, d. h. der zur Vernichtung der Sowjetunion entscheidend beitrug. Die Wirtschaftssysteme aller sozialistischen Länder Europas wurden auf einen Schlag zerstört; der Weg zur Restauration des Kapitals war frei.)

Die „Währungsunion“ in Deutschland war also die entscheidende, von den USA gesteuerte ökonomische Aktion zur nachfolgenden Wiederherstellung imperialistischer Verhältnisse auf dem ganzen Kontinent. Daß die Amerikaner dadurch ihren eigenen Hauptkonkurrenten in Europa hochpöppelten, gehört zu den inneren Widersprüchen des Imperialismus.

Drittens: Die Restaurationsphase kann man im wesentlichen als abgeschlossen betrachten. Jetzt geht es um die Expansion, um die Verteilung der Beute, um die Neuaufteilung der Macht und der Einflußsphären. Hauptinstrument ist der Euro, der als Garotte – als Würgeisen zur Erdrosselung europäischer Souveränitäten – dient. Die „kleinen“ Kriege um die Vorherrschaft in Ost- und Südosteuropa gewinnen sicher noch an Bedeutung. Die europäische Streitmacht wird fieberhaft vorangetrieben. Doch der Euro bleibt bei allen halbkolonialen Eroberungen die wichtigste Waffe. Bewußt heben die imperialistischen Ideologen seine Rolle als Zahlungsmittel hervor. Denn in dieser Eigenschaft erscheint er vielen Menschen als nützlich, jedenfalls nicht sonderlich schädlich. Aber darum geht es ja gar nicht. Dem deutschen Imperialismus gilt der Euro als Kapital, als Mittel zur Errichtung seiner Dominanz. Der Kapitalfluß wird durch ihn beschleunigt und jeder „demokratischen“ Kontrolle entzogen. Der ungehinderte Machtzuwachs der Konzerne und Banken drückt sich in fortwährenden Angriffen auf die Lebenslage der Völker aus. Zugleich zerbricht die „einheitliche“ Front des Imperialismus, die nach dem 2. Weltkrieg geschaffen worden war. Die Auseinandersetzungen USA-Deutschland (Europa) werden rasch zunehmen. In Washington sieht man die Gefahr und hat deshalb auf die radikale Rechte um Bush gesetzt.

Der Euro verschleierte die realen Machtverhältnisse, die ökonomische – halbkoloniale – Unterdrückung Europas wird schwerer überschaubar. Das deutsche Kapital taucht unter, gerät scheinbar aus dem Blickfeld. Die Inbesitz-

nahme der Märkte und der Rohstoffquellen in Osteuropa mit Hilfe des Euro nimmt den Charakter neokolonialer Eroberungen an. Der Wettlauf mit dem USA-Kapital erhält dabei noch mehr Tempo. Die Europäische Union erweist sich immer stärker als gewaltiges deutsch-imperialistisches, erzreaktionäres Macht- und Unterdrückungsinstrument mit verheerenden Folgen für die Völker.

Das Ganze soll hinter Rauchbomben wie „Neoliberalismus“, „Demokratie“, und „Integration“ verborgen werden.

Die linken Kräfte Europas müssen dem maximalen Widerstand entgegensetzen und die Völker alarmieren und aufrütteln. Heftpflasterchen im Europäischen Parlament helfen nicht, sie vertuschen nur.

Die Periode des durch die Deutsche Mark und den Dollar geführten Kalten Krieges hat enorme menschliche und materielle Ressourcen verschlungen. Durch den Sieg der Konterrevolution aber wurden die Lebensgrundlagen von ca. 250 Millionen Menschen zu etwa zwei Dritteln zerstört. Die Lebenserwartung ganzer Völker ist um etliche Jahre zurückgegangen. Die Zahl direkter und indirekter Todesopfer im Gefolge der Zerschlagung des Sozialismus ist unermesslich.

Das Maß der Not und der Schäden, die mit der Einführung des Euro verbunden sein werden, läßt sich noch nicht abschätzen. Aber selbst EU-Parlamentarier ahnen die katastrophalen Auswirkungen: Steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Sozialleistungen, immenser Preisauftrieb und Faschisierung der Gesellschaft ... Der Euro ist auf seine Weise mörderischer als Uranmunition. Und falls sich die Völker nicht „freiwillig“ unter das neue Kolonialjoch begeben, bleibt ja der reformierte Bundeswehr noch immer deren Durchschlagskraft.

Norbert Pauligk



„Bist Du auch wegen der Pleite entlassen?“
 „Nein, wegen des Profits“ (aus „Solidaire“)

Als Parteisekretär im VEB Kühlautomat (1)

Der Sozialdemokrat

In den Schacht konnte ich nicht mehr einfahren. Verwundung, Lungen- und Nierenentzündung hatten mich geschwächt. Also zurück nach Berlin.

„Die Genossin Steiner weiß Bescheid. Du sollst ihre Funktion übernehmen. In vier Wochen sind Partiewahlen. Sieh zu, daß die Genossen Dich wählen.“ Bruno Baum, Sekretär der SED-Landesleitung von Groß-Berlin, schickte mich in den VEB Kühlautomat nach Johannisthal, Stadtbezirk Treptow. Der Betrieb stellte alle möglichen Kälteanlagen her, auch Thermobarokammern. Ich fragte später einmal einen sowjetischen Abnahmeingenieur, wozu man diese Anlagen brauche. „Stellen Sie sich vor“, sagte er, „ein Gerät befindet sich zunächst in einer Sphäre normalen Drucks und normaler Temperatur, dann bei schnell sinkendem Druck in rasch fallender Temperatur. Schließlich unter Druck bei steigender Temperatur. Das kann man in der Kammer simulieren und das Gerät erproben.“ Ich konnte mir damals nichts darunter vorstellen. Der Betrieb produzierte noch andere Prüfkammern, ferner Gefrieranlagen für Hochseefischfangschiffe, auch Kühlvitriolen für Geschäfte.

Die Genossin Steiner war Mitte vierzig. Sie war froh, daß ein anderer Genosse kam und sie ablöste. Auch ihr Mann und ihre Tochter arbeiteten im Betrieb. Die Steiners waren Westberliner. Sie hausten in Neukölln in einer Laube. Es ging ihnen nicht gut. Weil sie in der SED waren, tauschten ihnen die dortigen Behörden nichts von ihrem Lohn in Westgeld um, wie anderen Westberlinern, die im Ostsektor arbeiteten. Es war eine unblutige Methode, die SED in Westberlin kaputt zu machen, denn in Betrieben dieses Teils der Stadt fanden unsere Genossen kaum Arbeit, gab es doch im Westen genug Arbeitslose. Ich glaube, einen geringen Betrag erhielten die Steiners von uns in Westgeld, damit sie wenigstens die Pacht und die Energierechnungen bezahlen konnten. Alles andere, einschließlich Kohlen, kauften sie in Treptow und schleppten es nach Neukölln. Damals, bis August 1961, existierte in den acht Stadtbezirken des Ostens offiziell die SPD. Ihre Leitung saß in der Westberliner Ziethenstraße. „Die Ziethenstraße“, wie wir sagten, machte uns schwer zu schaffen. „Arbeite langsam!“ lautete die SPD-Parole. Arbeite langsam, um so eher geht das Ulbricht-Regime kaputt, und dann kommt die Wiedervereinigung! Wiedervereinigung, das bedeutete Westmark und Apfelsinen und Schuhe mit dicken Krepptsohlen. Dies kauften die Ostberliner in der „HO-Badstraße“. Die Badstraße war eine Einkaufsmeile im Westberliner Bezirk Wedding, nur eine S-Bahn-Station von unserem Bahnhof Schönhauser Allee entfernt. In der „HO-Badstraße“ hatten sich die Geschäftsleute auf Ostkundschaft spezialisiert. Da gab es auch Kinos, Eintritt gegen Ostgeld, und natürlich Wechselstuben, meist stand der Kurs 1 : 4, kletterte aber auch mal bis 1 : 10, wenn es dem RIAS gelungen war, den Leuten einzureden, die „Befreiung der Soffjetzone“ wie Adenauer das nannte, stünde unmittelbar

bevor. Dann versuchte mancher, selbst wenn er nur einen Groschen für seine schwerverdienete Mark bekam, die sichere Währung zu ertauschen.

Eine Diskussion mit den Sozialdemokraten war schwierig. Die einen waren von Antikommunismus, vom Haß auf die Russen so besessen, daß mit ihnen nicht zu reden war. Sie betätigten sich als Zuträger und Helfer des Ostbüros der SPD, dessen Tätigkeit mit sozialdemokratischer Politik, mochte sie auch antikommunistisch sein, nichts mehr zu tun hatte. Es war eine reine Spionage- und Sabotageorganisation. Andere zeigten sich mißtrauisch. Die Ziethenstraße hatte die Losung ausgegeben: „Mit der SED kann man nicht reden!“ Das bedeutete, ein Sozialdemokrat sollte nicht mit einem SED-Genossen sprechen. Viele sozialdemokratische Arbeiter – und von ihnen gab es eine Menge in den Ostberliner Großbetrieben –, denen das eigentlich nicht paßte, hielten sich aus allem heraus.

Von Seiten der Groß-Berliner Landesleitung der SED und den Kreisleitungen gab es keinerlei Hinweise, wie wir uns gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern verhalten sollten. Zentralkomitee und Landesleitung befaßten sich ausschließlich mit der Politik der SPD in Bonn und in der Ziethenstraße.

„Habt Ihr auch Sozialdemokraten im Betrieb?“, fragte ich Gertrud Steiner, als sie mich am Werkort empfing. „Ja, da ist der Lange in der Klempnerei und dann wohl noch der und der ...“ „Gut, da gehen wir gleich hin.“

Lange war ein großer, finsterner Kerl. Er hatte eine mächtige Blechschere in der Hand, als ich mit Gertrud in die Werkstatt kam.

„Guten Tag, Genosse Lange. Ich bin der neue

Parteisekretär. Ich hoffe, daß wir, die Sozialdemokraten und die Genossen der SED, gut zusammenarbeiten werden. Schließlich wollen wir doch beide den Sozialismus.“

Lange war so verblüfft, daß er nur stotterte: „Na ja, na gut, na Guten Tag denn!“ „Das freut mich“, sagte ich. „Wenn Du irgendwas hast, ich bin immer für Dich zu sprechen.“

Tagelang ging ich von einem Meisterbereich zum anderen. Auf dem Karl-Liebknicht-Schacht, dem Steinkohlenwerk in Oelsnitz mit seinen 7 000 Bergleuten, war es mir als Parteisekretär unmöglich gewesen, jeden einzelnen zu kennen. Der VEB Kühlautomat hatte 700 Beschäftigte, hinzu kamen 300 Lehrlinge, Ausbilder und Berufsschullehrer der zentralen Ausbildungsstätte für die Treptower Metallindustrie. Ich war etwas gekränkt gewesen, daß mich die Landesleitung in einen so kleinen Betrieb geschickt hatte; aber ich sagte mir, ich werde zeigen, was ich kann, und nahm mir vor, jeden Kollegen persönlich kennenzulernen.

Bevor ich in einen Meisterbereich ging, erkundigte ich mich, wer dort den Ton angab, gleich, ob es ein guter oder schlechter war. Die Leute, die auf andere Einfluß hatten – zu denen wollte ich Kontakt herstellen! Sind sie anständig, dachte ich, werden wir sie für uns gewinnen, sind sie gegen uns, müssen wir ihre Autorität abbauen, sie isolieren und andere, ehrliche Leute, mit denen sich eine Diskussion lohnt, in den Vordergrund rücken.

Walter Florath

(Der Beitrag „Die Eiskalten und das Emilbäumchen“, dessen erste Folge wir hier veröffentlichen, wurde dem Buch „Spurensicherung, Zeitzeugen zum 17. Juni 1953“, GNN-Verlag 1999 entnommen.)

Die Revolution

Und ob ihr sie, ein edel Wild, mit euren Henkersknechten fingt;
und ob ihr unterm Festungswall standrechten die Gefangne gingt;
und ob sie längst der Hügel deckt, auf dessen Grün ums Morgenrot
die junge Bäurin Kränze legt – doch sag ich euch: Sie ist nicht tot!

Und ob ihr ins Exil sie jagt, von Lande sie zu Lande hetzt
und ob sie fremde Herde sucht und stumm sich in die Asche setzt;
und ob sie wunde Sohlen taucht in ferner Wasserströme Lauf
Doch ihre Harfe nimmermehr an Babels Weiden hängt sie auf!

O nein – sie stellt sie vor sich hin: Sie schlägt sie trotzig, euch zum Trotz!
Sie spottet lachend des Exils, wie sie gespottet des Schafotts!
Sie singt ein Lied, daß ihr entsetzt von euren Sesseln euch erhebt;
daß euch das Herz – das feige Herz, das falsche Herz! – im Leibe bebt!

O nein, was sie den Wassern singt, ist nicht der Schmerz und nicht die Schmach –
ist Siegeslied, Triumpheslied. Lied von der Zukunft großem Tag!
Der Zukunft, die nicht fern mehr ist! Sie spricht mit dreistem Prophezein
so gut wie weiland euer Gott: Ich war, ich bin – ich werde sein!

Ferdinand Freiligrath (17. Juni 1810 bis 18. März 1876)

Aus dem Leben unserer Gruppe

Ein Theologe als Kommunist

Zu Beginn unserer Januarversammlung nahmen wir Ruth als neues Mitglied auf. Sie war uns schon seit langem als aktive Teilnehmerin unserer Veranstaltungen und verlässliche Mitstreiterin bei vielen Aktionen bekannt. Die promovierte Kunstwissenschaftlerin stellte sich zunächst vor. Ihr Vater sei als Mitglied der Anton-Saefkow-Gruppe von den Faschisten noch am 20. April 1945 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet worden. Sie selbst habe der SED seit ihrem 19. Lebensjahr angehört.

Zum Thema des Abends „Ein Theologe als Kommunist“ sprach Pfarrer i. R. **Dr. Dieter Frielinghaus** als Gast aus einer Brandenburger Parteigruppe. Das interessante Thema und der prominente Referent hatten zahlreiche Gäste angezogen. „Der christliche Glaube ist keine Gesellschaftslehre“, sagte Genosse Frielinghaus. Hier gehe es „einzig und allein um das Verhältnis zwischen Gott und den Gliedern der Kirche ... Die Kirche mit dem Evangelium hat keine Gesellschaftsordnung zu predigen. Wohl aber gehört zu ihrer Predigt das Gebot: Geht mit aller eigenen Verantwortung unter die Leute und gestaltet mit ihnen die bestmöglichen Bedingungen des täglichen Lebens“. Deshalb seien die christlichen Wertvorstellungen durchaus mit denen von Kommunisten vereinbar. Ausführlich ging der Redner auf das Verhältnis der Kirchen sowohl zum bürgerlichen als auch zum sozialistischen Staat ein. Er erinnerte an die Blutspur, die die Kirchengeschichte durch die Jahrhunderte begleitet hätte. Der christliche Glaube sei überwuchert durch Denken und Fühlen nach Art der bürgerlichen Klasse. Im Sozialismus hätte sie den Stand als Teilhaberin staatlicher Macht verloren, was dem im Neuen Testament gemeinten Verhältnis von Kirche und Staat entsprechen habe. Man müsse jedoch auch vom „Antikommunismus der Kirche“ reden. „Auf Synoden wurde die DDR als militaristisch denunziert. Den Wehrdienst zu verweigern, galt als besonders klares Bekenntnis eines jungen Christen – allerdings nur in der DDR.“ In der BRD gebe es Militärseelsorger aller Ränge. Aber: Wir könnten keine Selbsterkenntnis der Kirche entdecken, geschweige die Einsicht, daß in der DDR staatliche „Härte gerade ihr gegenüber mit viel Milde gepaart war ...“.

Niemand werde als Kommunist oder Christ geboren, aber die Prägung durch das Umfeld, in das er hineingeboren sei, könne sich lebenslang als Vorzug erweisen. „Man bedenke, welchen Vorzug die meisten Menschen aus der DDR haben, die heute über 25 Jahre alt sind. Dieser müsste doch einmal zu mobilisieren sein.“ Der Wortlaut des von vollendeter Sprach-

kultur geprägten Vortrags soll in den „Weißenseer Blättern“ erscheinen.

An der lebhaften Diskussion beteiligten sich 10 Genossen. Die Aussprache kreiste u. a. um folgende Hauptgedanken: Die Mehrheit der Weltbevölkerung sei religiös gebunden; ohne sie oder gar gegen sie sei die kommunistische Bewegung in den meisten Ländern von vornherein zum Mißerfolg verurteilt; große kommunistische Parteien könnten ohne die Aufnahme Gläubiger kaum existieren. In Indonesien seien z. B. 1965 nach dem Sturz der national-demokratischen Sukarno-Regierung von 3 Millionen überwiegend moslemischen KP-Mitgliedern etwa 600 000 durch das Militär und religiöse Fanatiker – meist ebenfalls Moslems – massakriert worden. Wir sollten stets unterscheiden zwischen den kirchlichen Hierarchien und den Menschen religiösen Glaubens. Die Erkenntnis, „Eher geht ein Kamel durch das Nadelöhr, als daß ein Reicher in den Himmel kommt“, sei in der Geschichte der amtlichen Kirche meist vergessen worden. Erinnert wurde an Lessings Ringparabel und an den bewegenden DDR-Film „Einer trage den anderen Last“, die beide auf ihre Art dazu aufrufen, Unterschiede in Fragen der Weltanschauung nicht als Hindernis für gemeinsames Handeln aufzutürmen. **Walter Wiggers**, der unter Adenauer im BRD-Gefängnis saß, erinnerte an Pfarrer Mochalski. Der habe sich in den 50er Jahren gemeinsam mit jungen Kommunisten in Essen der auf Teilnehmer einer Jugendkarawane einprügelnden Polizei mutig entgegengestellt. Der Theologe besitze he heute seinen Respekt. **Prof. Rosemarie Müller-Streisand** ging auf die Theologie der Befreiung ein, deren Vertreter wie ihre Vorläufer – die „religiösen Sozialisten“ – in kritischen Augenblicken der Geschichte, so auch 1989 beim Zusammenbruch der europäischen sozialistischen Staaten, Wankelmut gezeigt hätten. **Dr. Wolfgang Schmidt** hob die aktuelle Bedeutung einer Reihe von Bibelaussagen hervor, so der Sentenz, daß Menschen „ohne Visionen wüst und wild“ würden. **MR Dr. med. Erhard Thomas** sprach als Vertreter der Ärzte, für die ähnlich hohe ethische Vorstellungen gelten würden wie für Theologen. Leider sei er heute als Kommunist in seiner Berufsgruppe ein „ziemlicher Exot“. Prof. Dr. Dr. Fred Müller habe ihn einst als jungen Studenten auf die Vorzüge der Beschäftigung mit Religionsgeschichte aufmerksam gemacht. Die Tatsache, daß der Wissenschaftler heute zur Gruppe Nordost gehöre, habe ihn sehr bewegt.

Im zweiten Teil der Versammlung ging es erneut um das Diskussionsangebot „11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland“.

Zunächst berichtete die gewählte Redaktionsgruppe über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit. Die Teilnehmer hatten zuvor die Neufassung des Textes studieren können. Die meisten Zuschriften seien im Dezember- und Januar-Heft des „RotFuchs“ veröffentlicht worden; einige mit Überlänge, die nicht gebracht werden konnten, stünden in der Diskussionstribüne unserer Homepage im Internet.

An der Diskussion zu dieser Thematik beteiligten sich nochmals 12 Genossen. Der Tenor: Die spezifischen Bedingungen im Osten rechtfertigten nicht nur die Formulierung einer eigenen Position der Partei, sondern machten sie zwingend erforderlich. Die Zeit dazu sei überreif. Wichtige Fakten wurden angeführt: In den über 10 Jahren seit 1990 seien etwa 2 Millionen ehemalige DDR-Bürger in den Westen abgewandert, während die DDR in den 40 Jahren ihres Bestehens etwa 1,2 Millionen Menschen verloren habe. **Iris Rudolph** sprach von einem erschütternden Fernsehbericht über Mecklenburg-Vorpommern. Man habe die dortige Lage mit der des Mezzogiorno – der ärmsten Region Italiens – verglichen. Da sei ihr das Gewicht unserer 11 Forderungen schlagartig bewußt geworden. Als besonders makaber habe sie die Anregung des Beitrags empfunden: „Wenn schon nur noch alte Leute hier sind, soll man doch wenigstens ein schönes Altersheim daraus machen.“ **Hans Fischer** fragte: Haben die Kommunisten der BRD zu Zeiten der Existenz der DDR auch nur ein einziges Mal unsere Solidarität vermisst? Nein, denn das gehört zum proletarischen Internationalismus“. Jetzt aber bedürften wir ihrer Solidarität. Andere Genossen unterstrichen noch einmal die Legitimität der Aufstellung kommunistischer Forderungen, die die Bourgeoisie weder erfüllen will noch kann. Es sei notwendig, dafür zu streiten, daß die Besonderheit der ostdeutschen Bedingungen von der Gesamtpartei erkannt werde. Wichtig sei das gemeinsame Handeln der ganzen DKP.

Genau in diesem Sinne sprach sich die Versammlung ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung dafür aus, den vorliegenden 2. Entwurf der 11 Forderungen als Beschluß anzunehmen und diesen der 5. Tagung des Parteivorstandes im März, die sich mit „Ostproblemen“ beschäftigt, zur Beratung zu unterbreiten.

Mit seinem Fazit schließt sich der Berichterstatter dem Urteil **Hartwig Strohscheins** an: Unser Diskussionsangebot hatte ein unerwartet starkes Echo. Jetzt geht es darum, die Diskussion zu verbreitern, um möglichst viele Menschen zu erreichen und ihnen Optimismus zu vermitteln.

Frank Mühlefeldt

Zum politischen Einfluß religiöser Kräfte

Marx und Engels untersuchten nicht nur die großen epochebestimmenden Ereignisse ihrer Zeit, sondern auch einzelne, nicht-typische Erscheinungen, die oftmals regional und in Verflechtung mit Grundtendenzen der Menschheitsentwicklung eine hemmende oder fördernde Rolle spielten. Sie sind auch heute noch als ungelöste Probleme vergangener Zeitperioden von Einfluß auf das internationale Geschehen zu betrachten. Es ist wohl kaum zu bestreiten, daß das u. a. jetzt und in überschaubarer Zukunft auf den Islam zutrifft. Wie läßt sich zum Beispiel eine kommunistische Partei in Indien formieren, wo sich Hindus und Muslime in tragischen, nicht selten von außen geschürten Konflikten gegenseitig totschlagen?

Der Geschichtsprozeß verläuft zwar nach ihm innewohnenden Gesetzmäßigkeiten, doch diese werden durch den Zufall modifiziert, wobei er zeitweilig sogar dominierend sein kann. Die Dialektik von Notwendigkeit und Zufall ist auch in der Untersuchung der Rolle der Religionen in Geschichte und Politik zu beachten. Es geht hierbei nicht um die weltanschauliche Seite der Problematik, sondern um den Einfluß religiöser Bewegungen auf die Politik, um das Verhältnis dieser Bewegungen zum Menschheitsfortschritt.

Das war auch das Anliegen von Marx und Engels bei der Untersuchung religiöser und konfessioneller Unterschiede und Gegensätze auf dem Balkan, im Osmanischen Reich und im Mittleren Osten (Afghanistan, Persien, arabische Länder). Dort lebten Katholiken, Anhänger der griechisch-orthodoxen Kirche, Manoriten im Libanon, Muslime sunnitischer und schiitischer Interpretierungen, Drusen und Sekten verschiedener Art. Fanatismus führte immer wieder zu blutigen Pogromen zwischen den unterschiedlichen ethnisch-religiösen Bevölkerungsgruppen. So das empirische Erscheinungsbild. Hinter den vordergründig reinen Glaubenskämpfen verbargen sich jedoch handfeste politische und ökonomische Interessen der verfeindeten Parteien, die angesichts der religiösen Verschleierung nicht so leicht durchschaubar waren. Die politischen Auseinandersetzungen in religiöser Form hatten ihre Eigenständigkeit, ihre Ursachen, die aus den konkreten Verhältnissen dieser Regionen entsprangen. Als isolierte Erscheinungen besaßen sie keinen Einfluß auf das Weltgeschehen. Aber die Schürung und Ausnutzung der Konflikte durch die Großmächte, die nicht selten den Initialzündler lieferten, bezog sie in dieses ein, wobei sie häufig keine dem Fortschritt der Menschheit förderliche Rolle spielten. Andererseits kämpften z. B. arabische Völker unter religiösen Losungen um ihre nationale Befreiung, bot ihnen der

Islam Möglichkeiten zur ideologischen Begründung ihrer Identität.

Marx untersuchte die Frage der politischen Konsequenzen der Gleichberechtigung der christlichen Religion im Verhältnis zum Islam in der Türkei. Die Gewährung gleicher politischer und bürgerlicher Rechte an Muslime und Christen, an alle Bürger, unabhängig von jeglicher Konfession wäre gleichbedeutend mit einer vollständigen Trennung von Kirche und Staat, von Religion und Politik. Aber in der Türkei wie auch in anderen orientalischen Ländern waren und sind Staat und Moschee, Politik und Religion aufs engste miteinander verflochten. Der Koran ist hier Quelle des Glaubens und des Rechts zugleich. Nach ihm ist eine Gleichstellung von Muslimen und Christen nicht möglich. Gleiche staatsbürgerliche Rechte für beide würde die Emanzipation des Staatswesens von der Religion bedeuten, ihre Erklärung zur reinen Privatangelegenheit der Bürger, die Ersetzung des Koran durch eine bürgerlich-demokratische Verfassung. Die Säkularisierung des türkischen Staates würde die Struktur der Gesellschaft insgesamt verändern, „eine Revolution in ihren sozialen, politischen und religiösen Verhältnissen“ hervorrufen. „Wer den Koran durch einen code civil ersetzt, der muß die ganze Struktur der byzantinischen Gesellschaft nach abendländischem Muster verändern.“ (MEW 10/171)

In Indien waren religiöse Motive zumindest an der Auslösung des Großen Volksaufstandes (1857/59), der als Sepoy-Aufstand in die Geschichte einging, beteiligt. Als Sepoy bezeichnete man die eingeborenen Truppen der englischen Kolonialarmee. Marx schrieb in einem Zeitungsartikel: „Die Ausgabe von Patronen, deren Papphülsen ... mit Rindertalg und Schweinefett bestrichen waren, weshalb das obligatorische Einbeißen der Hülsen von den Eingeborenen als Verletzung religiöser Gebräuche angesehen wurde, gab das Signal zu den örtlichen Unruhen.“ (MEW 12/231) Für die in der Kolonialarmee verwendeten Enfield-Gewehre gab es Papp-Patronen, die schon mit Pulver gefüllt waren. Die Kugeln wurden auf die Pulverladung in die Patrone gelegt. Um diese zu schließen, mußten die Soldaten sie einbeißen, wodurch die Berührung von Rindertalg und Schweinefett mit ihren Lippen unvermeidlich war. Den Hindus sind Rinder heilig, für die Muslime ist Schweinefleisch verboten. Aber die religiösen Gegensätze unter den Soldaten führten zu Streitigkeiten zwischen hinduistischen und muslimischen Sepoys, was die britische Kolonialmacht ausnutzte, sodaß der anfangs kraftvolle und erfolgreiche Aufstand geschwächt und schließlich niedergewor-

fen werden konnte. Das genügte, schrieb Marx, „um ihre oberflächliche Organisation zu zerstören und ihren Niedergang zu verbürgen“. (MEW 12/309)



Der Taiping-Aufstand in China 1851, der sich gegen die die Feudalordnung repräsentierenden Tartaren-Kaiser der Mandschu-Dynastie richtete, nahm den Charakter eines Religionskrieges an, wie viele Bauernbewegungen in Asien. Die Tartaren-Kaiser stützten sich auf den Buddhismus mit seinem Zentrum in Tibet, dem Sitz des Großen Lama, dem Allerheiligsten für die Buddhisten. Wie Marx schrieb, haben die chinesischen Rebellen „einen regelrechten Kreuzzug gegen den Buddhismus unternommen, dessen Tempel zerstört und seine Bonzen getötet“. (MEW 10/116) Im Falle eines Sturzes der Mandschu-Dynastie durch die Taiping Tiän-wang hielt Marx einen Religionskrieg zwischen Chinesen und Tartaren für sehr wahrscheinlich, der sich auch über die Grenzen Indiens ausdehnen konnte.

Es gab innere Konflikte in der klassenmäßig sehr heterogenen Taiping-Bewegung, die sie daran hinderte, die Feudalordnung in China zu beseitigen. Die Hauptursache ihrer Niederlage war jedoch die offene militärische Intervention Englands, der USA und Frankreichs, die im Bündnis mit den chinesischen Feudalherren die Erhebung 1864 niederwarfen. Der Taiping-Aufstand erwies sich als eine antifeudale, revolutionär-demokratische Bewegung, die in religiösem Gewande ausgefochten wurde, wobei der Glaubensaspekt auswärtigen Großmächten lediglich Vorwände für ihre Intervention lieferte. Nur 47 Jahre später siegte in China die bürgerlich-demokratische Revolution unter Führung von Sun Zhongshan (Sun Yat-sen) mit weltlichen Losungen, den „Drei Volksprinzipien“: Nationalismus, d. h. Sturz der Mandschu-Dynastie; Volksherrschaft, d. h. Errichtung der Republik; Volkswohlstand, d. h. Ausgleich der Bodenrechte.

Und heute? „Friedenssichernde“ Militäreinsätze „christlicher“ NATO-Truppen zum „Schutz“ der albanischen Muslime haben Marx und Engels noch nicht gekannt.

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Karl Marx: Die Kriegserklärung – Zur Geschichte der orientalischen Frage, in: MEW 10/168–176

Karl Marx: Der Aufstand in der indischen Armee, in: MEW 12/230–233

Vierzig Jahre nach dem Lumumba-Mord fiel auch Laurent Kabila

Trauer um einen Revolutionär

Am 21. Januar haben zwei Millionen Einwohner der kongolesischen Hauptstadt Kinshasa dem durch einen Attentäter niedergeschossen und tödlich verwundeten Präsidenten Laurent Kabila in einer gewaltigen Trauermanifestation die letzte Ehre erwiesen. Sie brachten dabei nicht nur ihre Abscheu gegen die imperialistischen Hintermänner des in Washington inszenierten Mordkomplotts zum Ausdruck, sondern bekräftigten zugleich ihr Verlangen, den bisherigen Kurs der Demokratischen Republik Kongo fortzusetzen. Die Ehrung Kabilas war zugleich Ausdruck des festen Willens, die seit 1998 anhaltende Okkupation und Abtrennung des kongolesischen Ostens zu überwinden und dem USA-gestützten Krieg Ugandas und Rwandas gegen Kongo, der direkt und indirekt bereits 2,3 Millionen Menschenleben gefordert hat, ein Ende zu setzen. Der UNO-Sicherheitsrat hat seit dem 9. April 2000 verschiedene Male Kongo als Opfer einer brutalen Intervention bezeichnet.



Als Kommunisten trauern wir mit den fortschrittlichen Kräften Kongos um den im Kampf gefallenen Volkspräsidenten und revolutionären Kämpfer. Wer war Laurent-Desiré Kabila, der am 16. Januar 2001 durch drei Kugeln aus der Waffe eines verräterischen Leibwächters Verletzungen davontrug, die er nicht überlebte? Als Kongo im Juni 1960 aus der belgischen Kolonialherrschaft „entlassen“ wurde und die staatliche Unabhängigkeit erlangte, war mit Patrice Lumumba ein linkspatriotischer Politiker an die Spitze der Regierung getreten. Seine Partei hatte bei den ersten Parlamentswahlen die relativ meisten Stimmen erhalten. Die Imperialisten Belgiens und der USA, die ihre Kontrolle über die enormen Bodenschätze Kongos nicht aufgeben wollten, entledigten sich jedoch bald des aufrechten Mannes. Nach Monaten ebenso massiver wie erfolgloser Druckausübung wurde er im Januar 1961 Opfer eines Mordkomplotts, das der amerikanische Geheimdienst CIA auf Geheiß Präsident Eisenhower in Szene gesetzt hatte. Während das kongolesische Volk, das damals nur über geringe Kampferfahrungen verfügte, in seiner Masse resignierte, suchten einige der Getreuen Lumumbas den Kampf im Maquis fortzusetzen. Mit ihnen traf Ché Guevara, der die Möglichkeiten des antiimperialistischen Widerstandes in Afrika erkunden wollte, 1965 zusammen. In sein Tagebuch schrieb er damals: „Ohne jeden Zweifel ist Kabila der

einzige unter den Führern, der zugleich einen klaren Kopf und eine entwickelte Urteilsfähigkeit besitzt. Er ist eine Führerpersönlichkeit. Er beeindruckt durch seine Anwesenheit. Er hat die Fähigkeit zu direkten Beziehungen mit der Bevölkerung und ist imstande, die Massen zu mobilisieren.“

Anders als Lumumba und der ebenfalls bedeutende Revolutionär Pierre Mulele, der in einen Hinterhalt gelockt und von seinen Häschern auf barbarische Weise zerstückelt wurde, entging Kabila immer wieder seinen Verfolgern. Als 1967 aufgrund einer belgisch-amerikanischen Intervention der CIA-Agent Mobutu in Kinshasa als Diktator ans Ruder gebracht wurde und sein drei Jahrzehnte währendes Schreckensregiment errichtete, antwortete Kabila auf seine Weise. In tiefer Illegalität gründete er eine marxistisch-leninistische Partei – le Parti de la Révolution Populaire (PRP). Mit einer Gruppe von Kampfgefährten zog er sich in den Osten Kongos zurück. Kabila besuchte in der Folgezeit China und Nordkorea. 1979 nahm er als einziger ausländischer Beobachter am Gründungskongress der Partei der Arbeit Belgiens teil, deren Vorsitzender, Genosse Ludo Martens, seit 1997 in Kongo residiert. Er hat inzwischen eine Reihe wichtiger Bücher zu Problemen des afrikanischen Landes geschrieben.

Nach einer komplizierten Periode, in der Kabila – als Geschäftsmann auftretend – zahlreiche Reisen in Afrika unternahm und mit verschiedenen Staatsmännern des schwarzen Kontinents Kontakte anknüpfte, trat er 1996 an die Spitze der Allianz der Demokratischen Kräfte für die Befreiung (AFDL). 1997 verwirklichte sich sein großer Traum: Es gelang den 47 000 Kämpfern Kabilas – damals aus unterschiedlichen Motiven durch Uganda, Rwanda und Angola unterstützt – das Land in einer kühnen militärischen und politischen Operation von Mobutu zu befreien. Im Mai 1997 zog Kabila in Kinshasa ein. Als sich die Erwartungen der Imperialisten – besonders der Vereinigten Staaten –, der neue Staatsoberhaupt werde sich ihren Vorstellungen beugen, nicht erfüllten und die Aktivitäten der beiden rechten „Oppositionsparteien“ UDPS und MPR nicht die erhoffte Unterstützung bei der kongolesischen Bevölkerung fanden, wurde im August 1998 ein Putsch inszeniert. Während Kabilas Staatsbesuch in Kuba erhoben sich in Kinshasa stationierte Truppenteile Rwandas, um das neue Regime zu stürzen. Der Präsident kehrte sofort in die Hauptstadt zurück und forderte die Putschisten auf, das Land unverzüglich zu verlassen. Ein versuchter Mordanschlag auf ihn folgte, doch regierungstreue Armeeeinheiten behielten bei Kämpfen die Oberhand. So

begann die von Washington gesteuerte Aggression Ugandas und Rwandas. Sie erfuhr im August 1999 zusätzliche Unterstützung durch das sogenannte Abkommen von Lusaka, das Kongo die Berechtigung absprach, seine Souveränität zu verteidigen. Es billigte den „Rebellen“ in den abgetrennten und zum Teil okkupierten Ostprovinzen eine zentrale Rolle zu. Im November 2000 erreichte Kabila jedoch wichtige Veränderungen an dieser unter imperialistischem Druck zustande gekommenen Übereinkunft. Als die USA, Belgien und andere westliche Mächte erkannten, daß ein militärischer Sieg Ugandas und Rwandas über die von Angola und Simbabwe unterstützte Demokratische Republik Kongo außer Reichweite war, organisierten sie nach altem CIA-Muster die Ermordung des Staatsoberhauptes. Sie handelten in der Annahme, der Tod Kabilas werde günstige Bedingungen für eine sofortige Machtübernahme durch proimperialistische Kräfte herbeiführen. Das hat sich bisher nicht verwirklicht. Generalmajor Joseph Kabila – der jüngste Sohn des toten Staatsoberhauptes – wurde als neuer Präsident designiert. Eine erste, offenbar von Beratern verfaßte Rede, war zwiespältig. Einerseits enthielt sie ein Bekenntnis zur kongolesischen nationaldemokratischen Revolution, andererseits gab es Hinweise auf eine gewisse Öffnung zum Westen. Angola und Simbabwe haben unterdessen zusätzliche Soldaten nach Kongo entsandt. Wie Ludo Martens von Ort und Stelle berichtete, bleibt abzuwarten, welchen Weg die Ereignisse künftig nehmen werden. Vieles wird davon abhängen, für welche Personen sich der künftige Präsident entscheidet. Man hofft, daß die Wahl auf neue kompetente und der Revolution ergebene Leute fällt. Im Umfeld Kabilas hatten sich nämlich auch Kräfte etabliert, die Kongos Entwicklung nicht in positiver Richtung vorantrieben. Man nimmt an, daß ihre indifferente Haltung mit dazu beitrug, günstige Bedingungen für das Mordkomplott entstehen zu lassen. Obwohl sich die politische Führung Kongos einmütig für den jungen Kabila erklärt hat, können künftige Machtkämpfe nicht ausgeschlossen werden. Keineswegs alle Politiker aus dem Regierungslager teilen das von Laurent Kabila entworfene Konzept des Pouvoir Populaire – der Volksmacht. Es gibt sogar Bestrebungen, Vertreter örtlicher Volksmachtkomitees bei der Entscheidung wichtiger Fragen zu übergehen.

Das Politbüro der Partei der Arbeit Belgiens, die stets in beispielhafter Solidarität an der Seite des kongolesischen Volkes stand, hat dem designierten Präsidenten Erfolg bei seiner schweren Mission gewünscht. **S. R., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel**

Ein roter Reporter berichtet aus Chile

Rolf Vellay in Valparaiso

„Der erste Eindruck ist der beste“, sagt man gewöhnlich, was sich dann oft als voreilig herausstellt. Zumindest einen guten ersten Eindruck von Valparaiso hatte ich bei meinem jetzigen Besuch dadurch, daß heute nicht mehr wie noch 1997 in kurzen Abständen Doppelposten der Carabineros mit umgehängter Maschinenpistole durch die Innenstadt patrouillieren. Damals bekam ich bei deren Anblick immer ein höchst ungutes Gefühl in der Magengrube. Das kehrte dann dieser Tage doch wieder zurück, als mich ein großes Transportfahrzeug der Carabineros überholte und in der halboffenen Tür der Rückfront Uniformierte mit MPis zu sehen waren, und im Inneren des Wagens Zivilisten, die vermutlich im Ergebnis einer Razzia abtransportiert wurden.

Die mediterrane Lockerheit des Lebensstils in der Stadt unter südlicher Sommersonne am Ufer des Pazifik verleitet den Besucher unwillkürlich dazu, das Leben von der leichten Seite zu nehmen; aber ein großer Teil der Menschen hier tut sich angesichts der wirtschaftlichen Lage mit dem Alltag schwer. Immer wieder sehe ich vor einer Bank in der Hauptgeschäftsstraße „Pratt“ Demonstranten, die sich mit Sprechchören gegen zu niedrige Gehälter wenden. Auf den handgefertigten Transparenten erkenne ich das überdimensionale Wort „EXPLOTACION“. Auch ohne Wörterbuch versteht man den Sinn: Ausbeutung! Ab und zu werfen Passanten ein paar Pesos in die Sammelbüchsen.

In der Nachbarstadt Vina del Mar begegnete mir eine Demonstration. Vorneweg drei Polizisten, dahinter vielleicht 500 Menschen, unverkennbar ärmlich gekleidet, zumeist jüngere Männer. Keine Fahnen oder Losungen, nur Sprechchöre, aus denen ich „Trabajo“ (Arbeit) heraushöre und „Libertad“ (Freiheit). Die Passanten in der im Vergleich zu Valparaiso wohlhabenderen Stadt scheinen den Anblick gewohnt zu sein und gehen eilig ihren Geschäften nach. Was soll man machen?, denken wohl die allermeisten und sind froh, zumindest im Mo-

ment nicht in der gleichen Situation zu sein wie die augenscheinlich arbeitslosen Demonstranten.

Die einstmalig stark entwickelte Solidarität der Werk tätigen hat dem Druck und den Raffinesen des Kapitals kaum standgehalten. Früher wurde die Kampfbereitschaft der Hafenarbeiter in „Valpo“, wie die Stadt volkstümlich genannt wird, landesweit gerühmt. Als der Hafen noch in staatlicher Regie war, trat die Belegschaft von drei bis viertausend Beschäftigten stets gemeinsam für ihre Forderungen ein. Das erzielte bei jeder Regierung Wirkung. Heute sind die einzelnen Betriebszweige privatisiert, die Arbeiter entsprechend aufgesplittet, so können die Unternehmer sie mit Erfolg gegeneinander ausspielen. Und das ist natürlich um so eher möglich, je mehr die Arbeitslosigkeit steigt. Zwar wurde nach Angaben des Landesinstituts für Statistik (INE) jetzt erstmals seit Februar 2000 offiziell ein Rückgang auf 9,4 % verzeichnet; erfahrungsgemäß ist aber in einem Land wie Chile, das keine Arbeitslosenversicherung besitzt, die Zahl der nichtregistrierten Arbeitssuchenden sehr viel höher. Das trifft sicherlich besonders im Ballungsraum Valparaiso – Vina del Mar zu.

Die bei den Wahlen 1999 – wenn auch mit rückläufiger Stimmenzahl – bestätigte Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten und Christdemokraten unter Präsident Lagos (SP) sucht durch staatlich finanzierte Förderprogramme Anreize für das Entstehen von Arbeitsplätzen zu schaffen. Für im April anlaufende Maßnahmen sind 100 Mrd. Peso (1 DM = 250 Peso) bereitgestellt worden, wodurch 46 000 von 515 000 Arbeitslosen – bei einer Bevölkerung von etwa 15 Millionen – wieder einen Job bekommen sollen. Mit derartigen Programmen steht die Regierung nicht nur unter dem Druck ihrer Wahlversprechen, sondern reagiert damit auch auf die angespannte soziale Lage im Lande. Ein Blick in den großbürgerlichen „El Mercurio“ verdeutlicht, wo es überall knistert.

Brennende Barrikaden und Gewalttätigkeiten

gab es zum Beispiel im Hafen der in der südlichen Region Bio-Bio gelegenen Stadt San Vicente, berichtet das Blatt. Die kleinen Küstenfischer richteten ihre Aktion gegen ein Gesetz, das den Fang durch Quoten begrenzt. Offiziell soll dadurch der Schutz der Bestände vor Überfischung garantiert werden. Die Protestierenden fürchten jedoch nicht zu Unrecht, durch die Möglichkeit des Verkaufs der Fangquoten auf Dauer ihre selbständige Existenz zu verlieren. Am Ende würden dann die Fangflotten der großen Fischverarbeitungsunternehmen die gesamten Gründe für sich monopolisieren.

Zu einem weiteren Polizeieinsatz, wenn auch ohne Verhaftungen oder Verletzte, kam es in Chihuahue, einem kleinen Ort der ganz im Süden Chiles gelegenen Region Araukanien. Mapuche-Indianer, deren Kampf um ihre angestammten Besitzrechte an Grund und Boden mittlerweile international Beachtung findet und von Menschenrechtsorganisationen unterstützt wird, wurden durch die Polizei von zeitweilig besetztem Land vertrieben.

Schließlich musste – so berichtete „El Mercurio“ – die Erziehungsministerin Mariana Aylwin im Santiagoer Nationalstadion mit Wasserwerfern vor Studenten geschützt werden, die gegen die Misere im Bildungswesen protestierten. Wengleich die Analphabetenrate in Chile mit 7 % geringer ist als in allen anderen südamerikanischen Ländern, sind die Defizite vor allem im staatlichen Schulwesen, das chronisch unterfinanziert bleibt, ein nationales Dauerthema.

Zu all den drängenden Fragen der Zukunft des Landes und insbesondere auch zur Forderung nach Gerechtigkeit für die Opfer der Diktatur und Bestrafung der Verantwortlichen mit Pinochet an der Spitze sprach Gladys Marin, Vorsitzende der KP Chiles auf dem Jahrestreffen der Kommunisten, das am 6. und 7. Januar stattfand. Es ist dem UZ-Pressesfest ähnlich und findet immer Anfang des Jahres statt. Darüber wird im nächsten „RotFuchs“ zu berichten sein.

Aufruf des Präsidiums des ZK der KPRF

Stolze Melodie der Sowjethymne

Liebe Landsleute! Wir beglückwünschen Euch zu dem großen Ereignis im Leben unseres Landes. Das Rote Banner des Sieges und die erhabene, stolze Melodie der Sowjethymne, unter der das Banner auf dem Reichstag gehißt worden war, sind durch Gesetz bestätigte Staatssymbole Rußlands und seiner Streitkräfte.

Anders konnte es auch gar nicht sein, weil diese Volksheiligtümer nicht aus dem Gedächtnis und den Herzen der Menschen der Arbeit, der Patrioten und aller ehrlichen Bürger getilgt zu werden vermochten. Unter diesem Banner und mit dieser Hymne hat unser Volk große Siege errungen, hat es die Menschheit vor der faschistischen Pest gerettet, ist es als erster in den Kosmos vorgedrungen, hat es der Welt das Beispiel einer gerechten

Gesellschaftsordnung gegeben.

In den finsternen Zeiten des Triumphes der Verräter und Zerstörer der Heimat haben diese Symbole das Volk für den Kampf um die Wiedergeburt des Vaterlandes, für seine Ehre und Würde begeistert. Und nun haben wir durch gemeinsame Anstrengungen erreicht, daß ihnen in unserem Lande und in der ganzen Welt wieder offizielle Ehrenbezeugungen und Zeichen der Achtung erwiesen werden.

Das ist ein großer Sieg der Patrioten Rußlands. Aber er ist nur der erste Schritt. Ein erster Erfolg, auf dem wir uns nicht ausruhen dürfen. Wir haben nicht das Recht, ein heuchlerisches Verhalten zu Volksheiligtümern zuzulassen, zu gestatten, daß sie in ein Feigenblatt verwandelt werden, um die

Schande der alten Politik zu verdecken, die dem Volk so viel Unheil und Leiden gebracht hat. Deshalb rufen die Kommunisten die russischen Bürger zu noch entschiedenerem Kampf für die Überwindung der sozial-ökonomischen Krise, für die Wiederherstellung der wahren Volksmacht, für die Rückkehr des ihm mit Recht gehörenden nationalen Reichtums zum Volk, für die Wiedergeburt des großen Unionsstaates auf. Der Kampf wird schwer und zäh sein. Aber wir glauben an den Volkssieg. Mögen uns die großen und stolzen Werte begeistern und zusammenschließen: „Ruhm sei und Lobgesang, Dir, freies Vaterland...“ (Refrain der Sowjethymne – d. Ü.)

„Prawda“, 14. 12. 2000

Übersetzung: Eberhard Bock

Die australische Wissenschaftlerin Dr. Vera Butler fragt:

Wessen Agent war Jakowlew?

Wer war der zurückhaltende Alexander Jakowlew, der als Ideologe und mächtigster Meinungsmanipulator der „Perestroika“ auftauchte?

Bäuerlicher Abkunft, verbrachte der junge Jakowlew zu Zeiten Chruschtschows in den Jahren 1958/59 zwölf Monate als Austauschstudent an der Harvard-Universität in den Vereinigten Staaten. Seine frühen Schriften waren höchst kritisch in Bezug auf die USA, aber es scheint, daß er den Ruf eines „Freidenkers“ bei den Partei-Staffelungen erworben hat. Von 1973–1983 war Jakowlew Botschafter in Kanada, wobei das Jahr 1983 zum entscheidenden Wendepunkt seiner Karriere wurde. Nach Darstellung Roy Medwedews hatte es Andropow in jenem Jahr abgelehnt, Jakowlew für einen Posten in seinem persönlichen Stab in Erwägung zu ziehen, wobei er sagte, dieser habe sich zu lange im Ausland aufgehalten und sei dort „wiedergeboren“ worden.

In dem selben Jahr, in dem Andropow Generalsekretär der KPdSU geworden war, besuchte Gorbatschow auf Einladung des dortigen Landwirtschaftsministers Kanada. Es war seine erste Auslandsreise, und in Kanada traf er routinemäßig mit dem sowjetischen Botschafter Jakowlew zusammen. Bald darauf kehrte Jakowlew nach Moskau zurück und wurde zum Direktor des angesehenen Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO) ernannt, obwohl er keine akademischen Leistungen vorzuweisen hatte. Als Gorbatschow im März 1985 Generalsekretär wurde, ließ er Jakowlew durch das nachfolgende Juli-Plenum als Leiter der Ideologieabteilung des ZK bestätigen. 1986 avancierte Jakowlew zum Sekretär des Zentralkomitees; 1987 wurde er Politbüromitglied und 1988 stieg er zum Leiter des einflußreichen außenpolitischen Bereichs im Politbüro auf, trotz mancher Proteste.

Was waren die Qualitäten, die Jakowlews Berufung in Positionen mit solchem Einfluß sicherten? Der frühere sowjetische Ministerpräsident Walentin Pawlow beschrieb Jakowlew als die „Graue Eminenz“ im Politbüro: „Ich bin davon überzeugt, daß Alexander Jakowlew derjenige war, welcher die politische Linie der ‚Perestroika‘ entwarf und umsetzte. Er war der Strategie und Taktiker der Politik Gorbatschows, obwohl er im Schatten zu bleiben suchte und seine wirkliche Führungsrolle nicht publik werden ließ.“

War Jakowlew der Initiator, die Inspiration der „Perestroika“ oder nur der Scharfrichter eines Systems, das es in seinen Augen nicht länger verdiente, erhalten zu bleiben?

Die Botschaft des „freien Marktes“, die unter Jakowlews Leitung verbreitet wurde, gab Grund zur Sorge. Der Ökonom Pawlow bemerkte, daß die Menschen mit einer simplizistischen Formel zur Verbesserung ihres Lebensstils abgespeist wurden. Man sollte sich nicht mit produktiver Arbeit befassen, nicht durch Investitionen oder wissenschaftlich-technologischen Fortschritt wie die Deutschen, Amerikaner, Japaner oder Chinesen

vorankommen, sondern sich auf die Vernichtung der „Parteibürokraten“, auf die Personal- auswechslung in verantwortlichen Verwaltungs- und Regierungspositionen konzentrieren. Es wurde die Illusion vom „großen Sprung“ nach vorn ohne harte Arbeit verbreitet.

Die Aufgabe der öffentlichen Umerziehung (oder Indoktrinierung) wurde mit einem Professionalismus gehandhabt, der einer in Psychopolitik und den Techniken der Öffentlichkeitsarbeit erfahrenen Person Ansehen verschafft hätte. Jakowlews persönlicher Beitrag zu einer Aufgabe von solcher ideologischen und organisatorischen Reichweite ist allerdings anzuzweifeln. In einem Interview mit dem Journal of International Affairs (Frühjahr 1989) unter der Überschrift „Den Sozialismus zu Hause und im Ausland neu definieren“ wirkt Jakowlew gewunden, zu Wiederholungen neigend und anfällig für stereotype Redewendungen. Ein ähnliches Strickmuster zeigt sich in einem Interview mit Leonid Mlechin, dem Biografen Jewgeni Primakows (1999). Auf die Frage nach den Gründen für seine enge Zusammenarbeit mit dem Akademiemitglied (und späteren russischen Ministerpräsidenten) antwortet Jakowlew trocken, ideenlos, ohne Tiefe oder Reiz: „Weil er ein cleverer Mann ist. Das ist alles.“ War es das tatsächlich?

Wie auch immer: Was Jakowlew an persönlicher Ausstrahlung und Fähigkeiten fehlte, wurde durch seine politische Vertrauenswürdigkeit als Befürworter eines radikalen Wechsels „gutgemacht“. Das wirft die Frage auf, wer Jakowlew half, die ideologischen Glaubenssätze der „Perestroika“ zu formulieren und seine zerstörerische Politik in Szene zu setzen. Wer beriet den „Berater“? Eine Vielzahl von Einflüssen geht aus der Literatur hervor. Nach Mlechin empfahl Jakowlew eifrig Primakow als seinen Nachfolger im IMEMO, und zwar trotz einiger Opposition. Nachdem ihn Gorbatschow an die Spitze der ideologischen Abteilung des ZK gestellt hatte, zögerte Jakowlew nicht, Primakow zur Beratung, Konsultation und Formulierung des ideologischen Rahmens der „Perestroika“ heranzuziehen. Tatsächlich scheint es, daß Primakow sein Institut einspannte, um die neue politische Linie zu entwickeln und zu befördern.

Aber Primakow war die nicht die einzige Quelle der Inspirationen Jakowlews. Unter den ausländischen Kontakten, die er während seiner Jahre als Sowjetbotschafter in Kanada knüpfte, ruft der Name David Goldstuecker Erinnerungen an den „Prager Frühling“ von 1968 wach. Der Autor Juri Teschkin verweist darauf, daß Goldstuecker – ein früheres Mitglied der KP der Tschechoslowakei – mit Dissidenten um Vaclav Havel in Verbindung stand und Alexander Dubcek beriet. Wenn Teschkin Glauben geschenkt werden darf, dann unterhielt Goldstuecker sowohl Kontakte zu Amerikas CIA als auch zum israelischen Mossad. Der britische MI6 blieb bei ihm allerdings unerwähnt, obwohl Goldstuecker im Gedächtnis tschechischer Emigranten ständig zwischen London und Prag hin und her reiste. Er tauchte

auch in Kanada auf, wo er angeblich freundschaftliche Beziehungen mit dem sowjetischen Botschafter Jakowlew aufnahm und für ihn den Plan zur Umstrukturierung der Sowjetunion ausarbeitete. Laut Teschkin war David Goldstuecker der erste, der den sowjetischen Diplomaten „Mr. Perestroika“ nannte.

Waren es Jakowlews Kontakte mit Goldstuecker, die Andropows Bemerkung auslösten, Moskaus Diplomat sei in Kanada „wiedergeboren“ worden? Konnte der Chef des KGB den Umgang des Sowjetbotschafters mit einem in Kanada aufgetauchten früheren tschechischen Dissidenten etwa nicht gewußt haben? Warum ließ Andropow zu, daß sich dieser Kontakt entwickelte, ohne Jakowlew zurückzurufen, oder warum warnte er Gorbatschow nicht rechtzeitig vor ihm? Dessen Memoiren werfen kein Licht auf diese Fragen.

Jakowlews Verbindungen zu Kritikern der Sowjetunion schlossen auch den früheren KGB-Generalmajor und späteren Aktivisten der Bewegung „Demokratisches Rußland“ Oleg Kalugin ein. Beide unterhielten eine langjährige Freundschaft, die bis zu den Zeiten gemeinsamen Studiums an den Universitäten Harvard und Columbia zurückgingen. Kalugin erinnerte sich an Jakowlews Beistand, als er wegen kritischer Bemerkungen zum System in Schwierigkeiten geriet. In einem Interview mit einer russischen Militärzeitschrift wies Kalugin lebhaft Gerüchte zurück, Jakowlew sei ein CIA-Agent. Das kann zutreffen, muß aber nicht andere Dienste ausschließen. Seit Mitte der 90er Jahre lebt Kalugin in den USA. Russische Kritiker der „Perestroika“ argumentieren zurückblickend, daß Jakowlew ein „Einflußagent“ und kein normaler Agent westlicher Geheimdienste gewesen sei. Wie immer auch der Fall gelagert sein mag, Jakowlew und seine Berater waren höchst effektiv bei der Vorbereitung des Bodens für die Konterrevolution im Dezember 1991.

Schon im September jenes Jahres gab es Signale für eine entstehende Diktatur der Rechten in der Sowjetunion. Eine konzertierte Attacke auf die Pressefreiheit – den Hauptglaubenssatz der „Glasnost“ – wurde unter Federführung Alexander Jakowlews eingeleitet. Am 18. 9. 1991 schrieb Robert David in „Djen“: „Die ‚Perestroika‘ ist beendet, und ihre Ergebnisse können einen zum Heulen bringen. Wie viele voraussahen, endete sie in der Diktatur: nicht der Armee oder der Bolschewiken, sondern der siegreichen bourgeoisen Machtgruppen ... Jegor Jakowlew, Herausgeber der ‚Moscow News‘, Alexander Jakowlew, der Architekt der ‚Perestroika‘, und Tretjakow, der Chef der ‚Nesawisimaja Gaseta‘ – sie alle bejahen jetzt die Schließung der Zeitungen der Opposition.“

Die Liquidatoren der Sowjetunion und ihre Unterstützer hatten niemals die Absicht, sich durch jene Ideale, auf die sie sich beriefen, ablenken zu lassen.

Aus: Counter-Revolution. The Politics of „Perestroika“, Australian International Studies Association, Melbourne 2000

Ein spannendes Buch des Italien-Experten Gerhard Feldbauer

Wer ermordete Aldo Moro?

Dr. sc. Gerhard Feldbauer, „RotFuchs“-Autor und hervorragender Kenner der politischen Verhältnisse Italiens, hat ein aufsehenerregendes Buch zu einem der finstersten Kapitel in der Nachkriegsgeschichte des Apenninestaates vorgelegt: der Entführung und Ermordung Aldo Moros, ihrer Hintergründe, der „Strategie der Spannung“, die viele Jahre das Leben des Landes prägte.

Gründlichst wird jener Schleier weggezogen, der die wirklich Verantwortlichen für den Mord verdecken soll. Im Gegensatz zu der staatlich behaupteten Alleintäterschaft der Roten Brigaden (Brigate Rosse-BR) tut sich ein Szenario reaktionärster Verschwörungen auf. Das beginnt bereits unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus. Die infamste Lüge über die Arbeit des MfS zum Schutz des Sozialismus reicht nicht andeutungsweise an das heran, was Feldbauer über die miteinander verzahnte Tätigkeit von CIA, Faschisten, Polizei, Armee und Finanzkapital enthüllt. Putschpläne und -vorbereitungen, faschistische Bombenmassaker, selbst Morde an den eigenen Leuten – das alles finden wir im „Herzen des Staates“, das die BR – so ihre zentrale Losung – angeblich treffen wollten, während sie in Wahrheit unterwandert und für seine strategischen Pläne umfunktioniert wurden.

Am 16. März 1978 wurde der Vorsitzende der Christdemokraten (DC), Aldo Moro, in Rom entführt und am 9. Mai ermordet. Seine Leiche fand man in einem R4 auf halbem Wege zwischen der DC-Zentrale und dem ZK-Sitz der IKP. „Der Ort der Abstellung des PKW sollte ebenso wie die rote Farbe des Renault symbolisieren, daß der Vorsitzende der Democrazia Cristiana ein Opfer seiner Regierungszusammenarbeit mit den Kommunisten geworden war.“

Die Organisatoren des Komplotts setzten die ‚Konsequenzen‘, die sie Moro bereits 1976 in Washington angedroht hatten ... in die Tat um. „Die Brigade Rosse gaben sich dafür als Werkzeug her.“ So faßt Feldbauer das Ende der Tragödie zusammen, das Moro während seiner Geiselnahme voraussah und gegen das er in Briefen an einige der „Bruttusse“ kämpfte; einer gipfelte in dem Satz: „Mein Blut komme über sie.“

Feldbauer liefert einen kurzen Abriss der italienischen Nachkriegsgeschichte, in der Aldo Moro einen herausragenden Platz einnahm: „In Moro (verfügte) die italienische Großbourgeoisie über einen genialen Reformen zur Sicherung ihrer Herrschaft auf flexiblen Grundlagen...“ Widerstandskämpfer ab 1943, war dieser zugleich ein entschiedener Gegner der völligen Unterwerfung seines Landes unter die USA-Interessen. Der Autor präsentiert eindrucksvolle Fakten zur Reaktion von CIA, Pentagon, State Department und deren römischer Gefolgschaft auf die erste „Linksöffnung“: die Einbeziehung der Sozialisten in eine Regierung Moro (1963).

Als Organisator der Putschpläne nach „griechischem Vorbild“ stoßen wir auf den bekannten CIA-Spezialisten General Vernon Walters. Mit von der Partie ist auch William Colby, berüchtigt durch seine Rolle beim Pinochet-Putsch in Chile und zehn Jahre zuvor beim CIA-Mordprogramm „PHOENIX“ zur Vernichtung von 30 000 Kadern der Befreiungsfront Südvietnams. Faschistische Attentate mit vielen Opfern, die der Linken angelastet werden, sollen als zentrales Moment der „Strategie der Spannung“ ein Putschklima schaffen.

In dieser Zeit wächst die Zahl der IKP-Wähler auf schließlich über 30 % an. Während in Washington, Bonn und dem NATO-Hauptquartier immer hysterischer die „rote Gefahr“ beschworen wird, entsteht neben der faschistischen eine ganz andere Bedro-

hung. Unter der Flagge des „Eurokommunismus“ vollzieht sich die Sozialdemokratisierung der IKP. Zehntausende Gegner des Revisionismus werden ausgeschlossen. Es formiert sich eine breite radikale Linke, in deren militanten Kämpfen sich Haß auf die nach rechts driftende IKP entlädt. Als auch die BR aus dieser Bewegung hervorgehen, prägt das bereits ihre Politik. Die Folgen waren verheerend. Von der objektiven Mitverantwortung der IKP-Spitze für diese Entwicklung führt eine gerade Linie zur erschütternden Unterstützung für jene „harte Haltung“, mit der Andreotti und dessen Kumpanei den gekidnappten und zum Tode verurteilten Moro seinem Schicksal bewußt und gewollt überlassen, indem sie nichts für ihn tun. Moros an Enrico Berlinguer gerichtete Worte (S. 109) stellen auch die IKP-Führung bloß. Vielen RF-Lesern mag die Herausbildung bewaffneter antiimperialistischer Gruppen, wie es sie in den Siebzigern in fast allen Ländern Westeuropas gab, von vornherein als Abenteuererium erscheinen. Gerhard Feldbauer wirft – ohne daß das wegen der national sehr verschiedenen Bedingungen verallgemeinert werden kann – einen kritisch-fairen Blick auf die Verhältnisse, die zur BR-Gründung führten; sie erleichterten aber auch ihre Unterwanderung, die Ausschaltung ihrer historischen Leiter durch Verrat und deren Ersetzung durch fremdgesteuerte Figuren. Natürlich gab es innerhalb der Organisation weiterhin „echte Brigadisten“, wie der Autor sie nennt, d. h. Antiimperialisten, die z. T. bis heute im Gefängnis sitzen und von der Richtigkeit ihrer Sache überzeugt sind.

Feldbauer hat eine Fülle von Beweisen und Spuren zu den wahren Verantwortlichen des Mordes an Moro zusammengetragen. Im operativen Zentrum befand sich jene geheime NATO-Truppe, die in Italien „Gladio“ hieß, was zum Synonym solcher Einheiten in ganz Westeuropa wurde. Kontrolle und Leitung erfolgten durch die CIA und den NATO-Oberbefehlshaber Europa, hinzu kam die italienische Gefolgschaft. Sie organisierte sich in der berüchtigten „Geheimloge P2“ mit dem Moro-Feind Andreotti als Boß und dem schon an Francos Seite kämpfenden Faschisten Licio Gelli als Geschäftsführer; außerdem Berlusconi und andere Medienhaie, Finanzkapitalisten, führende Militärs und Geheimdienstler ... Zusammen über 1 000 Kader der Großbourgeoisie bilden dieses „Machtzentrum innerhalb der staatlichen Einrichtungen, in den Lebensadern des Landes“. Das waren die Hauptakteure der Verschwörung, die mit den BR als Werkzeug den „Historischen Kompromiß“ Moros und Berlinguers – eine anvisierte DC/IKP-Koalition – vereiteln sollten. Der aber hatte, wie Feldbauer betont, mit „roter Gefahr“ überhaupt nichts zu tun. Er beherrschte lediglich Bestrebungen der USA-Strategen zur Stabilisierung der NATO-Südflanke, zur Offensive gegen den Sozialismus und die Befreiungsbewegungen. Umfang und höchstes Niveau der Operation zeigen indes, wie ernst Washington die „Bedrohung“ nahm.

Natürlich fehlten gewisse „Zentralen“ der BRD nicht in diesem Ensemble. Feldbauer deckt ihre Beteiligung auf – von BND-Waffenlieferungen an Putschfaschisten bis zur engen Kooperation mit italienischen Diensten im „gemeinsamen Kampf gegen den Terror“. Kein Zweifel – auch in der BRD existieren bis auf den heutigen Tag die „Gladios“ – die Kräfte, Strukturen und Mittel für den „unorthodoxen“ Krieg, mit dessen italienischer Variante uns der Autor des spannenden Buches vertraut macht.

Werner Hoppe

Agenten, Terror, Staatskomplott, Papyrossa-Verlag Köln 2000, 28.00 DM, ISBN 3-89428-207-4

Briefe an „RotFuchs“



Meinen Glückwunsch zum Bestehen des „RotFuchs“ im vierten Jahrgang! Macht weiter so! Herzlichen Dank auch für den letzten RF mit rotem Aufdruck. Sieht richtig gut aus, ist aber sicher nicht billig. Entscheidend bleibt der Inhalt unserer Zeitung und der ist hieb- und stichfest. Das ist das Wichtigste! Ich freue mich jedes Mal über die inhaltlichen Themen des RF, weil es meine Wissenschaft und Sprache sind, zu denen ich mich vor Jahrzehnten als FDJler und Mitglied der SED bekannt habe und heute noch bekenne.

Seit einem Jahr (übrigens durch Eure Zeitung) bin ich wieder organisiert. Als Mitglied der DKP Baden-Württemberg freue ich mich sehr, in einer Parteigruppe gestandener Kommunistinnen und Kommunisten mitwirken und hier meine in der DDR erworbenen Erfahrungen in der Parteiarbeit einbringen zu können. Seitdem schwimme ich nicht mehr als einsamer Roter Matrose im schwarzen Meer. Der RF wird hier natürlich meinen Genossinnen und Genossen zum Lesen gegeben. Wir führten u. a. auch eine sehr angeregte und zustimmende Diskussion zu den 11 Forderungen, die in Eurer Parteigruppe entwickelt wurden. Sie lassen sich in einigen Punkten auch auf das gesamte Bundesgebiet übertragen. (...) Bestehende Unklarheiten, auch mit dem Parteivorstand, mit dessen Veröffentlichungen ich manchmal so meine Schwierigkeiten habe, sollten sachlich und auf der Grundlage wissenschaftlicher Argumente ausgeräumt werden. (...) Nun noch eine Bitte: Für ein Treffen mit ehemaligen Arbeitskollegen und Genossen sowie ihren Ehepartnern benötige ich 25 „RotFuchs“-Exemplare. Vielleicht gewinnen wir hierdurch ein paar neue Interessenten, Abonnenten und hoffentlich auch Spender. Die 11 Forderungen habe ich natürlich schon kopiert und werde sie beilegen. Die muß jeder Ostdeutsche kennen! Anbei eine Spende.

Michael Räthel, Nersingen

Herzliche Glückwünsche zu drei Jahren „RotFuchs“. Seit Nr. 3 höre ich zu den begeisterten Lesern Eurer Zeitung. Anlässlich der LLL-Demonstration habe ich – bisher als Kommunist in der PDS organisiert – die Aufnahme in die DKP beantragt. Liebe Genossen! Seid versichert, daß der „RotFuchs“ maßgeblich zu meinem Entschluß beigetragen hat. Ich freue mich auf die Fortsetzung unserer gemeinsamen Arbeit – jetzt auch in den Reihen derselben Partei!

Oliver Wagner, Trier

(...) Ganz herzlich danke ich Euch für die kontinuierliche Zusendung des „RotFuchs“, dessen informative und engagierte Beiträge ich auch im vergangenen Jahr mit großem Interesse gelesen habe. (...) Anbei ein kleiner Zuschuß zu den Portokosten. Beigefügt ist auch ein Brief an Dr. Regine Fischer mit der herzlichen Bitte um Weiterleitung wie auch um Entschuldigung, daß ich erst mit über einjähriger Verspätung auf ihren so warmherzigen Brief im „RotFuchs“ antworte. Dabei war mir dies besonders wichtig, da ich mich über ihre Worte der Anerkennung und Solidarität ebenso sehr gefreut hatte wie über den gewählten Weg eines Offenen Briefes. Aber besser spät als nie. Wie gesagt: Die guten Vorsätze gingen nicht aus, die Arbeit aber leider auch nicht, und manchmal war ich einfach nur noch müde und erschöpft. So blieb jene Ausgabe des „RotFuchs“ ... all die Zeit auf dem Stapel unerledigter Post liegen und sah mich stets vorwurfsvoll an. Nochmals die besten Wünsche für 2001 und herzliche solidarische Grüße

Dr. Gabriele Gast, Neuried

Vielen Dank für die regelmäßige Übersendung des „RotFuchs“, den ich immer mit Interesse und Freude lese. Ich übermittle Euch 50 Mark.

Ulrich Steinmann, Bonn

(...) Ausgezeichnet sind die 11 Forderungen. Das ist positiv. Jeder dieser Punkte sollte separat an die Öffentlichkeit gebracht werden. (...) Die Reihenfolge kann der augenblicklichen Lage angepaßt werden, aber jede Forderung muß hart und lautstark verfochten werden, um (als Vorstufe) an das Eigeninteresse der betroffenen Personen oder Gruppen zu appellieren, ohne großes Fahneschwenken. (...) Ich glaube, daß Sie heute, nach 10 Jahren Kapitalismus, eine weit aufnahmewilligere Zuhörer- und Gefolgschaft haben werden, als es unmittelbar nach dem Zusammenbruch möglich war. Praktische Erfahrung hat viele Menschen vom Konsum-Kult geheilt und das ist überzeugender als alle Theorie. Zweitens sollte man nicht vergessen, daß Lenin die Revolution nicht mit theoretischen Abhandlungen gewann, sondern mit drei Worten – Mir, Chleb, Semlja (Friede, Brot, Land) –, die in genialer Weise die dringenden Notwendigkeiten der Jahre 1917/18 zusammenfaßten. Das sollte als Beispiel für eine politische Avantgarde dienen, denn das ist praktischer Leninismus. (...)

Dr. Vera Butler, Melbourne, Australien

Es soll keinen der vielen interessanten Beiträge in Nr. 36 herabsetzen, wenn ich besonders den Artikel von Klaus Steiniger „Cunhalisten behielten Oberhand“ hervorhebe. Ich denke, daß die wohlthuende Haltung der portugiesischen Kommunisten zu einem – natürlich kleinen – Teil auch der internationalistischen Solidarität der SED geschuldet ist, die sich der portugiesischen Bruderpartei stets besonders verbunden fühlte. Die Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte in aller Welt war überhaupt ein „Markenzeichen“ der SED, auf das wir noch heute stolz sein können. Um so schärfere Zurückweisung verdient die Forderung der PDS-Vorsitzenden, „mit dem SED-Erbe zu brechen“, dessen untrennbarer Bestandteil der proletarische Internationalismus war – ein Begriff, der heute zwar nicht mehr „in Mode“ ist, aber unverzichtbar zum Rüstzeug jeder wirklich progressiven Partei gehören muß.

Ernst-Otto Schwabe, Berlin

Wir haben in unserer Mitgliederversammlung am 25. Januar die 11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland gründlich diskutiert, auch die überarbeitete Fassung, die uns am gleichen Tag erreichte. Wir stehen geschlossen hinter den von Euch aufgestellten Forderungen, sind aber der Meinung, daß man sie in einigen Punkten noch wirkungsvoller formulieren sollte. Ihr erhebt ja, wie im „RotFuchs“ 34, S. 2 formuliert, „keinen Anspruch auf Endgültigkeit“. Hier unsere Vorschläge ... (Der Länge wegen weggelassen, sie wurden teilweise noch in die Endfassung einbezogen – d. R.) (...)

Wir halten es für richtig, daß sich der Parteivorstand mit diesen Forderungen (...) befaßt und sie in der ganzen Partei und unter der Bevölkerung zur Diskussion stellt. Tut der Parteivorstand das nicht, behindert er ernsthaft die weitere Entwicklung der DKP im Osten.

Wir werden unmittelbar mit der öffentlichen Diskussion der Forderungen beginnen, in einem Forum, persönlichen Gesprächen und mit einem Flugblatt. Liebe Genossen, wir wünschen Euch Erfolg in der Arbeit Eurer Grundorganisation Berlin Nordost und alles Gute im ersten Jahr des neuen Jahrtausends.

DKP-Grundorganisation Teterow-Neubrandenburg

Peter Hacks schickt mir immer den „RotFuchs“ zu. Ich würde ihn aber gerne direkt beziehen. Darf ich Euch bitten, mir Eure Zeitung unmittelbar zukommen zu lassen. Einen Scheck über 50 DM lege ich bei. Zur Erinnerung: Ich habe damals als erster in der UZ

geschrieben: Die DDR ist unsterblich ... In diesem Sinne fühle und denke ich wie Ihr.

André Müller, Köln

Meinen herzlichen Dank für die neue Ausgabe des „RotFuchs“, die wie immer viele wertvolle Gedanken und Ideen enthält, über die es sich nachzudenken lohnt, aber auch Anregungen zum Handeln. Im besonderen bewegte mich der „Brief aus Kiel“, weil er viele meiner eigenen Gedanken ausspricht. Seit langem bin ich darüber mehr als enttäuscht, wo unsere DDR-Menschen ihre Würde gelassen haben. Bei aller Enttäuschung über das Ende der DDR und auch Verständnis für eine gewisse Resignation habe ich jedoch keinen Nerv für das Hinnehmen von Demütigungen, Verleumdungen, politischer Strafjustiz, aber auch Selbstverleugung.

351 Angehörige der NVA und der Grenztruppen wurden verurteilt, aber nur wenige sind in Revision gegangen und noch viel weniger haben sich an die Menschenrechtsgremien mit ihren Beschwerden gewandt. Die DDR war das Beste, was es seit jeher in Deutschland gab, und deshalb gilt es auch, erhobenen Hauptes für diese Partei zu ergreifen, sich gegen Unrecht aufzulehnen. Natürlich war bei uns nicht alles gut und in Ordnung. Fehler wurden begangen, oft genug Kritik unterdrückt oder erst gar nicht geäußert. Und dennoch können wir stolz auf das sein, was wir insgesamt geschaffen hatten.

Es ist an der Zeit, daß sich alles, was links steht, zusammenschließt, sich nicht in Meinungsverschiedenheiten entzweit, sondern sich über eine zielstrebige offene Auseinandersetzung in Grundfragen einigt und Geschlossenheit dokumentiert. Letztlich geht es um die Würde von Menschen, und da habt Ihr mit den 11 dringenden Forderungen einen Anfang gemacht.

Oberst a. D. Günter Strobel, jetzt: JVA Dresden, Hammerweg 30, 01127 Dresden

Vielen Dank für den „RotFuchs“ als Aktivposten der Solidarität. 5000 Leser in 23 Ländern stellen sich gegen Verhetzung und Verblödung. Ich sehe den RF im Verband vieler roter und linker Veröffentlichungen. (...)

Nachdem Heinz Handke und Harald Ludwig das „Kurheim“ Hakenfelde verlassen konnten, ist Dieter Mühlmann, Generalmajor der Grenztruppen a. D., zu uns gestoßen. Nun sind wir wieder drei. Ich bin fast der Dienstälteste in dem Laden. Man hält mich seit 5 Monaten keiner Antwort auf meinen Antrag zur Halbzeitentlassung für würdig, was sich dadurch selber erledigt hat. Meine Visage gefällt der groß- und altdeutschen Justiz nicht. Günter Schabowski war oder ist ihnen angenehmer. Meine Erinnerungen an die Damen und Herren aus den Zeiten des Prozesses – bis auf den Mediziner – sind auch nicht die besten. Aber wir halten durch!

Herzlichen Dank und viel Erfolg dem „Roten Fuchs“. **Generaloberst a. D. Joachim Goldbach, JVA Hakenfelde**

Herzliche Grüße und Wünsche zum neuen Jahr 2001. 100 Mark für den „RotFuchs“.

Irmgard Jendretzky, Berlin

Im Referat des DKP-Vorsitzenden Heinz Stehr auf der 4. Tagung des Parteivorstandes wird als Aufgabe die Vorbereitung der Bundestagswahl 2002 gestellt. Bedenklich ist jedoch die Position, zu erst mit dem Vorstand der PDS zu verhandeln, um dann ein eigenes Forderungsprogramm zu erarbeiten. Weit fragwürdiger noch ist es, „die Debatte in der PDS zu verfolgen, dort möglichst mitzudiskutieren und entsprechende Folgerungen abzuleiten“. Soll sich die DKP tatsächlich in das Schlepptau einer PDS begeben, die mit Eifer auf ihr Godesberg zusteuert? Ein solcher Kurs ist für die DKP verderblich. Damit gewinnt sie „trotz Kampagnen“ keine Mitglieder. Sie sollte zuerst eigene Positionen erarbeiten und beschließen, um auf dieser Grundlage mit möglichen Verbündeten zu beraten. Es wird höchste Zeit, daß

sich die DKP auch zu Bundestagswahlen selbständig präsentiert; nicht um unbedingt Mandate zu erringen – auch nicht als Anhängsel der PDS –, sondern um die eigenen Möglichkeiten auszuloten und eine Alternative zu verschiedenen Abstufungen von Rosa anzubieten.

Genauso verwirrend ist eine Aussage im Referat Heinz Stehrs, die DKP könne von der Auseinandersetzung mit Arbeitsergebnissen der bisherigen PDS-Programmdiskussion (...) „profitieren“. Der Trend der PDS zur Sozialdemokratie kann ihr politisch weder Profit noch Kredit einbringen.

Bert Palitz, Crivitz

Herzlichen Glückwunsch zum dritten Geburtstag des „RotFuchs“, mit dem die Gruppe Berlin Nordost der DKP die Presselandschaft bereichert hat. Allen Mitarbeitern der Redaktion und besonders den Autoren herzlichen Dank für ihre unermüdete Arbeit zur Verbreitung der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis. Hervorzuheben ist auch Eure ständige Solidarität mit allen politisch Verfolgten in diesem Lande und der Kampf für die Beendigung der politischen Strafjustiz. Ich bedanke mich für die laufende Übersendung des mir so wichtigen „RotFuchs“ durch eine Spende von 60 DM.

Dr. Hans-Joachim Böhme, Halle

Herzlichen Dank für den ersten Fuchs im neuen Jahrtausend. Nun ist er ja auch äußerlich rot – gut! Einerseits zeigen vor allem die Leserbriefe, daß der RF immer mehr Freunde und Interessenten findet (hoffentlich kann die Redaktion alle Wünsche befriedigen); andererseits begreifen führende Genossen der DKP den Wert des RF für die Verbreitung der Politik der Partei leider nicht. Wann werden die deutschen Kommunisten – vor allem ihre führenden Genossen – begreifen, daß ihre Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus entscheidend ist für ihre Stärkung?

Gerhard Müller, Neubrandenburg

Herzlichen Dank für die regelmäßige Übersendung des „RotFuchs“. Es ist für mich sehr wohlthuend, im Inhalt der Beiträge stets die eigene Überzeugung und Erfahrung bestätigt zu bekommen und Neues zu erfahren. Euch persönlich und der Gruppe Berlin Nordost der DKP wünsche ich für das neue Jahr von ganzem Herzen viel Erfolg in der politischen Arbeit, Mut und Optimismus im Kampf um die Verwirklichung der 11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland, die ich voll unterstütze. Sehr erfreut bin ich auch über die Veröffentlichung von Peter Hacks in der Januar-Ausgabe. Ich freue mich auf die nächsten „RotFuchs“ und lege als Kostenbeitrag einen Scheck über 50 DM bei.

Johannes Chemnitzer, Lichtenberg

Herzlichen Dank für die regelmäßige Übersendung des „RotFuchs“ und Eure konsequente mutige Verteidigung unserer sozialistischen Ideale. Macht weiter so! Anbei ein bißchen Futter von einem Straftrentner.

Paul Kienberg, Berlin

Hochachtung, Anerkennung und Dank für diese in Qualität und Vielseitigkeit einmalige marxistisch-leninistische Zeitung. Der „RotFuchs“ ist für mich ein nicht mehr wegzudenkendes ideologisches Rüstzeug geworden. Anbei eine kleine Spende in Form von Briefmarken.

Gruß und Rotfront

Manfred Schmidt, Naunhof

Weil Ihr Euch revolutionär in Rot präsentiert, schreibe ich meine Grüße zum neuen Jahrhundert und Jahrtausend auch in Rot. Alles Gute, Ihr Kämpfer! Ich bin nicht immer mit Euch einer Meinung, aber immer öfter. Entsprechend meinen Möglichkeiten einen Briefmarkentgelt.

Renate Hofmann, Strausberg

Ich beziehe mich auf eine vor einiger Zeit im „RotFuchs“ enthaltene theoretische Aussage des ungefähren Inhalts: Vor den Kommunisten steht nach den verheerenden Auswirkungen des modernen Revisionismus erneut die historische Grundaufgabe, die marxistische Wissenschaft des Kommunismus mit der Arbeiterbewegung zu verbinden. Die Aussage fand meine volle Zustimmung, und ich überlegte wie gewohnt die praktische Seite des Herangehens an diese Aufgabe, welche konkreten Methoden angewendet werden könnten, welches geeignete „Handwerkszeug“ dafür zu finden sei, um die Generationen (alte, ältere und jüngere) koordinierend zu Erfolgen zu gelangen. Ein Zufall kam mir zu Hilfe: Ich stöbere wieder einmal meine umfangreiche Bibliothek durch und entdeckte dabei erneut ein Buch, das ich vor vielen Jahren aus der DDR mitgebracht und mit Spannung gelesen hatte: „Unser Leben“. Eine Biographie über Karl Marx und Friedrich Engels von Heinrich Gemkow, Dietz-Verlag, 335 Seiten.

Gerade aus heutiger Sicht ist mir kein anderes und besseres Lehrbuch bekannt, das in so hervorragender, anschaulicher, gutgegliederter, allgemeinverständlicher und geradezu fesselnder Weise darstellt, wie Marx und Engels, die zunächst als junge bürgerliche Ideologen und Revolutionäre hervortraten, ihre historische Aufgabe erkennend auf die Seite der Arbeiterklasse übergangen, zu Schöpfern des wissenschaftlichen Sozialismus wurden.

Wer dieses Buch heute entweder als gestandener, noch stehender oder nur aus physischen Gründen „wacklig“ gewordener Kommunist zur Hand nimmt, wird unschwer seine höchste Aktualität feststellen. Die beiden Klassiker treten uns in Gemkows Buch als lebendige Vorbilder so vor Augen, als wären sie lebhaftig mitten unter uns. Selbst langjährigen Kommunisten erscheint das Werk wie eine Offenbarung. Ich empfehle, nach Exemplaren des Buches regelrecht zu fahnden, sie zu sammeln und nach Bedarf zur Verfügung zu stellen oder für Lesungen einzusetzen. Es ist eine der besten Waffen gegen das Gift des Revisionismus und kann bei der Neukonstituierung einer einheitlichen kommunistischen Partei in der BRD programmatisch, politisch und organisatorisch eine gute Hilfe sein.

Willi Belz, Kassel

Das Januar-Heft Eurer Zeitschrift hat mich (hoffentlich) noch zum richtigen Zeitpunkt erreicht. Da ich schon seit längerem (ich bin jetzt seit fast 8 Jahren Mitglied der DKP) Schwierigkeiten mit der Ignoranz unserer Parteiführung in Essen gegenüber den Problemen des Ostens und ihrer insgesamt zwiespältigen Politik habe, schrieb ich am 10. Januar 2000 einen Brief an den Parteivorstand. Trotz der mündlichen Zusage einer Antwort durch den Genossen Teuber auf unserer letzten Landesmitgliederversammlung warte ich bis heute – also ein Jahr danach – immer noch auf ein Antwortschreiben des Parteivorstandes. Die bisherigen Reaktionen des PV auf die 11 Forderungen Eurer Parteigruppe, die übrigens meine volle Unterstützung finden, bestärken meine Zweifel am Sinn einer weiteren Mitgliedschaft in der DKP. Natürlich ist ein Teil der genannten Forderungen im heutigen Gesellschaftssystem unrealistisch, wenn wir sie aber nicht heute stellen, werden sie es auch in Zukunft bleiben. Nur in der Offensive können wir neue Mitstreiter gewinnen und alte Mitglieder behalten. Bleibt also Realisten und fordert das Unmögliche!

Auf alle Fälle ist jedes neue Heft des „RotFuchs“ immer wieder Anlaß für mich, einen eventuellen Austritt aus der DKP doch nochmals zu überdenken. Ohne meine Genossen der Parteigruppe Halle-Merseburg und ohne den „RotFuchs“ hätte ich diesen Schritt bestimmt schon getan. Meine Spende von 50 DM hat also durchaus auch egoistische Gründe.

Klaus Neuber, Bad Dürrenberg

Besorgniserregend finde ich die Entwicklung des Verhältnisses Parteivorstand – „RotFuchs“. Mit der Präsentation der 11 Forderungen für Ostdeutschland, zu denen ich mich inhaltlich nicht äußern will, hat der „RotFuchs“ keinen Beitrag zur Entspannung des Verhältnisses gebracht, im Gegenteil. Mir geht es dabei nicht darum, den Parteivorstand inhaltlich gegenüber den Positionen des „RotFuchs“ in Schutz zu nehmen. Den gewählten Verfahrensweg halte ich einfach für falsch. Wenn das so weitergeht, kann das nur in Spaltung enden, und die kann sich doch wirklich ernsthaft keiner wünschen. Anbei 100 DM in Briefmarken als Porto für die Versendung des „RotFuchs“.

Dr. Wilhelm Rettler, Lutherstadt Wittenberg

Wohl dem, der Fragen stellt,
die keiner wagt, und der bei einer Antwort,
die sehr schnell parat ist,
noch einmal fragt.

Wohl dem, der oben
auf dem Berg schon wohnt
und trotzdem höher strebt,
zu finden, was
für die Menschen lohnt.

Wohl dem, der unbequem ist
bis zum letzten Tag,
damit es dem Bequemem
durch ihn
nie wohlhergehen mag.

(eingesandt von:

Herbert Lindner, Eckartsberga)

Den „RotFuchs“ zu lesen ist immer wieder eine Freude, hebt er sich doch wohlthuend von dem überwiegenden Schwachsinn auf dem Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt dieser „Spaß- und Mickymaus-Gesellschaft“ ab. Diese Meinung teilen auch diejenigen, denen ich die Zeitschrift weitergebe. Besonders groß ist dabei das Echo auf die 11 Forderungen aus dem Heft Nr. 34. Diese waren in der DDR fast alle Realität und für die Menschen erlebbar. Jetzt – nach dem Sieg der Konterrevolution – wird für viele die historische Leistung der DDR – wenn auch schmerzlich – erkennbar. Aber genau hier und mit diesen Forderungen muß angesetzt werden, um die Menschen zu tieferem Nachdenken und schließlich zum Handeln zu bewegen. Das hat keineswegs etwas mit der Wiedererrichtung der DDR zu tun. Vielmehr geht es darum, dem ungehemmten Kapitalismus Paroli zu bieten. Eure Zeitung leistet dafür einen wertvollen Beitrag.

Ich begrüße sehr, daß Ihr Euch strikt auf dem Boden des Marxismus-Leninismus bewegt. Alles Abweichen endete über kurz oder lang im Verrat am Ziel. (...) Ich werde weiterhin als „Missionar“ in Sachen Sozialismus tätig werden und nutze dazu neben meinen Erfahrungen gern Euren „RotFuchs“. 20 DM als kleine Spende für Eure Zeitung.

Henrik Fuchs, Wurzen

Die Zeitung ist informativ. Besonders interessant waren für mich die Artikel über die Situation der Parteien in anderen Ländern. Zur Unterstützung der politischen Arbeit sende ich Euch 50 DM.

Heinz Pliquet, Berlin

Euer „RotFuchs“ ist gut. Meist lese ich ihn mit Vergnügen. Macht weiter so! Behaltet aber immer die Einheit der Partei im Auge. Anbei ein kleiner Unkostenbeitrag.

Helmuth Spröer, Braunschweig

Allen Genossinnen und Genossen, allen Sympathisantinnen und Sympathisanten unserer Partei Mut und Kraft für das Jahr 2001. (...) Die Zahl derer, die

sich aufgrund der Lügen und der Heuchelei der jetzt bei uns Herrschenden – nicht zuletzt durch ihre menschenverachtenden Äußerungen zum Überfall auf Serbien und zum Einsatz uranhaltiger Munition – besinnen und zu uns kommen, wird größer. Das gibt uns Zuversicht und Kraft zum Weiterkämpfen. Letztendlich siegt die Wahrheit! Anbei eine kleine Spende.

Karl Späth, Luckenwalde

Vielen Dank für Eure wertvolle Arbeit und die vielen interessanten Artikel und Gedanken im „RotFuchs“. (...) Er ist in der Lage, mit relativ wenigen Worten sehr viel zu sagen – ein Ausdruck anspruchsvoller Qualität. Die überzeugenden Hintergrundinformationen der „Füchse“ sind wichtig für eine solide Argumentation. Diese kommt an – das stellen wir immer in vielen Gesprächen fest – auch bei politisch uninteressierten Menschen.

Hier zwei neue Interessenten ... Wir übermitteln Euch einen Kostenbeitrag von 100 DM.

Gretel und Dr. Lothar Schwock, Berlin

(...) Leider ist es mir aus Altersgründen nicht möglich – ich werde im Juli 80 Jahre alt –, Euch mit Zuschriften oder Artikeln zu unterstützen. Allein mein Lebenslauf und viele Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit der BRD könnten zur Aufklärung und Bewußtseinsbildung beitragen. Ein Schriftsteller würde aus meiner Biographie einen spannenden Roman erarbeiten. Nun bin ich zu alt, um noch aktiv am Kampf mitzuwirken. Der „RotFuchs“ aber ist für mich zum Bedürfnis geworden. Er gibt mir die Möglichkeit, mit weiteren Genossen, aber auch mit parteilosen Bürgern, aktuelle und geschichtliche Fragen tiefergründiger zu diskutieren. Darum Dank und die herzlichsten Grüße. Anbei meine Spende.

Manfred Wulf, Glauchau

Daß die ungarische Arbeiterpartei von Verrat bedroht ist, wundert mich nicht. Sie hat sich in dieser Frage die KPdSU als „Vorbild“ genommen. Aus deren Reihen wurde doch ein Gesinnungslump zum Generalsekretär erkoren. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Feststellung Willy Brandts nach seinem ersten Treffen mit Gorbatschow. Damals sagte er, er habe in seinem Leben ja sehr viel gesehen; aber daß die KPdSU einen Antikommunisten zu ihrem Generalsekretär wählen würde – das hätte er allerdings für unmöglich gehalten. Als Anlage ein paar Marken.

Dieter Bartsch, Berlin

Der Januar-„RotFuchs“ wurde mir förmlich aus den Händen gerissen – in Zukunft will ich 4–6 Exemplare pro Monat bestellen, um den RF im Bezirk Südbayern zu verbreiten. Der Leserbrief unserer Parteigruppe Ebersberg bezüglich der 11 Thesen wurde aus politischen und formalen Gründen von der UZ nicht veröffentlicht. Damit geben wir uns nicht zufrieden! Die DKP Kreis Ebersberg wird sich am 14. Februar mit dem „RotFuchs“, den 11 Thesen und der Problematik Ost-West-DKP beschäftigen. Ziel ist es, eine kollektive Meinung zu erarbeiten. (...) Laßt Euch nicht unterkriegen!

Manfred Feldmann, Wasserburg

Ich möchte hiermit von Euch regelmäßig den „RotFuchs“ beziehen. Da sich die Zeitung allein durch Spenden finanziert, werde ich Euch in regelmäßigen Zeiträumen etwas zukommen lassen, damit diese wertvolle und interessante Publikation weiterbestehen kann.

Beate Schulz, Uelzen

Zum 3jährigen Bestehen der Zeitschrift meinen Dank an alle Genossen, die so gute marxistisch-leninistische Beiträge schreiben und damit vielen Genossen und Freunden helfen, sich aktuell und

umfassend zu informieren. Zugleich macht ihnen die Zeitung Mut, in der politischen Kleinarbeit nicht zu verzagen. Deshalb weiter so – trotz mancher falschen Standpunkte einzelner Funktionäre.

Meine Meinung zu den 11 Forderungen: Sie sind alle aus dem realen Leben gegriffen und bestimmen jene Aufgaben, für die es zu kämpfen gilt. Leider ist der Bewußtseinsstand der Mehrheit der Arbeitenden noch nicht so hoch, daß sie sich schon dahinter stellen würden. (...) Bedauerlicherweise ist die PDS nicht die einzige linke Partei, die glaubt, man sei modern, wenn man dem Marxismus-Leninismus und dem Klassenkampf abschwört. Ich denke vor allem auch an Frankreich und Italien.

Viele Genossen unserer Basis verzichten gerne auf diese Modernität. Anbei eine geringe Briefmarkenspende. Meine Frau ist ohne Arbeit.

Günter Bauch, Fraureuth

Mit bestem Dank habe ich Eure „RotFuchs“-Sendung erhalten. Ich möchte Euch ein paar Marken senden, um die weitere Arbeit für den und im Sinne des „RotFuchs“ zu unterstützen. Viel Erfolg!

Günter Schmidt, Neubrandenburg

Etwas verspätet wünsche ich Euch und uns ein kämpferisches neues Jahr mit hoffentlich vielen Erfahrungen und Fortschritten. Mit feministischen und solidarischen Grüßen. Anbei eine Briefmarkenspende von 100 DM.

Katja R., Hamburg

Da ich selbst seit neun Jahren Skinhead bin, möchte ich einiges zu dem Artikel „Über falsche Skins und echte Faschos“ beitragen. Iris Rudolph bringt in der Skinheadgeschichte scheinbar einiges durcheinander. Skins sind eine in den 60er Jahren entstandene Mischung aus jamaikanischen Einwanderern und den aus dem Proletariat stammenden Mods. In den Medien wurde aufgrund von Fußballrandalen schon negativ über Skins berichtet, und man muß auch wissen, daß Hooligans nur die Yuppieform der Fußballrabauken sind. Echte Skins aber von vornherein als „links“ und „antikapitalistisch“ zu definieren, ist aus objektiver Perspektive zwar richtig, subjektiv aber empfanden dieses nur wenige so. Außerhalb des gewerkschaftlichen Bereiches waren und sind auch heute kaum klassenbewußte Ansichten vorhanden. Infolge des Umgangs mit Subkulturen wie Punks, Skins usw. im real existierenden Sozialismus ist es nicht verwunderlich, daß auch heute die meisten klassenbewußten Skins, Punks etc. sich eher rätekommunistisch, anarcho-syndikalistisch, trotzkistisch oder ähnlich definieren. Fragt doch mal Leute, die schon zu DDR-Zeiten so unterwegs waren, danach, ob sie damals schikaniert worden sind und wo die Freiräume für Subkulturen waren. Diese boten leider die Kirchen und so konnten sie die Jugendlichen vor den antikommunistischen Karren spannen. Fehler in der Jugendpolitik hatten Antikommunismus zur Folge. Auch war in jener Zeit wie heute der Großteil der Szene politisch desinteressiert und fortschrittliche Redskins bildeten eine Minderheit. Übrigens gibt es auch mehrere Skins in der DKP. Und auf dem UZ-Pressesfest '98 fand im SDAJ-Zelt ein Skin-Konzert statt.

Daß Faschos keine Skins sind, ist auch meine Meinung. (...) Doch die Behauptung, der „echte“ Skin sei links, ist nicht haltbar, denn wir wissen ja, daß das soziale Sein das Bewußtsein bestimmt, und daher kann man von einer Jugendsubkultur nicht erwarten, daß sie fortschrittlicher ist, als die restliche Gesellschaft. (...)

Manual Soler Campos, Osnabrück

Lieber „RotFuchs“, zu Deinem dritten Geburtstag meine herzlichen Glückwünsche. Mach weiter so, Du wirst gebraucht. Statt Blumen nimm bitte die kleine Spende.

Kurt Richter, Storkow/M.

Vielen Dank für die regelmäßige Zusendung des „RotFuchs“. Die Januar-Ausgabe ist erst heute – am 27. 1. – angekommen, obwohl sie schon am 22. 1. gestempelt wurde. Wer da wohl wieder reingeschaut hat?

Heinz Denné, Berlin

In Übereinstimmung mit den 11 Forderungen empfinde ich zutiefst wie Peter Hacks (Nr. 36, S. 3) Jawohl, es ist so: „... Es gibt die Gewohnheit der öffentlichen Lüge, es gibt Krieg. Alle wissens, keiner bezweifelt, und keinen stört...“ (...) Bewahrt die „Gnade der späten Geburt“ die meisten Jüngeren, die sich heute in den Medien breit machen, vor der unangenehmen Last des eigenen Nachdenkens?! Ist eigentlich die geradezu gigantische mediale Massenmanipulation immer noch eine akzeptable Rechtfertigung für die Behauptung: „Ja, das haben wir nicht gewußt“! (...) Jeder durchschnittlich Gebildete, der darum wissen will, kann heute wissen, daß mit einiger Wahrscheinlichkeit die imperialistischen Widersprüche mit ungeahnter Schärfe vor allem im kaspischen Raum aufeinanderprallen werden. Die jüngsten Äußerungen von George W. Bush sowie die Namen und Biographien einiger Leute aus seiner neuen Administration geben sehr zu denken. Die jüngsten Militärabkommen zwischen Rußland einerseits sowie China, Indien und Iran (!) andererseits erlangen so ihre Spezifik. Das alles macht uns Marxisten-Leninisten ein übriges Mal unsere große Verantwortung deutlich, die Gedanken über den einzig gangbaren Weg aus der kapitalistisch-imperialistischen Barbarei wachzuhalten und noch effektiver zu verbreiten, alle antiimperialistischen Kräfte endlich zu sammeln, für unsere Sache zu kämpfen, „solange Leben in uns ist“.

OMR Dr. med. Günter Lange, Neuenhagen

Vielen Dank für die Zusendung des Probeexemplars „RotFuchs“. Ich möchte die Zeitung abonnieren und bitte, sie mir regelmäßig zuzustellen. Vielleicht könnte ich auch eine Orientierung über die Höhe der kosten-deckenden Spende für Herstellung und Versand erhalten. Und noch eine Bitte: Könnt Ihr mir noch ein Exemplar mit den 11 Punkten zukommen lassen? Ich wünsche Euch viel Erfolg und weiterhin gutes Gelingen mit dem „RotFuchs“.

Hans Köckeritz, Kurort Gohrisch

(...) Für mich ist der „RotFuchs“ in diesen komplizierten Zeiten mehr und mehr zur geistigen Heimat geworden, und ich freue mich, daß das offenbar zumindest für 5000 ständige Leser auch zutrifft, wie Kurt André im RF 36 bilanziert. Mit der Veröffentlichung der 11 Forderungen und der lebhaften Diskussion darüber haben die Initiatoren der Zeitung ein zentrales Problem erfaßt. (...) Es ist verständlich, daß Kommunisten zunächst an das anknüpfen, was die Menschen in ihrem unmittelbaren Umfeld bewegt. Nachdem der Schock über die Niederlage von 1990 zu schwinden beginnt, ist es notwendig, das Selbstbewußtsein und die Würde derer zu stärken, die schon einmal bewiesen haben, daß ohne Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und Profitmaximierung eine bessere Gesellschaft möglich ist. Nicht, um „die DDR wiederhaben zu wollen“, sondern um in ganz Deutschland menschenwürdigere Verhältnisse herzustellen. Alle Forderungen bewegen sich im Rahmen der heute vorgegebenen Verfassung! (...) Nachdem es den vereinten Kräften von CDU, SPD und Grünen gelungen ist, die DDR-Vergangenheit auf ein einziges Negativum zu beschränken, und Frau Zimmer verkündet, man müsse „mit dem SED-Erbe völlig brechen“, um endlich „in der Bundesrepublik“ anzukommen, nehmen sich die Reaktionäre die nächste Etappe der Delegitimierung alles Progressiven in der Geschichte der BRD vor. Die Friedensbewegung ist weitgehend

diffamiert – mit Hilfe derer, die früher mal dazugehörten, von Schröder über Fischer bis Trittin. Aber das nützt ihnen schon nichts mehr: „Gesteht endlich, daß der Staat, den ihr 1968, mit welchen Mitteln auch immer, bekämpft habt, die wirkliche Demokratie war.“ Unter dem geht nichts mehr. Da macht es sich gut, die Kontinuität des reaktionären Preußentums bis zu Adenauer, Kohl und Schröder zu beschwören. Zwar haben die Alliierten den preußischen Staat per Dekret zerschlagen. Aber was soll's. Wir sind wieder wer!!!

Zu der These, die 11 Forderungen seien „unrealistisch“: Mit dieser Killerphrase ist in 10 000 Jahren Menschheitsgeschichte stets jeglicher Fortschritt verteuelt worden. Ginge es nach denen, säßen die Menschen noch immer in den Höhlen. Damit der „RotFuchs“ weiter so gut gedeiht eine kleine Spende.

Dr. Fritz Welsch, Berlin

Ich habe über einen Bekannten aus Dresden Eure Adresse erhalten. Ich möchte bitte Eure Publikation „RotFuchs“ regelmäßig beziehen, da sie sehr informativ sein soll. Anbei 10 Mark.

Günter Teuber, Dresden

Ich bedanke mich herzlich für das Zusenden des RF. Weiterhin viel Erfolg!

Gertraude Barth, Berlin

Ich bin am Durchstöbern der CD-ROM mit den drei ersten Jahrgängen des RF, die ich von Euch erhalten habe. Ich habe mich daraufhin entschlossen, den „RotFuchs“ zu abonnieren. Sind die Herstellungs- und Versandkosten für den „RotFuchs“ mit einem Jahresbetrag von 60 DM gedeckt? (...) Mein Freund möchte ebenfalls den „RotFuchs“ bestellen. Seine Anschrift lautet: ...

Barbara Hammes, Saarbrücken

Bemerkung der Redaktion:

Wir stellen die Höhe der Unterstützung – abhängig von den Möglichkeiten jeder oder jedes einzelnen – in das Ermessen unserer Leser. Dank ihrer ständigen Hilfe haben wir uns bisher – ohne jegliche sonstigen Zuschüsse – immer knapp über Wasser halten können.

„Sauf dich voll und freß dich dick, aber halt dein Maul von Politik“, lautet ein bürgerliches Kneipenspruchwort. Der Sinn für die herrschende Klasse ist ganz klar: Denkt nicht nach, schon gar nicht über die dialektischen Zusammenhänge der Dinge, die euch Arbeiter und kleine Angestellte schröpfen! Um so mehr sollen sie z. B. der „BZ“ glauben, zum Beispiel dem Artikel vom 17. 1. 01 unter der Überschrift „Explodierende Preise fressen das Gehalt“. Raffiniert, wie die Kapitalisten nun mal sind, täuschen sie hier Arbeiternähe vor. Sie beziehen sich auf den FDP-Politiker Rainer Brüderle, der gesagt haben soll: „Dafür trägt auch die Bundesregierung Verantwortung: Ökosteuer und andere staatlich verursachte Verteuerung von Strom, Gas, Sprit und Heizöl sind Preistreiber.“ Aber! Dann kommt die Frage: Müssen die Löhne rauf? Und die Antwort von Brüderle: nein, höhere Löhne wären verfehlt. „Die treiben nämlich über die Kosten der Unternehmen die Preise weiter hoch, heizen damit die Inflation an. Dann kommt es zu noch mehr Verlusten.“ Nun weiß der „kleine Mann“ bescheid: Die Löhne treiben die Preise in die Höhe – obwohl explodierende Preise das Gehalt fressen. Um die angebliche Lohn-Preis-Spirale zu bekräftigen, um die wirkliche Profit-Preis-Spirale zu vertuschen, bedienen sich die Handlanger des Kapitalismus ungeahnter Tricks. Die Arbeiter und Angestellten sollen die Urheber der Preistreiberie nicht erkennen.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf



Am 13. März 2001 vollendet Genosse **Helmut Kühne** aus der Gruppe Mitte sein 86. Lebensjahr. Gemeinsam mit seiner Frau Ilse, die als Richterin der DDR wegen der Bestrafung von Nazi-Verbrechern in Waldheim durch die BRD-Justiz verurteilt wurde, hat er den „RotFuchs“ zu wiederholten Malen auf das großzügigste unterstützt. Herzlichen Glückwunsch, lieber Helmut!

Das Älterwerden im Kreise der „reifen“ DKP-Gruppe Nordost ist keine Last, sondern ein alljährlicher Vorgang, der lediglich das Prestige erhöht. Wir gratulieren **Bruni, Helga, Kurt, Ulrich und Walter**.

Einen lieben Geburtstagsgruß unseren Redaktionsaktivisten **Sonja Brendel** und **Wolfgang Metzger!**

Allen Genossen und Freunden, die mir zu meinem 80. Geburtstag Grüße und zu Herzen gehende Glückwünsche übermittelten, danke ich vielmals. Ein besonderes Dankeschön all denen, die damit zugleich einen Obolus für unseren „RotFuchs“ übergaben. Das kommt uns gemeinsam zugute. **Lena Andrä**

Urlaub mit und unter Gleichgesinnten im Naturpark Ost-Erzgebirge
Unterkunft in reizendem kleinen Hotel
Auskunft unter: 0173 610 14 32

BAUMASCHINENEXPERTE
(ehrenamtlich)
gesucht als Gutachter
zum Kauf eines Baggers für Cuba
Tel. 57 79 51 25

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
08. Februar 2001
Und der folgenden: 08. März 2001

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost
REDAKTEUR (ViSdP):
Dr. Klaus Steiniger
Teterower Ring 37
12619 Berlin
Tel. (030) 56 13 404
LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:
Lena und Kurt Andrä,
Eberhard Bock
Matthias Bublitz
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Arno Fleischer
Walter Florath
Ernst Heinz
Heinz Herresbach

Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Monika Kauf,
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt

Armin Neumann
Dr. Norbert Pauligk
Rainer Rupp
SHAHAR
Karl-Eduard v. Schnitzler
Dr. Hartwig Strohschein
Herbert Thomas
Dr. Ing. Peter Tichauer
Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Wir laden alle Genossinnen und Genossen sowie alle uns eng verbundenen Sympathisanten zu einer **Mitgliederversammlung** der Gruppe Nordost am Dienstag, dem **27. 3. 2001, um 18.00 Uhr** in den Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz herzlich ein.

Wir sprechen u. a. über die Frage: **Wie stellen wir uns den neuen Herausforderungen?**



Allen Genossinnen und Freundinnen, allen Leserinnen unserer Zeitung zum 8. März – dem Kampf- und Feiertag der fortschrittlichen Frauen der Welt – wärmste kommunistische Grüße aus dem „RotFuchs“-Kessel!

Die DKP-Veranstaltung zum Internationalen Frauentag mit einem Kulturprogramm von Katja Holst und Achim Bigus findet am 9. März 2001 um 19.00 Uhr im Blauen Salon statt. Veranstalter ist der Marx-Engels-Club.

Der „RotFuchs“ gratuliert seinem Leser
Prof. Willi Sitte

– einem der großen proletarischen und sozialistischen Künstler der DDR – zu seinem **80. Geburtstag** am 28. Februar 2001 von ganzem Herzen.

Wir verurteilen auf das entschiedenste die diffamierende und diskriminierende Haltung von Kultureinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem berühmten Maler und Grafiker. Wir sind stolz darauf, daß das Werk Willi Sittes zu den herausragenden und bleibenden Leistungen der Kunst der DDR gehört.

Zeichnung: Willi Sitte, Studierender Arbeiter
Studie zum Arbeitertriptychon



Grafik: SHAHAR



Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.